

CDU

Berlin wird.

Regierungsprogramm 2026-2031

**Der
Anfang ist
gemacht.**

Inhalt

I. Berlin wird sicher.	5
Starke Polizei	7
Leistungsfähige Feuerwehr	9
Sicherheit überall	10
Gewalt gegen Frauen konsequent bekämpfen	11
Kinder- und Jugendschutz	12
Vorbereitet statt überrascht: Berlin wird krisenfest.	13
II. Berlin wird knallhart.	17
Kampf gegen Organisierte Kriminalität	19
Konsequent gegen Steuerkriminelle	21
Unsere Verfassung schützen. Extremismus und Antisemitismus bekämpfen.	21
Schlagkräftige Justiz	23
Migration ordnen, steuern und begrenzen	25
III. Berlin wird größer - für alle.	28
Bezahlbare Mieten und Mieterschutz	30
Wohneigentum fördern	32
Berliner Mischung erhalten	33
Einfach mal bauen	34
Wachsen mit Plan	36
IV. Berlin wird spitze.	39
Wohlstand für Berlin	41
Starker Mittelstand	43
Industriemetropole Berlin	43
Gründerhauptstadt Berlin	44
The Place To Be	47
Exzellenz made in Berlin	48
Das Boston an der Spree	50
V. Berlin wird smart.	53
Guter Start mit guter Bildung	55
Für unsere Kinder nur die Besten	58
Bildung braucht Raum	59
Digitalisierung konsequent nutzen	60
Schule als guter Lern- und Lebensort	60
Praktische Bildung	62
Werte vermitteln	63
Lebenslanges Lernen	64

Inhalt

VI. Berlin wird schneller.	67
Auto verbieten verboten	69
Baustellen besser koordinieren	70
Sicher zu Fuß	71
Mit dem Rad durch die Stadt	71
Unsere Öffis für unser Berlin	72
Mobilität von morgen	74
Der BER - unser Tor zur Welt	74
VII. Berlin wird sauber - für eine Stadt, in der sich alle wohlfühlen.	76
Klare Kante bei Sauberkeit und Ordnung	78
Hitzeschutz ausbauen	80
Ausbau von Erneuerbaren Energien	81
Saubere Gewässer	82
Tier-, Umwelt- und Naturschutz	83
VIII. Berlin wird funktionieren.	86
Mut zu neuem Denken!	88
Personal	90
Solide Finanzen	91
Starke landeseigene Unternehmen	92
Neue Liegenschaftspolitik	93
IX. Berlin wird gerecht.	95
Gesund und umsorgt in jeder Lebensphase	97
Ein soziales Netz für unsere Stadt	100
Chancen bieten - Armut bekämpfen	102
Wohnungslosigkeit verhindern und Obdachlosenhilfe stärken	103
X. Berlin wird einig.	106
Starke Familien	108
Ein Miteinander der Generationen	109
Verantwortung in Vielfalt	110
Sporthauptstadt Berlin	110
Ehre dem Ehrenamt	116
Kirchen und Religionen	116
Integration braucht Werte und Regeln	117
Kultur und Medien	119
Europa und Internationales	124

Berlin wird besser. Der Anfang ist gemacht.

Berlin wurde schon oft abgeschrieben. Belächelt. Fertig gemacht. Vor über drei Jahren musste sogar eine Wahl wiederholt werden, weil Berlin auch das nicht geschafft hat. Aber Berlin hat das als Chance begriffen und diese Chance genutzt. Es war eine Chance auf einen Neuanfang, eine Chance dafür, dass es besser läuft – in Berlin und für Berlin.

Wir haben damals gesagt: Wir können nicht zaubern. Aber wir können hart dafür arbeiten, dass Berlin jeden Tag ein Stück besser wird. Und genau so ist es gekommen.

Alles, was in den letzten Jahren vernachlässigt wurde, haben wir angepackt:

Den Genehmigungsstau beim Wohnungsbau, die Modernisierung unserer Verwaltung, die Sanierung unserer Brücken und Infrastruktur, die Unterstützung für unsere Einsatz- und Rettungskräfte, den Abbau des Lehrermangels und vieles mehr. Ja, seit drei Jahren wird Berlin endlich wieder sicherer. Seit drei Jahren werden endlich wieder die richtigen Prioritäten gesetzt. Pragmatismus hat über Ideologie gesiegt, geräuschloses Regieren wird endlich wieder wertgeschätzt, der Dauerstreit hat ein Ende gefunden – und kaum zu glauben:

Die Berlinerinnen und Berliner finden Termine beim Bürgeramt, meist schon für den nächsten Tag. Aber wir sind noch lange nicht fertig. Da sind wir genauso wie Berlin. Denn auch Berlin ist nie fertig. Berlin wird.

Deshalb geht es darum, den eingeschlagenen Weg hin zu einem funktionierenden Berlin fortzusetzen. Die erzielten Erfolge dürfen nicht durch eine ideologische Rolle rückwärts gefährdet werden.

Es geht in den kommenden Jahren um mehr Sicherheit und nicht weniger Sicherheit. Es geht um mehr Wohnungsbau und nicht weniger Wohnungsbau. Es geht um mehr Wachstum und nicht um Wohlstandsverluste. Es geht um fließenden Verkehr und nicht um das Ausbremsen der Verkehrsteilnehmer. Es geht um gute Bildung und nicht um ideologische Experimente.

Ja, Berlin wird. Und mit der CDU wird Berlin auch weiter jeden Tag ein Stück besser.

01.

**Berlin wird
sicher.**

**Mehr
Tatütata.
Weniger
Trara.**

01.



Berlin wird sicher. Mehr Tatütata. Weniger Trara.

Für ein sicheres Berlin braucht es klare Regeln und eine Polizei, die handeln kann. Mit dem neuen Polizeigesetz haben wir genau das möglich gemacht: klare Befugnisse und moderne Technik für den täglichen Dienst, Bodycams und Taser für mehr Schutz im Einsatz.

Genau hinschauen, was passiert, um Kriminelle dingfest zu machen:

An bekannten Kriminalitätsschwerpunkten kommen nun verstärkt Videoüberwachung und Waffen- und Messerverbotzonen zum Einsatz.

Mit messbarem Erfolg: So ist durch die neue Wache am Kottbusser Tor und die eingerichtete Waffen- und Messerverbotzone bereits ein deutlicher Rückgang an Kriminalität spürbar. Auch der Zaun am Görlitzer Park hat bereits für eine deutlich gestiegene Lebensqualität in den Kiezen gesorgt. Mit Einlasskontrollen, einer Ausweispflicht und Videokameras an den Eingängen der Berliner Freibäder sorgen wir außerdem dafür, dass sich auch dort alle Besucher sicher fühlen können.

Auch unsere kritische Infrastruktur wird jetzt besser mit Videotechnik überwacht - eine wichtige Lehre aus dem Anschlag aufs Berliner Stromnetz. Während andere die Augen vor Kriminalität schließen, schaut Berlin jetzt mit der CDU genau hin.

Wir machen Tempo, wo's drauf ankommt. Steigende Alarmierungszahlen, fehlendes Personal und veraltete Strukturen haben die Arbeit der Berliner Rettungsdienste belastet. Mit der Modernisierung des Berliner Rettungsdienstgesetzes haben wir unsere Einsatzkräfte fit für die Zukunft gemacht. Darüber hinaus ist Berlin mit uns zum Vorreiter beim Thema Kinderschutz geworden - u.a. durch den erfolgreichen Ausbau des Netzwerks "Kinderschutz" und der Frühen Hilfen.

I. Berlin wird sicher.



Starke Polizei

Wir stehen fest an der Seite unserer Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten. Tag für Tag leisten sie unter oft herausfordernden Bedingungen einen unverzichtbaren Dienst, um für unsere Sicherheit zu sorgen. Dafür verdienen sie nicht nur unsere Wertschätzung und unseren Respekt, sondern auch eine moderne Ausstattung, bestmöglichen Schutz sowie eine angemessene Bezahlung.

Wir sorgen dafür, dass die Berliner Polizei ihre Aufgaben unter bestmöglichen Bedingungen erfüllen kann. Dafür braucht sie vor allem eines: genügend gut ausgebildetes Personal. Angesichts bevorstehender Pensionierungswellen werden wir neue Wege bei der Personalgewinnung gehen, um die Einsatzfähigkeit dauerhaft sicherzustellen. Gleichzeitig werden wir Polizistinnen und Polizisten konsequent von Bürokratie entlasten, damit sie sich wieder stärker auf ihre Kernaufgaben konzentrieren können. Dazu gehören insbesondere der Abbau unnötiger Dokumentationspflichten, die Digitalisierung von Verfahren sowie die Übertragung geeigneter Tätigkeiten auf andere Stellen oder unterstützendes Personal. Einsatzkleidung und Schutzausrüstung müssen den heutigen Anforderungen entsprechen. Dazu gehört neben stichsicheren Westen auch ein moderner Fuhrpark. Um der geänderten Gefahrenlage gerecht zu werden, werden wir die Anzahl der Schießtrainings verdoppeln.

Moderne Gebäude und Trainingsmöglichkeiten sind Voraussetzung für eine gute Ausbildung, hohe Einsatzbereitschaft und Motivation der Einsatzkräfte. Die Realität in unserer Stadt ist jedoch alarmierend: marode Polizeiwachen, bröckelnde Fassaden und ein massiv überalterter Fuhrpark prägen den Alltag vielerorts. Diesen Zustand werden wir nicht länger hinnehmen. Deshalb setzen wir auf eine prioritäre Sanierung und den Neubau von Dienststellen und Trainingszentren, beschleunigen Bau- und Vergabeverfahren und schaffen eine verlässliche, langfristige Investitionsplanung. Gleichzeitig werden wir die Modernisierung von Dienststellen und Verwaltungsarbeitsplätzen konsequent fortsetzen. Alle 24-Stunden-Dienststellen sind darüber hinaus mit Wasserspendern auszustatten.

Wir wollen Liegenschaften der Polizei besser schützen und dabei insbesondere an gefährdeten Dienststellen, Fahrzeughöfen, Zufahrten und Einsatzmittelstandorten auf den Einsatz von Videoüberwachung setzen.

Wir werden die Berliner Polizei konsequent weiter modernisieren und sie fit für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts machen. Mit der umfassenden Reform des Berliner Polizeirechts haben wir die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen, um die Polizei technologisch auf die Höhe der Zeit zu bringen und ihre Handlungsmöglichkeiten deutlich zu erweitern. Dazu zählen insbesondere der flächendeckende, videodokumentierte Einsatz von Tasern, der Einsatz intelligenter Videoüberwachung an gefährlichen und gefährdeten Orten – gerade auch im Bereich

kritischer Infrastruktur – sowie die Einführung der elektronischen Fußfessel zur Überwachung gefährlicher Gewalttäter. Darüber hinaus haben wir den Weg für den umfassenden Einsatz Künstlicher Intelligenz bei der Auswertung polizeilicher Daten geebnet und die vollständige Digitalisierung der Arbeitsprozesse zwischen Polizei, Justiz und Verwaltung vorbereitet. Unser Anspruch ist klar: Was rechtlich möglich ist, muss jetzt auch praktisch Realität in unserer Stadt werden.

Neben der konsequenten Nutzung der neuen Befugnisse der Polizei zur Kontrolle öffentlicher Räume durch Videoüberwachung muss die Polizei auch verdachtsunabhängig Personenkontrollen durchführen können. Dazu ist mehr Flexibilität in Bezug auf die Festlegung kriminalitätsbelasteter Orte durch die Polizei erforderlich. Wir werden daher dafür sorgen, dass ein kriminalitätsauffälliger Raum unter bestimmten Voraussetzungen auch kurzfristig zu einem kriminalbelasteten Ort erklärt werden kann, um kriminellen Entwicklungen frühzeitig zu begegnen.

Den Einsatz von Tasern bei der Berliner Polizei wollen wir weiter ausbauen. Operativ eingesetzte Dienstbereiche sollen vollständig mit Tasern ausgestattet und Einsatzkräfte regelmäßig aus- und fortgebildet werden.

Die 2023 vom CDU-geführten Senat eingeführte Polizeiwache am Kottbusser Tor hat zu einem klaren Rückgang der Gesamtkriminalität vor Ort geführt. Gleichzeitig stärkt die sichtbare Präsenz der Einsatzkräfte das Sicherheitsgefühl der Menschen am Kotti. Aufbauend auf diesen positiven Erfahrungen setzen wir uns auch für eine Polizeiwache am Leopoldplatz ein, um insbesondere der Drogenkriminalität entschlossen entgegenzutreten und die Sicherheit im Kiez weiter zu verbessern.

Polizeiarbeit darf nicht durch überbordende Bürokratie ausgebremst werden. Die Berichts- und Dokumentationspflichten werden wir daher drastisch zurückfahren und überarbeiten.

Das Landesantidiskriminierungsgesetz stellt Polizeibeamte, die teilweise unter größter Gefahr für unsere Sicherheit sorgen, unter Generalverdacht. Wir werden das Landesantidiskriminierungsgesetz einer umfassenden Überarbeitung unterziehen mit dem Ziel, dass die Landesregelungen nicht über Bundesregelungen hinausgehen und einem konsequenten Eintreten für die Sicherheit der Berlinerinnen und Berliner entgegenstehen.

Die Zusammenarbeit von Polizei, Feuerwehr und Ordnungsämtern wollen wir deutlich ausbauen. Dazu gehören schnellere Informationswege zwischen Bezirken, Polizei und Feuerwehr, gemeinsame Lagebilder bei wiederkehrenden Brennpunkten sowie eine bessere Einbindung der Ordnungsämter in Leitstellen- und Lageführungsstrukturen.

Das Kriminaltechnische Institut werden wir mit den notwendigen Investitionen ausstatten, um seine volle Leistungsfähigkeit dauerhaft zu sichern und eine verlässliche, gerichts feste Beweisführung zu gewährleisten. Ebenso werden wir bewachte und zentrale Asservatenstellen für Polizei und Justiz errichten, in denen beschlagnahmte Gegenstände zuverlässig geschützt und sachgerecht gelagert werden können.

Jeder Angriff auf Polizei- und Rettungskräfte ist ein Angriff auf unseren Rechtsstaat und letztlich auf uns alle. Solche Taten müssen konsequent verfolgt und bestraft werden. Im Rahmen von

Bundratsinitiativen werden wir uns dafür einsetzen, die Mindeststrafe für Angriffe auf Einsatzkräfte zu erhöhen und das Ausweisungsrecht zu verschärfen, damit ausländische Täter – auch EU-Bürger – schneller ausgewiesen, in Ausreisegewahrsam genommen und abgeschoben werden können bzw. ihre Freizügigkeit entzogen werden kann. Gleichzeitig treten wir auf Bundesebene dafür ein, die Haftgründe im Strafprozessrecht zu verschärfen, damit Wiederholungstäter schneller in Untersuchungshaft genommen werden können.

Zur Entlastung der Berliner Polizeibeamten sprechen wir uns zudem für mehr Unterstützung durch die Bundespolizei in der Hauptstadt aus.

Der Schutz kritischer Infrastruktur ist eine staatliche Kernaufgabe. Wir werden einen besonderen polizeilichen Sicherheitsrahmen zum Schutz kritischer Infrastrukturen in Berlin schaffen, um Energie-, Verkehrs- und Kommunikationsnetze wirksam gegen Sabotage und Angriffe zu schützen. Dazu werden wir die polizeiliche Präsenz an gefährdeten Standorten erhöhen, die Zusammenarbeit mit Betreibern intensivieren und auf moderne Sicherheits- und Überwachungstechnik im Rahmen der bestehenden Rechtsordnung setzen. Zugleich werden wir die physische Resilienz weiter vorantreiben, etwa durch einen besseren Schutz von Trafostationen und eine erhöhte Widerstandsfähigkeit zentraler Netzinfrastrukturen.

Leistungsfähige Feuerwehr

Die Anforderungen an unsere Feuerwehr haben sich in den vergangenen Jahren grundlegend verändert: Heute ist sie eine hochmoderne Eingreiftruppe, die Brände, technische Hilfeleistungen und Rettungseinsätze gleichermaßen bewältigt. Diesem erweiterten Auftrag werden wir konsequent Rechnung tragen.

Wir werden die Ausstattung der Feuerwehr weiter verbessern. Dazu gehört der konsequente Einsatz moderner Technologien wie Drohnen und Löschroboter ebenso wie die kontinuierliche Erneuerung und Erweiterung des Fuhrparks. Dabei werden wir dafür Sorge tragen, dass E-Fahrzeuge nur unter der Bedingung angeschafft werden, dass sie die Einsatzfähigkeit nicht beeinträchtigen. Wir werden die Einsatzfahrzeuge umfassend modernisieren, bestehende Kapazitäten ausbauen und gezielt neue Lösch- und Hilfeleistungsfahrzeuge, Hubrettungsfahrzeuge, Katastrophenschutzfahrzeuge sowie Rettungswagen anschaffen.

Wir werden gezielt in den Neubau und die Weiterentwicklung von Feuerwachen investieren und die Einrichtung der Feuerwehrakademie als modernen Ausbildungsstandorts für die Berliner Feuerwehr am ehemaligen Flughafen Tegel entschlossen vorantreiben.

Den Bau der gemeinsamen Leitstelle von Polizei und Feuerwehr als zentrale Einsatzzentrale werden wir zügig zum Abschluss bringen, um Abläufe zu beschleunigen und die Zusammenarbeit der Einsatzkräfte weiter zu verbessern. Ergänzend wollen wir eine gemeinsame Leitstelle für den privatrechtlich organisierten Krankentransport und eine leistungsfähige Schnittstelle zur integrierten Leitstelle der Berliner Feuerwehr schaffen, um die Steuerung von Einsätzen insgesamt effizienter zu gestalten.

Der Landesfeuerwehrverband ist für uns ein unverzichtbarer Partner und ein wichtiges Sprachrohr der Feuerwehrangehörigen. Wir wollen seine Arbeit verlässlich finanziell absichern und prüfen, welche erfolgreichen Fördermodelle anderer Bundesländer auf Berlin übertragbar sind. Unser Ziel ist es, die Rahmenbedingungen für die Freiwilligen Feuerwehren insgesamt weiter zu verbessern und ihre wichtige Rolle im Bevölkerungsschutz zu stärken.

Viele ehrenamtliche Einsatzkräfte können ihre Aufgaben derzeit nur eingeschränkt wahrnehmen, weil ihnen die Fahrerlaubnis für schwere Einsatzfahrzeuge fehlt. Wir werden daher die landesrechtlichen Voraussetzungen für die Einführung des Feuerwehrführerscheins für Hilfsorganisationen schaffen. Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren, des Technischen Hilfswerks und weiterer Hilfsorganisationen sollen künftig leichter die Berechtigung erhalten, Fahrzeuge mit mehr als 3,5 Tonnen zu führen.

Sicherheit überall

Wir werden die Videoüberwachung an allen kriminalitätsbelasteten Orten weiter ausbauen und setzen dabei auch auf intelligente Systeme, die im Rahmen der bestehenden Rechtsgrundlagen einen wirksamen Beitrag zur Gefahrenabwehr leisten.

Wir setzen uns für ein umfassendes Anti-Diebstahl-Programm in Berlin ein, das den Einsatz intelligenter Videoüberwachung an hochfrequentierten Orten wie Fußgängerzonen, bei Großveranstaltungen, an Fahrradabstellplätzen sowie allen kriminalitätsbelasteten Orten umfasst. Um die Präventionsarbeit zu stärken, wollen wir die kostenlosen Beratungsangebote für die Berlinerinnen und Berliner weiter ausbauen und die Förderung von Investitionen in Einbruchschutz, Alarmanlagen und Sicherheitsvorrichtungen für Privatpersonen durch ein Landesprogramm (z.B. durch zinsgünstige Kredite und Zuschüsse) prüfen.

Alle müssen sich in Berlin jederzeit frei und sicher bewegen können – auf Straßen, Plätzen, in Parks und im öffentlichen Nahverkehr. Deshalb wollen wir Angsträume konsequent abbauen: durch bessere Beleuchtung, übersichtliche Wegeführungen, gepflegte Unterführungen. Sicherheitsaspekte müssen bei Stadtplanung, Sanierung und Verkehrsplanung von Anfang an berücksichtigt werden.

Die Nora-Notruf-App wollen wir gezielt für den Einsatz im öffentlichen Personennahverkehr weiterentwickeln und diese im Rahmen eines Pilotprojektes in Kooperation mit der BVG erproben. Fahrgäste sollen in Gefahrensituationen per Knopfdruck unauffällig Hilfe anfordern und ihren Standort übermitteln können, um schneller Unterstützung zu erhalten. Insbesondere schutzbedürftige Personen können so besser vor Gewalt und Belästigung geschützt werden.

Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, das Strafrecht weiterzuentwickeln und insbesondere das Merkmal „unter Ausnutzung der körperlichen Überlegenheit“ bei schweren Gewaltdelikten einzuführen, um besonders schutzbedürftige Opfer besser zu schützen. Schutzmaßnahmen wie Kontaktverbote müssen konsequent angewendet und durch technische Mittel ergänzt werden. Dazu gehört auch der verstärkte Einsatz der elektronischen Fußfessel bei Hochrisiko-Ge-

fährdern, um Kontaktverbote effektiv zu überwachen. Ergänzend werden wir verpflichtende Anti-Gewalt-Programme stärken, um Wiederholungstaten zu verhindern.

Das Einlass- und Sicherheitskonzept in unseren Freibädern hat sich bewährt. Wir halten deshalb an Ausweispflicht, Taschenkontrollen und einem gezielten Besuchermanagement fest. Wir ahnen Verstöße gegen Haus- und Badeordnung konsequent und sprechen Hausverbote für Chaoten aus.

Drogenkriminalität werden wir in unserer Stadt mit aller Härte bekämpfen. Clanstrukturen und Drogennetzwerke müssen konsequent zerschlagen werden. Dafür braucht die Polizei noch bessere Möglichkeiten zur Informationsgewinnung. Deshalb wollen wir ein anonymes elektronisches Hinweisgebersystem bei der Polizei Berlin einführen, über das Hinweise zu Drogenhandel und Organisierter Kriminalität sicher und vertraulich gemeldet werden können.

Wir wollen Straßenprostitution in ganz Berlin verbieten. Es darf nicht länger hingenommen werden, dass Berliner Kieze wie etwa der Kurfürstenkiez und rund um den Nollendorfplatz unter Kriminalität, Verwahrlosung und massiven Belastungen für Anwohnerinnen und Anwohner leiden und Schutzbefohlene in Kitas vom Bezirk nicht geschützt werden. Die staatliche Finanzierung von Verrichtungsboxen oder anderer Infrastruktur für das Geschäft von Zuhältern lehnen wir ab. Für den Kurfürstenkiez wollen wir ein umfassendes Zukunftskonzept entwickeln, das Sicherheit, Ordnung und Aufenthaltsqualität nachhaltig wiederherstellt.

Mit einer klaren gesetzlichen Grundlage für die elektronische Fußfessel in Berlin haben wir den Opferschutz spürbar verbessert. Wir werden ihren Einsatz bei Hochrisiko-Gefährdern konsequent ausweiten, damit Kontakt- und Näherungsverbote zuverlässig überwacht und Verstöße frühzeitig erkannt werden können. Nach dem Vorbild anderer europäischer Länder werden wir zudem Opfer von Wiederholungstätern auf Wunsch mit Technik ausstatten, die sie unmittelbar warnt, wenn sich ein gewalttätiger Täter nähert.

Gewalt gegen Frauen konsequent bekämpfen

Mit dem Landesaktionsplan zur Umsetzung der Istanbul-Konvention haben wir einen umfassenden strategischen Rahmen geschaffen, um Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt wirksam zu bekämpfen. Unser Ziel ist klar: Gewalt soll nicht nur bekämpft, sondern möglichst verhindert werden. Dazu werden wir den Schutz von Gewaltopfern stärken, Maßnahmen ressortübergreifend umsetzen und Unterstützungsstrukturen bedarfsgerecht ausbauen – etwa durch zusätzliche Schutzplätze, Beratungs- und Interventionsangebote sowie die Schaffung eines zehnten Frauenhauses in Berlin.

Ein elementares Thema in der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen ist die Prävention. Gewalt muss verhindert werden, bevor sie entsteht oder eskaliert. Deshalb stärken wir Aufklärung, Sensibilisierung und frühe Intervention – in Schulen, Kitas, Jugendhilfe, Sportvereinen, aber auch Verwaltung, Polizei, Justiz und Gesundheitswesen. Fachkräfte müssen Warnsignale erkennen und konsequent handeln können. Themen wie Gleichberechtigung, Grenzen und Konsens sowie gewaltfreie Konfliktlösung müssen frühzeitig in Kitas und Schulen vermittelt werden. Gleichzeitig

gilt: Gewalt darf nicht tabuisiert werden. Es muss klar sein, dass nicht die Opfer sich schämen müssen, sondern die Täter.

Zugleich bauen wir verpflichtende Täterarbeit, niedrigschwellige Beratungsangebote und öffentliche Kampagnen aus. Zur Prävention gehören auch regelmäßige Dunkelfeldstudien, denn die Mehrzahl der Fälle wird nach wie vor nicht angezeigt und taucht damit nicht in den Statistiken auf.

Wir wollen die rechtliche Situation von Betroffenen häuslicher Gewalt weiter verbessern. Opfer sollen schneller und unbürokratischer aus gemeinsamen Mietverträgen aussteigen. Unser Ziel ist, dass sie schnell eine neue Wohnung bekommen. Zudem setzen wir uns für Anpassungen im Sorge- und Umgangsrecht ein: Wer Gewalt gegen das andere Elternteil ausübt, muss damit rechnen, dass der Umgang mit dem Kind eingeschränkt oder ausgeschlossen wird. Gleichzeitig stellen wir sicher, dass ein gewalttätiges Elternteil keinen Zugriff auf die neue Wohnanschrift erhält. Kinder haben ein Recht darauf, in einem gewaltfreien Umfeld aufzuwachsen.

Auch in Erstaufnahmeeinrichtungen und Unterkünften müssen Gleichberechtigung, Gewaltschutz und Hilfsangebote frühzeitig, mehrsprachig und verständlich vermittelt werden. Verbindliche Schutzkonzepte, geschultes Personal, sichere Rückzugsräume und klare Abläufe bei Gewaltvorfällen sind dafür unerlässlich. Gewalt gegen Frauen darf niemals mit Herkunft, Kultur oder Religion relativiert werden.

Der digitale Raum ist kein rechtsfreier Raum und darf es auch niemals werden. Deshalb werden wir die Bekämpfung digitaler Gewalt – auch und insbesondere gegen Frauen – konsequent verstärken. Unsere Strategien zur Bekämpfung digitaler Gewalt werden wir gezielt weiterentwickeln, bestehende Beratungsangebote ausbauen und dafür sorgen, dass auch psychische und digitale Gewalt umfassend strafrechtlich erfasst werden. Neue Formen digitaler Gewalt, etwa durch digitale Belästigungen, Mobbing in den Sozialen Medien oder manipulierte Inhalte wie Deepfakes müssen konsequent bekämpft und bestehende gesetzliche Lücken geschlossen werden.

Für uns gilt: Wer Frauen angreift und unsere Werte missachtet, darf sich nicht auf staatlichen Schutz berufen. Aufenthaltsrechtliche Möglichkeiten müssen konsequent genutzt werden.

Kinder- und Jugendschutz

Der Kinderschutz in unserer Stadt muss weiter verbessert werden. Wir haben mit dem Gesetz zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe dafür gesorgt, dass in allen Jugendämtern verbindlich spezialisierte Kinderschutzteams vorzuhalten sind. Diese sind so auszustatten (Kinderschutzmobil, Smartphones, Tablets/ Laptops), dass sie schnell und wirksam handeln können. Zudem setzen wir uns für die landesweit einheitliche rechtliche Verankerung und den flächendeckenden Ausbau der Schuldistanz- und Jugenddelinquenz-Teams in allen Berliner Jugendämtern ein. Diese spezialisierten Teams arbeiten präventiv und intervenierend mit Kindern und Jugendlichen, die durch Schulabsentismus oder auffälliges Verhalten ins Blickfeld geraten sind.

Jugendclubs müssen echte Schutzräume sein - ohne Wenn und Aber. Deshalb werden wir alle Einrichtungen zu verbindlichen Schutzkonzepten mit klaren Handlungsanweisungen, regelmäßigen Schulungen für das Personal und einer konsequenten Umsetzung im Alltag verpflichten. Zugleich werden wir die Jugendämter gezielt stärken, damit sie die Einhaltung dieser Vorgaben wirksam kontrollieren können. Straftaten dürfen weder relativiert noch verschwiegen werden, sondern müssen unmittelbar der Polizei gemeldet und zur Anzeige gebracht werden. Jede Form von Zurückhaltung – etwa aus falsch verstandener kultureller Sensibilität – ist inakzeptabel.

Gewaltschutz- und Kinderschutzambulanzen leisten einen wichtigen Beitrag bei der Aufklärung und Dokumentation von Misshandlungen sowie bei der Unterstützung betroffener Kinder. Diese Strukturen wollen wir weiter stärken. Dabei gilt: Das Kindeswohl steht an erster Stelle. Staatliche Strukturen müssen so aufgestellt sein, dass Kinder schnell und wirksam den Schutz erhalten, den sie brauchen.

Wir werden den interkollegialen Austausch im Gesundheitswesen verbessern. Durch eine Anpassung des Berliner Heilberufekammergesetzes wollen wir die rechtlichen Voraussetzungen dafür schaffen, dass Ärztinnen und Ärzte bei Verdachtsfällen enger zusammenarbeiten können. Ziel ist es, Lücken im System zu schließen und zu verhindern, dass Kindeswohlgefährdungen durch häufige Arztwechsel unentdeckt bleiben

Auch die Familiengerichte spielen eine zentrale Rolle beim Kinderschutz. Wir setzen uns dafür ein, dass ergänzende Schulungen von Familienrichtern in Fragen des Kinderschutzes durch die Berliner Gewaltschutzambulanz sowie Hospitation in den Kinderschutzteams verbindlich geregelt werden.

Beratungsangebote und Frühe Hilfen für Familien werden wir so aufstellen, dass Familien schnell die Unterstützung erhalten, die sie benötigen. Die momentan unübersichtlichen Angebotsstrukturen sollen evaluiert und wirkungsvoll weiterentwickelt werden.

Vorbereitet statt überrascht: Berlin wird krisenfest.

Der Schutz kritischer Infrastruktur hat für uns höchste Priorität. Energieversorgung, Wasserwerke, IT-Netze, Regierungsgebäude, Verkehrswege und Kommunikationssysteme sind die Lebensadern unserer Stadt. Unser Ziel ist es, sie wirksam vor Cyberangriffen, Sabotage und physischen Bedrohungen zu schützen.

Wir werden eine umfassende Strategie zum Schutz kritischer Infrastruktur vor Anschlägen und Sabotage aus dem In- und Ausland erarbeiten, die eine verstärkte polizeiliche Überwachung, den verstärkten Einsatz von Videoüberwachungstechnik und moderner Sensorik sowie gezielte bauliche Schutzmaßnahmen – wie die besondere Sicherung von Trafostationen oder die unterirdische Verlegung von Energieleitungen – umfasst.

Wir werden die Investitionen in den Schutz kritischer Infrastruktur deutlich erhöhen. Die Senatsverwaltungen und Bezirke müssen in der Lage sein, insbesondere in den Bereichen Energie, Wasser, Ernährung, Informationstechnik, Telekommunikation und Gesundheitsversorgung auch

im Notfall handlungsfähig zu bleiben. Investitionen in den Schutz und Ausbau der kritischen Infrastruktur sind in den Planungen besonders zu berücksichtigen.

Wir werden das Kompetenzzentrum für Bevölkerungs- und Krisenmanagement ebenso wie die bezirklichen Katastrophenschutzstrukturen personell und organisatorisch stärken. Gleichzeitig prüfen wir die Einrichtung eines zentralen Landesamtes für Bevölkerungs- und Katastrophenschutz mit einem 24/7-Lagezentrum und einheitlichen Standards in der gemeinsamen Stabsarbeit.

Wir werden die Einsatzbereitschaft aller stationären sowie mobilen Katastrophenschutzleuchttürme sichern und sie mit moderner, einheitlicher Kommunikationstechnik ausstatten. Zudem werden wir die Sireneninfrastruktur in Berlin leistungsfähig ausbauen und sie vollständig in bestehende digitale Warnsysteme wie MoWaS und die Warn-App NINA integrieren. Der BOS-Digitalfunk wird kontinuierlich modernisiert.

Wir wollen die anerkannten Hilfsorganisationen als unverzichtbare Partner im Bevölkerungsschutz stärken. Wir sprechen uns für eine Erhöhung ihrer jährlichen Zuwendungen aus. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass Einsatzkräfte der Hilfsorganisationen den Kräften der Feuerwehr bei Heranziehung zu Einsätzen und Übungen rechtlich vollständig gleichgestellt werden. Darüber hinaus werden wir die Voraussetzungen für eine Heranziehung aller Landesbeschäftigten zur Unterstützung im Krisenfall schaffen, auch außerhalb ihrer normalen Tätigkeitsfelder.

Zur strukturellen Entlastung des Rettungsdienstes wollen wir private Krankentransportunternehmen und deren Leitstellen als zusätzliche Einsatzreserve stärker in die Katastrophenvorsorge einbinden und dafür die notwendigen organisatorischen und rechtlichen Voraussetzungen schaffen.

Wir prüfen die Einrichtung eines zentralen Logistikzentrums der Feuerwehr, in das Einheiten und Materialien der Hilfsorganisationen eingebunden werden. Dazu gehören gemeinsame Räumlichkeiten, Werkstätten im 24/7-Betrieb und moderne Lagerstrukturen.

Alle Wachstandorte der Berliner Feuerwehr sind mit Notstromaggregaten auszustatten. Ergänzend werden wir ein Treibstofflogistikkonzept entwickeln, damit kritische Bereiche im Katastrophenfall zuverlässig mit Kraftstoff versorgt werden können.

Informationsfreiheits-, Transparenz- und Open-Data-Regelungen dürfen keine Baupläne für Sabotage liefern. Sensible Informationen über Lage, Aufbau oder Schwachstellen kritischer Infrastruktur müssen wirksam geschützt werden. Offenlegungspflichten werden wir dort überprüfen und anpassen, wo sie Sicherheitsrisiken schaffen.

Wir wollen, dass Berlin im Rahmen der „European Sky Shield Initiative“ zu einem Standort moderner Luftverteidigungssysteme wird und als deutsche Hauptstadt einen eigenen Schutzschirm gegen Luftangriffe erhält. Ergänzend setzen wir uns für den Aufbau eines Heimatschutzregiments ein, das lebenswichtige Infrastruktur in Krisen- und Verteidigungsfällen schützt.

Die Bundeswehr soll in Berlin stärker sichtbar und verankert sein. Dazu gehören geeignete Liegenschaften, Unterstützung bei der Gewinnung von Reservistinnen und Reservisten, öffentliche Gelöbnisse sowie mehr gesellschaftliche Anerkennung für den Dienst unserer Soldatinnen und Soldaten. Veranstaltungen von Jugendoffizieren an Schulen betrachten wir als wichtigen Beitrag zur sicherheitspolitischen Bildung. Ebenso begrüßen wir es ausdrücklich, wenn sich junge Menschen für den Wehrdienst entscheiden und damit bereit sind, Verantwortung für die Sicherheit und Freiheit unseres Landes zu übernehmen. Wir wollen die Vorschriften über die Verleihung des Feuerwehr- und Katastrophenschutz-Ehrenzeichens anpassen, sodass künftig auch beordnete Reservistinnen und Reservisten der Bundeswehr ausgezeichnet werden können. Beschäftigten der unmittelbaren und mittelbaren Landesverwaltung wollen wir die Teilnahme an Reserveübungen im Rahmen der dienstlichen Möglichkeiten an bis zu 30 Arbeitstagen pro Jahr ermöglichen.

Die Zusammenarbeit zwischen Berliner Hochschulen und der Bundeswehr wollen wir stärken. Forschungsergebnisse aus unseren Hochschulen sollen auch für die Sicherheitsinteressen Deutschlands und seiner NATO-Partner nutzbar sein. Die Zivilklausel an Hochschulen werden wir abschaffen.

Was wir für ein sicheres Berlin NICHT brauchen

**Berlin wird
NICHTS
mit Links**

- ▶ **Legalisierung von harten Drogen und Crack-Konsumräumen**
- ▶ **Misstrauen und Gängelung unserer Polizei**
- ▶ **Vernachlässigung und Gefährdung unserer Sicherheitskräfte**
- ▶ **Aufweichen des Polizeigesetzes und weniger Befugnisse für die Polizei**
- ▶ **Abschaffung von Waffen- und Messerverbotzonen**
- ▶ **Marode Polizei- und Feuerwehrdienststellen**
- ▶ **Ende von Videoüberwachung**
- ▶ **Täterschutz aus falsch verstandener Toleranz**
- ▶ **Diffamierung der Bundeswehr**

02.

**Berlin wird
knallhart.**

**Wir
nehmen
kriminellen
Clans das
Geld weg.**

02.



Berlin wird knallhart. Wir nehmen kriminellen Clans das Geld weg.

Für alle, die unseren Rechtsstaat mit Füßen treten, unsere Demokratie verachten und Recht brechen, gilt: **Null Toleranz!**

Unser Berlin holt sich sein Geld von kriminellen Clans zurück:

Ob dubiose Mietwagenfirmen oder Spielhallen – illegale Gewinne ziehen wir konsequent ein. Dafür sorgen massiver Druck, mehr Razzien, neue Spezial-Teams bei der Justiz und die enge Vernetzung von Polizei, Zoll und Steuerfahndung.

Mit Erfolg: 2023 wurden 4,9 Millionen Euro eingezogen, 2024 schon 8,8 Millionen Euro – fast doppelt so viel. Im Jahr 2025 wurde mit 21,8 Millionen Euro ein neuer Rekordwert bei der Vermögensabschöpfung erreicht. Zudem wurden über 250 illegale Spielautomaten und 77 Immobilien aus Clan-Besitz bereits beschlagnahmt, darunter auch die berüchtigte „Remmo-Villa“.

Weil Hass, Extremismus und Terror in Berlin nichts zu suchen haben:

Hamas-Propaganda ist jetzt an Berlins Schulen verboten, die Polizei geht hart und entschlossen gegen Straftaten unter dem Deckmantel des Demonstrationsrechts vor.

Wir setzen Recht und Ordnung auf allen Gebieten durch. Mit der Räumung des Protestcamps in der Wuhlheide haben wir gezeigt, dass sich Berlin nicht mehr von Klima-Extremisten auf der Nase rumtanzen lässt. Mit hartem Fahndungsdruck haben wir 2024 insgesamt 132,3 Millionen Euro von Steuerbetrügern eingetrieben. Die Migrationswende ist da: Die Zahl der Abschiebungen, insbesondere aus dem Strafvollzug, ist jetzt deutlich höher. Und deshalb gilt jetzt auch: Keine neuen Containerunterkünfte in Berlins Kiezen.

II. Berlin wird knallhart.



Kampf gegen Organisierte Kriminalität

Wir werden die Vermögensabschöpfung im Kampf gegen Organisierte Kriminalität und Clanstrukturen weiter stärken. Die in der vergangenen Legislatur eingeführte Beweislastumkehr bei der Vermögensabschöpfung war ein wichtiger Schritt, an den wir konsequent anknüpfen wollen. Künftig soll auch die vereinfachte Einziehung illegal transferierter Gelder – etwa im Zusammenhang mit Hawala-Banking – besser ermöglicht werden.

Die Bekämpfung der Organisierten Kriminalität und der Clankriminalität erfordert eine schlagkräftige Staats- und Anwaltschaft, um kriminelle Strukturen aufzuklären und zu zerschlagen. Wir setzen uns daher für die Stärkung spezialisierter Abteilungen, eine qualifizierte Weiterbildung und einen angemessenen Personalaufwuchs ein.

Wir werden die Kontroll- und Eingriffsmöglichkeiten des Staates weiter verbessern. Dazu gehört eine strukturierte Neuordnung der Gewerbeüberwachung mit dem Ziel, deutlich mehr Kontrollen durchzuführen.

Wir werden konsequent gegen den zunehmenden Einsatz von Schusswaffen im öffentlichen Raum vorgehen. Der unerlaubte Umgang mit halbautomatischen Kurz Waffen muss deutlich schärfer geahndet werden. Deshalb setzen wir uns für die Einführung eines eigenen Verbrechenstatbestandes ein.

Der unerlaubte gewerbsmäßige Handel mit verschreibungspflichtigen Medikamenten muss strafrechtlich stärker sanktioniert werden. Das Arzneimittelgesetz ist dahingehend zu reformieren, dass organisierter Handel mit verschreibungspflichtigen Medikamenten als besonders schwerer Fall berücksichtigt wird.

Wir setzen uns dafür ein, dass der offene Vollzug für Täter aus der Organisierten Kriminalität ausgeschlossen wird. Durch verstärkte Haftraumdurchsuchungen – auch mit Drogen- und Drogen-trägerspürhunden – wollen wir kriminelle Aktivitäten aus dem Gefängnis heraus unterbinden. Wir werden die Strafverfolgungsbehörden personell und technisch deutlich stärken und dauerhaft am tatsächlichen Bedarf ausrichten. Kapazitätsengpässe in der Kriminaltechnik – insbesondere bei der Untersuchung sichergestellter Substanzen – müssen konsequent abgebaut werden. Gleichzeitig wollen wir die IT-Forensik personell und technisch so ausstatten, dass digitale Beweismittel wie Mobiltelefone oder verschlüsselte Kommunikationsdaten zeitnah ausgewertet werden können. Auch spezialisierte Polizeieinheiten, etwa Observationsteams, wollen wir gezielt ausbauen, um organisierte und digital vernetzte Drogenkriminalität wirksam zu bekämpfen. Darüber hinaus ist die Strafverfolgung digital organisierter Drogenkriminalität – etwa über Kommunikationsplattformen wie SkyECC – rechtlich und organisatorisch abzusichern.

Wir werden den Einsatz technischer Ermittlungsinstrumente ausbauen. Dazu gehören KI-gestützte Datenanalysen zur Bekämpfung von Geldwäsche, der Einsatz spezialisierter Auswertesoftware (z.B. EncroChat, SkyECC) sowie die rechtssichere Speicherung von IP-Adressen. Im Sinne einer effektiven Strafverfolgung ist dabei auch die Zusammenarbeit sowie insbesondere der Datenaustausch zwischen allen beteiligten Behörden weiter zu verbessern.

Wir werden den Schutz von Zeugen und Justizangehörigen verbessern. Dazu gehört die Erweiterung des Haftgrundes der Verdunkelungsgefahr nach § 112 Absatz 2 Nr. 3 StPO sowie eine erhöhte Strafandrohung für die Einwirkung auf Zeugen und Gerichtspersonen.

Wir wollen die Fähigkeit des Verfassungsschutzes stärken, Verflechtungen zwischen Organisierter Kriminalität und extremistischen Strukturen frühzeitig zu erkennen und systematisch auszuwerten. Wir setzen uns für die Einbeziehung der Verfassungsschutzbehörden bei der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität ein und wollen dafür das Verfassungsschutzgesetz ändern. Darüber hinaus werden wir die Zusammenarbeit mit Polizei und Strafverfolgungsbehörden verbessern und klare rechtliche Grundlagen für den Informationsaustausch schaffen.

Wir schließen Schlupflöcher, die von kriminellen Netzwerken ausgenutzt werden. Dazu gehört die Einführung einer gewerberechtlichen Erlaubnispflicht für Autovermietungen, um Missbrauch etwa für Drogentransporte oder illegale Straßenrennen wirksam zu verhindern.

Wir werden organisierten Sozialleistungsmissbrauch, Scheinanmeldungen und den Missbrauch der europäischen Freizügigkeit konsequent bekämpfen, indem wir Erfassungsverfahren verbessern und den automatisierten Datenabgleich zwischen Jobcentern und Behörden ausbauen. Zudem sollen Fahrzeughalterdaten regelmäßig abgefragt werden, um missbräuchliche Nutzung hochpreisiger Fahrzeuge schnell zu erkennen, entsprechende Vermögenswerte sicherzustellen und auf Sozialleistungen anzurechnen.

Wir werden die Anzahl von regelmäßigen Verbundeinsätzen von Ordnungsämtern, Polizei, Jobcentern, Familienkasse, Steuerfahndung und Justiz gegen Sozialleistungsbetrug und Wirtschaftskriminalität erhöhen. So können kriminelle Netzwerke schneller identifiziert, illegale Geschäftsmodelle unterbunden und Vermögenswerte konsequent abgeschöpft werden.

Wir setzen zudem auf eine stärkere Bündelung von Kompetenzen. Mit einem gemeinsamen operativen Zentrum für Finanzermittlungen von Staatsanwaltschaft, Polizei und Steuerfahndung wollen wir die Grundlage schaffen, um Geldwäsche, Steuerstraftaten und Terrorfinanzierung noch gezielter und effizienter zu bekämpfen.

Wir werden auch die Zusammenarbeit zwischen Senatsverwaltungen, Bezirken, Strafverfolgungsbehörden und Gerichten ebenso wie die Kooperation mit anderen Bundesländern und internationalen Partnern vertiefen. Auf europäischer Ebene setzen wir uns für eine Stärkung von Eurojust ein, um grenzüberschreitende Strafverfahren besser zu koordinieren und internationale Täterstrukturen konsequent zu verfolgen.

Konsequent gegen Steuerkriminelle

Wir werden den entschlossenen Kampf gegen Steuerbetrug und Finanzkriminalität verstärken. Dazu werden wir die Betriebsprüfung und das Finanzamt Fahndung und Strafsachen personell und technisch stärken, moderne Analyse- und IT-Instrumente konsequent einsetzen und die Zusammenarbeit zwischen Finanzverwaltung, Strafverfolgungsbehörden und Zoll weiter verbessern. Dazu gehört insbesondere eine Anbindung der Steuerfahndung an die Daten- und Informationsportale der Polizei.

Komplexe Betrugsmodelle, organisierte Steuerhinterziehung und internationale Steuervermeidung werden wir gezielt angehen. Zugleich werden wir für effizientere Verfahren und eine konsequente Durchsetzung bestehender Steuergesetze sorgen. Zusätzlich wollen wir eine Bundesratsinitiative mit dem Ziel auf den Weg bringen, bundesrechtlich eine Annahmepflicht für mindestens ein digitales Zahlungsmittel im gewerblichen Waren- und Dienstleistungsverkehr einzuführen.

Unsere Verfassung schützen. Extremismus und Antisemitismus bekämpfen.

Wir wollen das Berliner Versammlungsfreiheitsgesetz überarbeiten und den Begriff der Öffentlichen Ordnung wieder aufnehmen. Wo konkrete Anhaltspunkte für Gewalt oder Straftaten vorliegen, müssen Versammlungen frühzeitig beschränkt oder untersagt werden können. Polizei und Behörden brauchen die rechtliche Sicherheit, bei belastbarer Gefahrenprognose entschlossen einzugreifen und Versammlungen konsequent aufzulösen, wenn sie unfriedlich werden oder erkennbar darauf zusteuern. So schützen wir das Grundrecht der Friedlichen – und ziehen eine klare Grenze gegenüber Chaoten.

Wir werden die Polizei zudem mit den notwendigen Befugnissen ausstatten, um Gewalt und Ausschreitungen bei Demonstrationen frühzeitig zu verhindern. Dazu gehört insbesondere die Möglichkeit, bereits im Vorfeld gegen verummte und bewaffnete Demonstranten vorzugehen. Gleichzeitig setzen wir uns für eine Verschärfung des Strafrahmens beim Mitführen von Waffen auf Versammlungen ein. Um Straftaten besser aufklären und verfolgen zu können, wollen wir zudem die Speicherdauer von Videoaufnahmen rechtssicher verlängern.

Wir stehen für einen starken Verfassungsschutz, der rechtlich und technisch in der Lage ist, Gefährder frühzeitig zu beobachten und unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung wirksam zu schützen. Wir werden die rechtlichen Grundlagen schaffen, um dem Verfassungsschutz erweiterte Befugnisse zur Extremismusbekämpfung zu ermöglichen. Dies umfasst die Prüfung von Zugriffsmöglichkeiten auf Kommunikationsdaten und Videoaufnahmen im öffentlichen Raum – stets unter strikter richterlicher Kontrolle und unter Wahrung des Trennungsgebots. Wo landesrechtliche Regelungen nicht ausreichen, werden wir entsprechende Initiativen auf Bundesebene ergreifen.

Der linksextremistische Anschlag auf die Berliner Stromversorgung im Januar 2026, der zehntausende Berlinerinnen und Berliner tagelang von der Energieversorgung abschnitt und vulnerable Gruppen in Lebensgefahr brachte, zeigt die reale Bedrohung durch linksextremistische Gewalt. Wir werden deshalb die Bekämpfung des Linksextremismus strukturell neu aufstellen und das Referat Linksextremismus beim Berliner Verfassungsschutz wieder einrichten und personell wie fachlich stärken. Wir beobachten außerdem auch das linksextreme Vorfeld in Parteien und Verbänden genau.

Der Rechtsextremismus ist eine reale Gefahr für das friedliche Zusammenleben in unserer Stadt. Rechtsextremisten delegitimieren unseren Staat und seine Institutionen. Offene Gewaltbereitschaft und Ausländerfeindlichkeit machen sie besonders gefährlich. Wir treten rechtsextremer Gewalt mit der vollen Härte des Rechtsstaates entgegen und werden Aussteigerprogramme bedarfsgerecht fortführen.

Wir treten jeder Form von Extremismus und Antisemitismus mit aller Entschlossenheit entgegen. Auch in Zukunft gilt es, jede Form radikaler und gewalttätiger Gesinnung, die unsere Freiheit, unsere Demokratie und unseren Rechtsstaat bedroht, konsequent zu bekämpfen. Die spezialisierte Abteilung für Staatsschutzdelikte und Hasskriminalität bei der Staatsanwaltschaft werden wir weiter ausbauen und stärken.

Mit einer rechtssicheren Demokratieklausel werden wir sicherstellen, dass Organisationen und Initiativen, die sich gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung richten oder menschenfeindliche Positionen vertreten, keine staatlichen Fördergelder erhalten. Wir setzen uns zudem dafür ein, dass Vereinigungen mit nachweislich verfassungsfeindlichen Bestrebungen die Gemeinnützigkeit aberkannt wird. Wer gegen unseren Staat und seine Verfassung arbeitet, darf keine steuerlichen Vorteile genießen. Die Finanzämter müssen dafür rechtssichere Grundlagen erhalten und eng mit Verfassungsschutzbehörden kooperieren.

Wir werden einen Verfassungstreue-Check im Öffentlichen Dienst einführen, um sicherzustellen, dass Staatsbedienstete fest auf dem Boden unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehen.

Wir setzen uns dafür ein, dass öffentliche Forderungen nach der Errichtung eines islamistischen Gottesstaates, der Einführung der Scharia oder eines Kalifats in Deutschland strafbar werden. Niemand darf dazu aufrufen, unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung abzuschaffen. Den vom Berliner Verfassungsschutz beobachteten radikalen Trägerverein „Islamische Gemeinschaft Berlin e.V.“ der Al-Nur-Moschee in Neukölln wollen wir verbieten. Neuen radikalen Trägerstrukturen treten wir entschieden entgegen und prüfen bei Bedarf weitere Verbotverfahren.

Antisemitische Versammlungen, die zu Hass gegen Jüdinnen und Juden aufrufen oder das Existenzrecht Israels infrage stellen, müssen bereits im Vorfeld rechtssicher untersagt werden können. Dazu zählt insbesondere auch ein Verbot des antisemitischen Al-Quds-Marsches.

Antisemitische Hetze und Straftaten sind konsequent zu verfolgen und zu bestrafen. Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, das Ausweisungsrecht entsprechend weiterzuentwickeln. Wer

antisemitische Straftaten begeht, billigt oder unterstützt, soll danach mit klaren aufenthaltsrechtlichen Konsequenzen rechnen müssen. Unser Maßstab ist eindeutig: Wer in Deutschland lebt, muss die Grundlagen unseres demokratischen Zusammenlebens achten. Ausländische Antisemiten dürfen keine Bleibeperspektive erhalten.

Unsere Hochschulen müssen Orte der Freiheit, des Respekts und der Sicherheit sein – auch für jüdische Studentinnen und Studenten. Antisemitismus und Israelfeindlichkeit haben dort keinen Platz. Antisemitische Vorfälle an unseren Hochschulen müssen klar benannt, aufgeklärt, zur Anzeige gebracht und konsequent geahndet werden: von der Anwendung des Hausrechts über temporäre Ausschlüsse vom Studium bis hin zur Exmatrikulation über das im Berliner Hochschulgesetz verankerte Ordnungsrecht in schweren Fällen. Wir stärken Antisemitismusbeauftragte an unseren Hochschulen als zentrale Anlaufstellen, bauen Beratungs- und Unterstützungsangebote aus und fördern Präventions- und Bildungsmaßnahmen. Den Austausch mit der Landesansprechperson zur Bekämpfung von Antisemitismus sowie die Zusammenarbeit mit Polizei und Sicherheitsbehörden werden wir weiter intensivieren.

Wissenschaft lebt vom internationalen Austausch. Forschungskooperationen mit israelischen Hochschulen und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sind für uns selbstverständlich. Boykottaufrufen gegen israelische Wissenschaftseinrichtungen sowie gegen israelische Forscherinnen und Forscher treten wir entschieden entgegen.

Jüdisches Leben und jüdische Kultur brauchen in Zeiten offenen Antisemitismus besondere Aufmerksamkeit und verlässliche Unterstützung. Anschläge gegen jüdisches Leben sind Anschläge gegen unsere Kultur und unsere freiheitliche Gesellschaft. Wir wollen den Kampf gegen Antisemitismus nachhaltig stärken und nach Möglichkeit durch feste Haushaltstitel absichern, damit zivilgesellschaftliche Initiativen langfristig planen und wirksame Präventionsarbeit leisten können. Bestehende Beratungs- und Unterstützungsangebote bei antisemitischen Vorfällen im Kulturbereich – wie etwa das OpenArtsHub – wollen wir ausbauen und dauerhaft sichern.

Schlagkräftige Justiz

Eine schnelle und konsequente Strafverfolgung ist entscheidend für das Vertrauen in unseren Rechtsstaat. Deshalb werden wir die Abläufe in der Strafverfolgung konsequent beschleunigen. Unser Grundsatz ist klar: Die Strafe muss auf dem Fuße folgen. Besonders beschleunigte Strafverfahren werden wir deutlich ausbauen und sie insbesondere bei Delikten der Straßenkriminalität zum Regelfall machen. Gerichtsverhandlungen sollen möglichst noch am selben Tag oder innerhalb von zehn Tagen stattfinden. Gleichzeitig stellen wir sicher, dass Beweise frühzeitig und gerichtsfest gesichert werden – insbesondere durch zeitnahe richterliche Zeugenvernehmungen in Fällen schwerer Kriminalität.

Unser Ziel ist eine digitale und zukunftsfähige Justiz, die IT und Künstliche Intelligenz konsequent nutzt, um Verfahren effizienter zu machen und die Arbeit der Justiz zu erleichtern. Durch Wettbewerbe für innovative Ideen, ein ständiges Dialogforum mit Justiz, Verwaltung und Wirt-

schaft sowie die Stärkung von Einrichtungen wie dem Cyber Innovation Hub und dem Legal Tech Center wollen wir Digitalisierung und Innovation in der Justiz dauerhaft vorantreiben.

Der Schutz der Beschäftigten im Justizvollzug hat für uns höchste Priorität. Wir werden daher ein umfassendes Schutzkonzept für die Bediensteten im Justizvollzug umsetzen, das regelmäßige Schulungen zur Anwendung moderner Sicherheitstechnik und zur Selbstverteidigung umfasst. Darüber hinaus werden wir den regelmäßigen Austausch und die Wartung der Schutzausrüstung, einschließlich stichschutzsicherer Westen, sicherstellen. Mit der flächendeckenden Einführung von BOS-Digitalfunkgeräten werden wir eine schnelle und verlässliche Kommunikation in Gefahrensituationen sicherstellen. Um die Privatsphäre und persönliche Sicherheit der Justizvollzugsbeamten zu wahren, werden wir diese bei der Beantragung von Kennzeichen- und Auskunftssperren für die Meldeadressen der Bediensteten unterstützen. Zum Schutz des Eigentums der Bediensteten wollen wir für Parkplätze an Justizvollzugsanstalten bauliche Schutzmaßnahmen ergreifen und setzen dabei insbesondere auf den Einsatz von Videoüberwachung und eine bessere Beleuchtung.

Wir werden die Justizvollzugsanstalten in Berlin weiter modernisieren und mehr Haftplätze schaffen, damit Strafen konsequent und verlässlich vollstreckt werden können. In diesem Sinne werden wir auch den Umbau und die Grundsanierung der Teilanstalt III der JVA Tegel weiter vorantreiben.

Wir wollen die Erfahrung der Richterinnen und Richter für die Berliner Justiz besser nutzen. Deshalb wollen wir im Berliner Richtergesetz die Möglichkeit schaffen, den Ruhestand auf Antrag freiwillig bis zum 68. Lebensjahr hinauszuschieben.

Am Neutralitätsgesetz halten wir fest. Staatliche Repräsentanten müssen weltanschaulich neutral auftreten. Das Tragen religiöser Symbole im Gerichtssaal muss weiterhin untersagt bleiben.

Wir setzen uns angesichts der gestiegenen Anforderungen für eine grundlegende Reform der Gerichtsvollzieherausbildung ein und wollen dazu ein grundständiges Studienfach „Bachelor of Laws – Gerichtsvollzug“ in Kooperation mit der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin einrichten. Für bereits tätige Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher im mittleren Dienst sowie weitere Bewerberinnen und Bewerber aus der Justiz sind Möglichkeiten für die Qualifizierung für den gehobenen Dienst und faire Übergangsregelungen zu schaffen.

Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, das Alter der Strafmündigkeit von 14 Jahren auf 12 Jahre herabzusetzen. Jugendliche sollen künftig ab ihrem 12. Geburtstag strafrechtlich verantwortlich sein, sofern die Verantwortungsreife gemäß § 3 JGG vorliegt. Mit einem gerichtlichen „Verantwortungsverfahren“ wollen wir sicherstellen, dass erzieherische Maßnahmen nicht erst spät durch das Jugendamt, sondern verbindlich durch ein Gericht angeordnet werden.

Migration ordnen, steuern und begrenzen

Wir stehen zu unserer humanitären Verantwortung und zum Grundrecht auf Asyl. Zugleich gilt: Der Staat muss jederzeit die Kontrolle über die Migration behalten. Wer Schutz vor Verfolgung sucht, hat Anspruch auf ein rechtsstaatliches Verfahren. Wer kein Anrecht auf Asyl hat, muss unser Land wieder verlassen. Ordnung und Humanität gehören für uns zusammen. Deshalb stehen wir für eine Migrationspolitik, die illegale Migration begrenzt, Fehlanreize reduziert und geltendes Recht konsequent durchsetzt.

Wir stehen für eine konsequente Umsetzung der GEAS-Richtlinie. Asylverfahren müssen von Beginn an klar strukturiert und zügig durchgeführt werden. Asylbewerber und illegal Eingereiste sollen deshalb vom ersten Tag bis zur Entscheidung über ihren Asylantrag in zentralen Einrichtungen untergebracht werden.

Wir stehen zur Einführung der Bezahlkarte und wollen diese dauerhaft etablieren.

Wir werden die Zusammenarbeit zwischen Aufnahmeeinrichtungen, dem Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten und Unterbringung, dem Landesamt für Einwanderung, den Sozialämtern und der Polizei stärken, um die Ausreisepflicht konsequenter durchzusetzen. Aufenthaltsdaten ausreisepflichtiger Personen sollen zentral erfasst und den zuständigen Behörden schnell und verlässlich zur Verfügung gestellt werden, damit Entscheidungen konsequent umgesetzt werden können.

Duldungen müssen konsequent darauf überprüft werden, ob rechtliche oder tatsächliche Abschiebehindernisse vorliegen. Bestehende Möglichkeiten zur Durchsetzung der Ausreisepflicht sind konsequent zu nutzen.

Rückführungen sollen bereits beim ersten Versuch erfolgen können – auch wenn nicht alle Familienangehörigen anzutreffen sind. Fehlende Anwesenheit darf nicht dazu führen, dass sich Ausreisepflichtige der Durchsetzung rechtsstaatlicher Entscheidungen entziehen können. Rückführungen sind zudem ganzjährig durchzuführen, auch in den Wintermonaten.

Um Rückführungen wirksam durchzusetzen, sind die bestehenden Instrumente des Ausreisegewahrsams und der Abschiebungshaft stärker zu nutzen. Dazu wollen wir die Kapazitäten des Ausreisegewahrsams deutlich erweitern und auch behördenintern dafür sorgen, dass davon Gebrauch gemacht wird. Abschiebungshaft soll nicht nur bei verurteilten Straftätern oder terroristischen Gefährdern eingesetzt werden, sondern auch bei Personen, die wiederholt Gegenstand strafrechtlicher Ermittlungsverfahren geworden sind.

Wir setzen uns für eine Bundesratsinitiative ein, um die Strafbarkeitslücke in § 97a AufenthG bei der unbefugten Weitergabe von Flugdaten und Informationen zu Rückführungen zu schließen. Geheimhaltungspflichten sind auf Nichtamtsträger zu erweitern und Verstöße strafrechtlich zu sanktionieren, um die Durchführung von Abschiebungen nicht zu gefährden.

Wer die rechtsstaatliche Durchsetzung der Ausreisepflicht gezielt behindert, darf keine staatliche Unterstützung erhalten. Personen oder Einrichtungen, die Anleitungen zur Umgehung von Abschiebungen verbreiten oder auf entsprechende Informationsquellen verweisen, werden wir von öffentlichen Förderungen ausschließen. Steuergeld darf nicht dazu verwendet werden, geltendes Recht zu unterlaufen.

Wir werden wirksame Maßnahmen gegen unseriöse Vermittlungs- und Migrationsagenturen ergreifen, die Menschen mit falschen Versprechungen nach Berlin locken und in Abhängigkeit oder Verschuldung bringen. Dazu gehören eine umfassende Untersuchung dieser Agenturen und gezielte Informations- und Fortbildungsangebote für Behörden und Betroffene. Zudem wollen wir eine offizielle Liste seriöser Vermittlungsagenturen als verlässliche Orientierung für Betriebe, Bildungseinrichtungen sowie Migrantinnen und Migranten schaffen.

Wir werden Einbürgerungsverfahren konsequent weiterentwickeln. Die deutsche Staatsbürgerschaft darf nur erhalten, wer unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung anerkennt, sich zu Recht und Gesetz bekennt, die gesetzlichen Voraussetzungen vollständig erfüllt sowie das Existenzrecht Israels anerkennt. Die Versagungsgründe der §§ 10, 11 Staatsangehörigkeitsgesetz sind sorgfältig zu prüfen und konsequent anzuwenden.

Was wir für ein knallhartes Berlin NICHT brauchen

**Berlin wird
NICHTS
mit Links**

- ▶ **Kuschelkurs gegenüber Clankriminellen**
- ▶ **Schleifen des Verfassungsschutzes**
- ▶ **Entkriminalisierung von Hausbesetzern**
- ▶ **Hofieren von Linksextremismus und Antisemitismus**
- ▶ **Neuer Kontrollverlust bei der illegalen Migration**
- ▶ **Abkehr von der Bezahlkarte für Asylbewerber**
- ▶ **Wiederaufnahme von Landesaufnahmeprogrammen**
- ▶ **Ausverkauf der deutschen Staatsbürgerschaft**
- ▶ **Quoten statt Leistung in der Justiz**

03.

Berlin wird

größer – für alle.

**Tempo
beim Neubau.
Unterstützung
für Mieter.**

03.



Berlin wird größer – für alle. Tempo beim Neubau. Unterstützung für Mieter.

Wohnraum entsteht nicht auf Knopfdruck – sondern durch Planung mit Weitblick.

Fakt ist: Zu lange wurde in Berlin zu wenig gebaut. Noch immer ist Wohnraum Mangelware, aber: Mit der CDU ist die Trendwende da. Mit dem Schneller-Bauen-Gesetz und der neuen Bauordnung haben wir Verfahren verkürzt und einfacher gemacht und so den Genehmigungsstau aufgelöst.

Und das zeigt Wirkung: Zum ersten Mal seit Jahren verzeichnet Berlin wieder steigende Genehmigungszahlen. Allein im letzten Jahr wurden über 14.000 Wohnungen genehmigt, fast 50 Prozent mehr als im Vorjahr. Die landeseigenen Wohnungsunternehmen planen den Neubau von rund 7.000 Wohnungen. Bis Ende 2026 schaffen wir so 80.000 neue Wohnungen in unserer Stadt. Und das ist erst der Anfang.

Damit Wohnen kein Luxus ist, sichern wir bezahlbare Mieten und sorgen dafür, dass Berlin für alle bezahlbar bleibt. Dafür haben wir alle rechtlichen Hebel in Bewegung gesetzt, um Mieterinnen und Mieter zu schützen – von der Mietpreisbremse, der Kündigungsschutzklausel und der Erhöhung der Zweitwohnungssteuer bis hin zur Umwandlungsverordnung. Durch die von uns eingeführte Mietpreisprüfstelle und die Verlängerung der kostenlosen Energieberatung sorgen wir gleichzeitig für mehr Unterstützung und Transparenz rund um die Themen Mieten, Sanieren und klimafreundliche Wärmeversorgung.

Mehr Sozialwohnungen für alle, die sie brauchen. 5.175 neue Sozialwohnungen hat Berlin 2025 bewilligt und damit die Marke von 5.000 Wohnungen pro Jahr zum zweiten Mal in Folge übertroffen. Die Einkommensgrenzen für den Wohnberechtigungsschein (WBS) haben wir angehoben, damit mehr Berliner Anspruch auf eine preiswerte Wohnung haben. Über 750 Millionen Euro fließen zusätzlich in den Wohnraumförderfonds, um bezahlbaren Wohnraum zu sichern und neue Projekte anzustoßen.

III. Berlin wird größer – für alle.



Bezahlbare Mieten und Mieterschutz

Ein starker Mieterschutz bedeutet für uns vor allem eines: Recht muss konsequent durchgesetzt werden. In Berlin verfügen wir mit Mietpreisbremse, Umwandlungsverordnung und Zweckentfremdungsverbot, der Kündigungsschutzklausel-Verordnung und der digitalen Beantragung des WBS bereits über wirksame Instrumente, um Mieterinnen und Mieter zu schützen. Entscheidend ist, dass Verstöße konsequent geahndet werden. Wer die Wohnungsnot rechtswidrig ausnutzt, muss mit harten Strafen rechnen. Wir werden die Durchsetzung bestehender Mieterrechte stärken, Schutzinstrumente gezielt weiterentwickeln und dafür sorgen, dass Mieterinnen und Mieter ihre Rechte einfacher und wirksam geltend machen können.

Populistischen Forderungen nach Enteignungen oder der Einführung eines Mietendeckels erteilen wir eine klare Absage. Solche Eingriffe sind keine Lösung für den angespannten Wohnungsmarkt, sondern verschärfen die Situation: Sie schrecken Investitionen ab, verhindern Neubau und verringern das Wohnungsangebot. Gleichzeitig entstehen neue Ungerechtigkeiten, weil bestehende Mietverhältnisse bevorzugt werden, während Wohnungssuchende – insbesondere Familien und Menschen mit mittleren und niedrigen Einkommen – kaum noch Chancen haben. Um übermäßig steigende Mieten zu bekämpfen, setzen wir stattdessen auf mehr und schnelleren Wohnungsbau und einen starken Mieterschutz.

Die von uns eingeführte Mietpreisprüfstelle werden wir zu einer schlagkräftigen Instanz ausbauen, die Verstöße nicht nur erfasst, sondern konsequent ahndet. Die Mietpreisprüfstelle soll Mietverhältnisse auf die Einhaltung gesetzlicher Vorgaben prüfen und Mieterinnen und Mieter aktiv bei der Durchsetzung ihrer Rechte sowie bei der Rückforderung unrechtmäßig gezahlter Mieten unterstützen. Durch eine bessere personelle Ausstattung, digitale Verfahren, verbindliche Bearbeitungsfristen und eine enge Zusammenarbeit der zuständigen Behörden sorgen wir für schnellere Entscheidungen, mehr Transparenz und eine wirksame Bekämpfung von Missbrauch auf dem Wohnungsmarkt.

Wir wollen, dass alle Berlinerinnen und Berliner von Anfang an über ihre Rechte als Mieter informiert sind. Die Bürgerämter sollen daher bereits bei der Anmeldung eines neuen Wohnsitzes über Regelungen wie die Mietpreisbremse, die Angebote der Mietpreisprüfstelle sowie über wohnortnahe Beratungsstellen informieren.

Die Bezirke wollen wir als zentrale Anlaufstellen für Wohnungsfragen stärken und ihre Kompetenzen gezielt ausbauen. Dazu wollen wir flächendeckend gut ausgestattete, wohnortnahe Mieterberatungsstellen schaffen, die insbesondere Haushalte mit geringem Einkommen und ältere Menschen rechtlich und sozial kompetent unterstützen. Perspektivisch wollen wir die Arbeit der bezirklichen Mieterberatungen in einer gestärkten Mietpreisprüfstelle aufgehen lassen, um Doppelstrukturen zu vermeiden, Zuständigkeiten zu vereinfachen und den Schutz der Mieterinnen und Mieter effizient aus einer Hand zu gewährleisten. Gleichzeitig werden wir die Wohnungsauf-

sicht durch mehr Personal, klare Zuständigkeiten und verbesserte rechtliche Instrumente stärken, um konsequent gegen Missstände wie Verwahrlosung, Überbelegung und illegale Zweckentfremdung vorzugehen.

Wir werden klare und verbindliche Regeln für die Untervermietung in angespannten Wohnungsmärkten schaffen, um Missbrauch wirksam zu verhindern und Transparenz zu erhöhen.

Wir werden die Rechte von Untermietern gegenüber den Hauptmietern stärken und klare gesetzliche Schutzstandards schaffen. Hierzu werden wir uns unter anderem dafür einsetzen, bundesgesetzliche Regelungen so anzupassen, dass Untermieter künftig ein umfassendes Auskunftsrecht über wesentliche Inhalte des Hauptmietvertrags, insbesondere zu Miethöhe und Vertragsdauer, sowie einen verbindlichen Anspruch auf Anwendung des Mietrechts nach BGB im Untermietverhältnis erhalten. Zudem werden wir ihnen den Zugang zur Mietpreisprüfstelle ermöglichen und den Anspruch auf Ausstellung einer Wohnungsgeberbescheinigung sichern – entweder durch den Hauptmietenden oder ersatzweise durch den Eigentümer.

Wir wollen den gemeinwohlorientierten Wohnungssektor weiter ausbauen. Landeswohnungsunternehmen, Genossenschaften und kirchliche Träger sollen durch Förderprogramme gezielt gestärkt werden, um langfristig stabile und bezahlbare Mieten zu sichern.

Wir werden dafür sorgen, dass Wohngeld und Wohnberechtigungsschein (WBS) schneller, einfacher und verlässlicher zur Verfügung stehen. Dazu setzen wir insbesondere auf digitalisierte Verfahren und den Einsatz Künstlicher Intelligenz. Durch die automatisierte Bearbeitung von Standardfällen sollen Wartezeiten spürbar verkürzt und zugleich die Verwaltung entlastet werden.

Sozialwohnungen sollen gezielt denjenigen zugutekommen, die sie wirklich benötigen. Deshalb werden wir bei Neuvermietungen regelmäßige Einkommensprüfungen für Mieter einführen. Überschreitet das Einkommen die festgelegten Grenzen, soll eine vertraglich geregelte Mietanpassung in Form eines Mietzuschlags greifen. Dabei ist auf einen minimalen Verwaltungsaufwand, einfache und unbürokratische Verfahren sowie eine insgesamt effiziente Ausgestaltung der Prüfungen zu achten. Die daraus erzielten Mittel sollen in die Wohnungsbauförderung fließen und für den Bau neuer Sozialwohnungen genutzt werden.

Wir werden auch unseren Einsatz gegen die Zweckentfremdung von Wohnraum weiter stärken. Aufbauend auf den bisherigen Erfolgen sollen die Bezirke durch ein zentrales Auswertungsverfahren der zuständigen Senatsverwaltung unterstützt werden. So können Maßnahmen gezielter, schneller und effizienter umgesetzt werden, um Wohnraum wieder dem regulären Wohnungsmarkt zuzuführen.

Betriebs- und Nebenkosten dürfen nicht zur zweiten Miete werden. Die Bezahlbarkeit von Energie ist in der Mieterstadt Berlin eine zentrale Frage. Denn gerade Mieterinnen und Mieter haben kaum eine Möglichkeit, auf die Art der Gebäudeheizung und damit die Kostenentwicklung Einfluss zu nehmen. Den Wettbewerb verschiedener Energieträger wie Gas, Fernwärme und Wärmepumpen wollen wir erhalten, denn nur so bleiben Heizkosten dauerhaft bezahlbar. Einseitige staatliche Vorgaben lehnen wir ab.

Statt teurer Symbolpolitik setzen wir auf wirksamen und bezahlbaren Klimaschutz dort, wo er tatsächlich große Wirkung entfaltet. Dazu gehören insbesondere der Ausbau und die Dekarbonisierung der Fernwärme. Mit dem Ankauf der Berliner Fernwärme haben wir die Grundlage dafür geschaffen, die Wärmeversorgung langfristig sicher und klimafreundlich weiterzuentwickeln. Zusätzlich stellen wir mit dem Klimapakt mehr als eine halbe Milliarde Euro für den Ausbau und die Dekarbonisierung großer Teile der Berliner Fernwärme bereit. Denn eine erfolgreiche Dekarbonisierung der Fernwärme ist zugleich ein entscheidender Schlüssel für die Klimaneutralität des Berliner Gebäudebestands. Dabei wollen wir die Preisstabilität für die Kunden unserer Fernwärme erhalten.

Erdgas wird auf absehbare Zeit weiter eine wichtige Rolle für eine sichere und bezahlbare Wärmeversorgung spielen – insbesondere, weil das Berliner Gasnetz große saisonale Energiespeicher ermöglicht und so den hohen Heizbedarf im Winter absichert. Gleichzeitig wollen wir den Ausbau erneuerbarer Wärme technologieoffen voranbringen. Wärmepumpen sollen dort eingesetzt werden können, wo sie sinnvoll und wirtschaftlich sind. Die wasserrechtlichen Restriktionen in der Nutzung der oberflächennahen Geothermie wollen wir überprüfen. In der Tiefengeothermie sehen wir ein wichtiges Zukunftspotenzial für die Wärmeversorgung Berlins. Dafür stellen wir über das Sondervermögen 45 Millionen Euro für stadtweite Messungen bereit. Wir wollen zeitnah beginnen und Forschung, Erschließung sowie Entwicklung dieser Technologie gezielt vorantreiben, um Berlin langfristig unabhängiger, klimafreundlicher und zugleich bezahlbar mit Wärme zu versorgen.

Die kommunale Wärmeplanung bleibt für uns ein wichtiges Instrument, um Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmen und Energieversorgern Orientierung für die zukünftige Wärmeversorgung zu geben. Dabei gilt für uns klar: Versorgungssicherheit und bezahlbare Energie müssen auch künftig der zentrale Maßstab der Wärmeplanung bleiben.

Wir werden den Ausbau und die Modernisierung der Berliner Energienetze konsequent vorantreiben und dabei Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Klimaschutz gemeinsam im Blick behalten. Mit dem Klimapakt stellt der Senat bereits rund eine halbe Milliarde Euro für die Erhaltung und Erweiterung des Stromnetzes bereit. Damit schaffen wir die Voraussetzungen für eine sichere, bezahlbare und klimaneutrale Energieversorgung. Gleichzeitig werden wir den Netzausbau gemeinsam mit Stromnetz Berlin beschleunigen und Genehmigungsverfahren vereinfachen. Klar ist für uns aber auch: Eine Stilllegung des Gasnetzes kommt für uns aus Gründen der Versorgungssicherheit nicht infrage.

Wohneigentum fördern

Wohneigentum ist das zentrale Aufstiegsversprechen der Sozialen Marktwirtschaft. Viele Menschen, insbesondere Familien, träumen von den eigenen vier Wänden. Deswegen werden wir die Einstiegshürden beim Erwerb von Wohneigentum deutlich senken. Wir wollen einen Berliner Eigentumsbonus für den erstmaligen Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum einführen: 10.000 Euro pro Erwachsenen, 5.000 Euro pro Kind. Die Förderung soll an klaren Einkommens-

grenzen ausgerichtet sein und insbesondere Familien mit Kindern gezielt unterstützen. Dabei orientieren wir uns an dem erfolgreichen Brandenburger Programm zur Bildung von Wohneigentum.

Wir wollen, dass Mieter der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften die Möglichkeit erhalten, Eigentümer ihrer Mietwohnung zu werden. Das fördert die soziale Durchmischung und ist zugleich Altersvorsorge. Mit dem Berliner Mietkauf werden wir insbesondere für Familien ein neues Modell für den Erwerb von Eigentum schaffen.

Wir setzen uns dafür ein, die Grunderwerbsteuer beim erstmaligen Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum deutlich zu reduzieren. Bis zu einem Kaufpreisanteil von 300.000 Euro soll sie bei Immobilienkäufen bis 800.000 Euro erlassen werden. Bei vorzeitiger Veräußerung innerhalb von zehn Jahren ist der Steuervorteil anteilig zurückzuzahlen.

Berliner Mischung erhalten

Wir werden die Berliner Mischung in den Quartieren sichern und stärken. Dazu wollen wir den landeseigenen Wohnungsunternehmen mehr Spielraum bei der Vergabe von Wohnungen geben, um ein ausgewogenes Verhältnis zwischen WBS-gebundenen und frei finanzierten Wohnungen sicherzustellen. Wir werden unsere landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften verpflichten, ihre Kundenzentren wiederzueröffnen, damit Mieter wieder persönliche Ansprechpartner vor Ort haben.

Wir werden die Kooperationsvereinbarung für die landeseigenen Wohnungsunternehmen deutlich stärker an den Zielen der Berliner Mischung und der Breite der Stadtgesellschaft orientieren. Die aktuell einseitige Konzentration auf Transferhaushalte ist nicht nachhaltig und gefährdet die Akzeptanz für Neubau sowie die Entwicklung stabiler Nachbarschaften. Unser Ziel sind stabile, lebenswerte Kieze – gerade auch in Quartieren mit hohem Anteil kommunalen Neubaus. Wir setzen uns für eine verantwortungsvolle Nachverdichtung und Belegung ein, die die soziale Durchmischung sicherstellt bzw. dazu beiträgt, sie herzustellen. Einkommenskriterien und Belegungsvorränge werden wir entsprechend neu fassen und erweitern. Künftig sollen auch Starterhaushalte und Familien mit zwei Einkommen bessere Chancen auf geförderten Wohnraum erhalten.

Mit einem gezielten Programm für Familienwohnen wollen wir insbesondere für mehr passende und bezahlbare Wohnungen für Familien sorgen. Gleichzeitig wollen wir „Junges Wohnen“ stärken und Studierenden und Auszubildenden mit einem neuen Vermietungskonzept bei den landeseigenen Wohnungsunternehmen den Zugang zu bezahlbarem Wohnraum in der ganzen Stadt erleichtern.

Wir werden gezielte Anreize für Wohnungswechsel schaffen, um Wohnraum besser zu nutzen und insbesondere größere Wohnungen für Familien verfügbar zu machen. Wir werden daher eine Preisgarantie beim Wohnungswechsel einführen und insbesondere ältere Menschen dabei unterstützen, in eine kleinere Wohnung umzuziehen. Die städtischen Wohnungsbaugesellschaften sollen bei Wohnungstauschen innerhalb derselben Gesellschaft sowie gesellschaftsübergreifend

zwischen landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften grundsätzlich keine Erhöhung der Nettokaltmiete pro Quadratmeter vornehmen, sofern Mieterinnen und Mieter in eine kleinere Wohnung wechseln und diese über eine vergleichbare Ausstattung verfügt.

Wir werden generationenübergreifende Wohnformen fördern und Anreize schaffen, damit Menschen unterschiedlichen Alters gemeinsam leben und sich im Alltag unterstützen können. Auch andere innovative Wohnformen wie ambulant betreute Pflege-Wohngemeinschaften wollen wir stärken.

Ein gepflegtes und sicheres Wohnumfeld trägt entscheidend zur Lebensqualität bei. Wir begrüßen klare und gut erkennbare Gestaltungskonzepte in größeren Wohnanlagen, etwa durch unterschiedliche Gestaltung der Hauseingänge und eine übersichtliche Beschilderung, um die Orientierung für ältere Bewohnerinnen und Bewohner zu erleichtern.

Moderne Technologien können dazu beitragen, Einbrüche, Vandalismus und illegale Müllablagungen frühzeitig zu erkennen und zu verhindern. Deshalb befürworten wir den Einsatz von Videotechnik auf den Grundstücksflächen oder in den Anlagen der landeseigenen Wohnungsunternehmen.

Den Zugang zu genossenschaftlichem Wohnen wollen wir spürbar erleichtern, indem wir den Erwerb von Genossenschaftsanteilen durch zinsgünstige Darlehen und Zuschüsse unterstützen. So senken wir finanzielle Einstiegshürden und ermöglichen mehr Menschen den Zugang zu bezahlbarem, gemeinschaftlichem Wohnraum.

Wir wollen den Wohnungsmarktbericht zu einem umfassenden, verlässlichen Instrument weiterentwickeln, das alle relevanten Akteure und Angebote erfasst. Ein Benchmarking soll systematisch zur Verbesserung der Prozesse und Verkürzung der Verfahren beitragen.

Einfach mal bauen

Mit schnelleren Planungs- und Genehmigungsverfahren durch das Schneller-Bauen-Gesetz, einer reformierten Bauordnung und mehr Wohnungsbauförderung haben wir den wohnungspolitischen Kurswechsel in Berlin eingeleitet. Das zeigt sich auch konkret: Im Jahr 2025 wurden 13.754 Wohnungen genehmigt – ein Anstieg von 40,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Damit ist die Zahl der genehmigten Wohnungen nach acht Jahren erstmals wieder gestiegen. Diesen erfolgreichen Kurs werden wir konsequent fortsetzen, um den Wohnungsbau weiter zu beschleunigen und mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Mit einer neuen Berliner Wohnoffensive wollen wir bis zum Jahr 2031 insgesamt 100.000 neue Wohnungen schaffen.

Ein zentraler Baustein ist dabei die Einführung eines standardisierten Berliner Mehrfamilienhauses („Berlin-MFH“). Durch klare Typenbauweisen und serielle Fertigung werden wir Baukosten senken und Planungs- und Genehmigungsprozesse erheblich beschleunigen. Projekte, die diesen Standard erfüllen, sollen vereinfachte und zügige Genehmigungen erhalten. Typengenehmigungen aus anderen Bundesländern sind direkt anzuerkennen. Das „Berlin-MFH“ ist modular konzipiert, flexibel anpassbar und für kommunale, genossenschaftliche sowie private Bauträger gleichermaßen

Ben geeignet. Es verbindet wirtschaftliche Bauweise mit praxisgerechten Standards, etwa durch ein energetisches Niveau auf Basis EH 55 und eine barrierearme Ausgestaltung.

Planungs- und Genehmigungsverfahren werden wir weiter verkürzen und bürokratische Hürden abbauen. Im Fokus stehen dabei die Digitalisierung von Anträgen und Entscheidungen sowie effizientere Abläufe in den Bezirksämtern. Ziel ist eine klare Vereinfachung für Investitionen in den Wohnungsbau. Zugleich werden wir Standards für städtebauliche Verträge und das Berliner Modell kritisch auf ihre Wirkung für den Wohnungsbau und das Mietniveau neu entstehender Wohnungen überprüfen und anpassen. Auch angrenzende Rechtsbereiche wie Umwelt-, Arten- und Denkmalschutz werden wir konsequent auf das zwingend erforderliche Maß nach Bundes- und Europarecht zurückführen. Darüber hinaus braucht es auch in den zuständigen Behörden einen klaren Bewusstseinswandel hin zu einer wohnungsbaufreundlichen Verwaltung.

Die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften spielen eine zentrale Rolle bei der Schaffung neuen Wohnraums. Unser Ziel ist es, ihren Bestand auf 500.000 Wohnungen auszubauen und damit den Anteil gemeinwohlorientierten Wohnraums deutlich zu erhöhen. Gleichzeitig wollen wir ihre wirtschaftliche Grundlage durch gezielte Eigenkapitalzuführungen und verlässliche Rahmenbedingungen stärken, damit sie Neubau, Bestandserweiterung und energetische Sanierungen gleichermaßen leisten können.

Die Berliner Genossenschaften sind ein unverzichtbarer Partner für bezahlbaren Wohnraum in unserer Stadt. Unser Ziel ist der Neubau von mindestens 1.000 genossenschaftlichen Wohnungen pro Jahr, von denen etwa 800 gefördert sein sollen. Dafür werden wir die Genossenschaftsförderung weiterentwickeln. Flexible Bindungsdauern mit zinslosen oder sehr günstigen Krediten sollen neue Spielräume eröffnen. Belegungsbindungen sollen künftig auch im Bestand nachgewiesen werden können. Insbesondere Aufstockung und Nachverdichtung genossenschaftlicher Gebäude werden wir durch ein spezielles zinsverbilligtes Darlehensprogramm unterstützen – auch ohne zusätzliche Belegungsbindungen. Zudem passen wir die Erbbaurechte an. Durch eine Begrenzung von Wertsicherungsklauseln, die Ermöglichung reduzierter Bodenwerte sowie ausgewogene Heimfallregelungen und Laufzeiten schaffen wir verlässliche und faire Voraussetzungen für genossenschaftliches Bauen.

Auch kirchliche Wohnungsunternehmen, Stiftungen und weitere gemeinnützige Träger leisten einen wichtigen Beitrag zu bezahlbarem Wohnraum in unserer Stadt. Wir setzen uns daher dafür ein, dass sie bei vergleichbarer sozialer Ausrichtung Zugang zu den gleichen Förderinstrumenten wie Genossenschaften erhalten. Zugleich werden wir gemeinwohlorientierte Vermieter bei Projekten unterstützen, die über reines Wohnen hinausgehen – z. B. mit Nachbarschaftstreffs, sozialen Angeboten oder integrierten Einrichtungen für Bildung und Pflege.

Um Anreize für eine schnelle Bebauung von Grundstücken zu setzen, haben wir mit der Grundsteuerreform bereits eine deutliche Belastungsverschiebung von Wohnimmobilien zu unbebauten Grundstücken vorgenommen. Um diese Anreize zukünftig noch gezielter setzen zu können, sprechen wir uns außerdem für die Einführung einer Grundsteuer C aus, mit der nur baureife Grundstücke besonders hoch belastet werden. Modelle zur Umgehung der Grunderwerbsteuer sowie zur Verschleierung von Gewinnen werden wir wirksam unterbinden. Gleichzeitig werden

wir im Land Berlin das Instrument des Baugebots nach § 176 BauGB konsequent anwenden, wenn Baureife gegeben ist und zwei Jahre nach Erteilung der Baugenehmigung kein Baubeginn angezeigt wurde.

Wachsen mit Plan

Wir bekennen uns klar zur Randbebauung des Tempelhofer Feldes. Auf den Randflächen des Feldes sollen mehr als 20.000 neue Wohnungen für etwa 50.000 Menschen entstehen. Darüber hinaus soll das Tempelhofer Feld als Ort für Sport, Freizeit, Kultur und Erholung erhalten und zugleich gezielt weiterentwickelt werden.

Wir werden ein Entwicklungskonzept für die City-West in einem kooperativen Verfahren mit dem Senat und den betroffenen Bezirken auf Grundlage der „Charta City West 2040“ erarbeiten.

Wir werden die Urban Tech Republic auf dem Gelände des ehemaligen Flughafens Tegel realisieren und sie zu einer digitalen und nachhaltigen Modellstadt entwickeln. Dazu gehört auch der Umbau des ehemaligen Flughafenterminals für die Berliner Hochschule für Technik (BHT), die Forschung, Lehre und innovative Unternehmen an einem Ort zusammenbringen soll. Im Rahmen einer Experimentierzone wollen wir Raum für technologische Innovationen schaffen, in der wir bei Investitionen den weitgehenden Verzicht auf bürokratische Auflagen anstreben, um Genehmigungen zu beschleunigen und neue Entwicklungen schneller zu ermöglichen.

Wir wollen auf Basis eines Open-Data-Angebots neue digitale Angebote für die Akteure der Stadtentwicklung entwickeln und städtische Daten so weit wie möglich zugänglich machen. Damit ermöglichen wir bessere Planungen, ein gezielteres Erhaltungsmanagement, effizientere Baumaßnahmen an der Infrastruktur und reduzieren zugleich die Beeinträchtigungen für die Berlinerinnen und Berliner.

Wir wollen den „digitalen Zwilling“ der Stadt zu einer zentralen Plattform für Bürgerbeteiligung weiterentwickeln. Planungsvorhaben sollen künftig dreidimensional visualisiert und mit ihren Auswirkungen auf Stadt und Nachbarschaft transparent gemacht werden.

Wir werden die Expertise öffentlicher Institutionen, Universitäten und Fachhochschulen stärker in die Stadtentwicklung einbinden. Wir fördern Projekte, in denen Studierende innovative Konzepte für die Stadt der Zukunft entwickeln. Dafür wollen wir insbesondere forschende, raumbezogene und bautechnologische Fachgebiete der Berliner Universitäten und Hochschulen stärken.

Wir werden die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Kleingärten und Flächen für andere Formen des Gemeinschaftsgärtnerns bei größeren Bau- und Infrastrukturprojekten als ökologische Ausgleichsfläche anerkannt werden. So ermöglichen wir den Schutz und Erhalt wertvoller Kleingartenflächen und stärken zugleich die Akzeptanz und Umsetzung notwendiger Wohnungsbauprojekte.

Unser Ziel sind lebenswerte Innenstädte, mit einem lebendigen und starken Einzelhandel. Wir stehen für eine rechtssichere Gestaltung der Sonntagsöffnung und setzen uns dafür ein, dass die gesetzlich möglichen acht verkaufsoffenen Sonntage auch tatsächlich stattfinden. Darüber hinaus sollen die Bezirke zweimal im Jahr zusätzliche verkaufsoffene Sonntage für besondere bezirkliche Anlässe festlegen können. Spätis gehören für uns zu Berlin – als Treffpunkte im Kiez und wichtige Nahversorger. Deshalb wollen wir rechtssichere Regelungen schaffen, die ihrem besonderen Charakter gerecht werden. Wir werden eine umfassende Strategie zur Stärkung des Berliner Einzelhandels entwickeln. Gemeinsam mit Bezirken, Handel und Gastronomie wollen wir konkrete Kiezpläne für jede Einkaufsstraße entwickeln. Wir werden gemeinsam mit dem Bund das Programm „Lebendige Zentren“ um- und ausbauen und ein Programm für den Umbau von Handelsimmobilien für Wohn-, Büro- und Kulturnutzungen auflegen. Darüber hinaus wollen wir zusammen mit der Deutschen Bahn prüfen, inwiefern S-Bahn-Bögen für Gewerbe- und Kulturnutzungen ertüchtigt werden können. Mit einem „Digitalisierungsprogramm Handel und Gastronomie“ wollen wir kleine und mittlere Unternehmen gezielt bei der Digitalisierung unterstützen.

Leerstand werden wir bekämpfen. Dafür streben wir einen engen Austausch mit den Bezirken an und führen den erfolgreichen Zentren Gipfel fort. Für mehr Transparenz über die Entwicklungen auf dem Gewerbemarkt setzen wir uns für die Einführung eines systematischen Leerstandsmonitorings von Büro- und Gewerbeflächen ein.

Wir werden das Leerstandsmanagement landeseigener Immobilien weiterentwickeln und gezielt für die Nutzung durch Start-ups und Unternehmen der Kreativwirtschaft öffnen. Durch die BIM ist eine zentrale Vergabestelle einzurichten, die Leerstände in landeseigenen Immobilien erfasst. Durch flexible Vertragsmodelle und vereinfachte Vergabeverfahren soll eine schnelle und unbürokratische Nutzung von Flächen ermöglicht werden – auch für temporäre Konzepte wie Pop-up-Showrooms, Experience-Spaces oder Prototypen-Präsentationen.

Bestehende Industrieparks und Gewerbehöfe werden wir gezielt stärken und die dortige Infrastruktur weiter verbessern. Zugleich werden wir die Entstehung neuer Standorte in Berlin unter Einbeziehung von Bestandsobjekten fördern.

Was wir für ein größeres Berlin NICHT brauchen

**Berlin wird
NICHTS
mit Links**

- ▶ **Anschlag auf Eigentum durch Enteignungen und Zwangsverwaltungen**
- ▶ **Weniger Wohnungsbau durch Gängelung von Bauwilligen und illusorische Versprechen**
- ▶ **Baustopp für neue Stadtquartiere**
- ▶ **Höhere Hürden bei der Verwirklichung des Traums von den eigenen vier Wänden durch Anhebung der Grunderwerbssteuer**
- ▶ **Neue soziale Brennpunkte**
- ▶ **Ein dauerhaftes Privatisierungsverbot**
- ▶ **Absage an Randbebauung des Tempelhofer Feldes**
- ▶ **Höhere Mieten durch noch mehr Vorschriften und Bürokratie**
- ▶ **Höhere Energiepreise durch Abschaltung des Gasnetzes**

04.

**Berlin wird
spitze.**

**4x mehr
Start-ups als
München.**

04.



Berlin wird spitze. 4x mehr Start-ups als München.

Nach der Wende war Berlin ein großes Experiment: viel Freiraum für Utopien, aber auch viel Leerstand. Und nicht genügend Arbeitsplätze. Dieses Image - „arm, aber sexy“ – definierte unsere Stadt über Jahrzehnte. Heute ist Berlin immer noch sexy, aber aus dem Provisorium von damals hat sich eine ernstzunehmende Wirtschaftsmetropole entwickelt. Berlins Wirtschaft wächst - auch in unsicheren Zeiten und gegen den Trend der deutschen Wirtschaft.

Nicht nur Berlins Industrie braucht eine sichere Energieversorgung mit wettbewerbsfähigen Preisen. Mit dem Klimapakt investieren wir deshalb rund eine halbe Milliarde Euro für die Ertüchtigung und Erweiterung des Stromnetzes. Beim Solarausbau belegt Berlin schon jetzt den bundesweiten Spitzenplatz.

Berlin ist die Start-up-Hauptstadt Deutschlands: Nirgendwo werden mehr Unternehmen gegründet, nirgendwo sitzen mehr Unicorns (Start-ups mit 1 Milliarde € Bewertung oder mehr). Fast jedes dritte deutsche KI-Start-up ist in Berlin beheimatet. Berlin überzeugt – nicht nur mit Deutschlands erster komplett digitaler Unternehmensgründung per App!

Weil ohne gute Handwerker nichts in der Stadt läuft: wir fördern die Meisterausbildung mit dem “Meister- und MeisterinnenBONUS“. Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge haben wir Hürden für den Mittelstand abgesenkt, Bürokratie gestrichen und mehr Tempo reingebracht. Die Berlin University Alliance wird im Rahmen der Exzellenzstrategie des Bundes weiter gefördert. Mit dem House of Games, dem Innovationszentrum FUBIC, der Urban-Tech-Republic und dem Neubau des Charité-Herzzentrums sind neue Hotspots für Spitzenforschung und Zukunftstechnologien bereits in Planung und Bau.

IV. Berlin wird spitze.



Wohlstand für Berlin

Wir bekennen uns klar zur Sozialen Marktwirtschaft. Sie verbindet Freiheit mit Verantwortung, Wettbewerb mit Solidarität und sichert damit die Grundlage für Innovation, Wachstum und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Privateigentum, unternehmerische Initiative und Leistungsbereitschaft sind für uns zentrale Pfeiler einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik. Nur eine starke Wirtschaft kann dauerhaft gute Arbeitsplätze sichern und einen leistungsfähigen Sozialstaat garantieren.

Berlin braucht mehr Investitionen, nicht weniger. Enteignungen privaten Eigentums lehnen wir entschieden ab. Solche Eingriffe untergraben Vertrauen, schrecken Investoren ab und gefährden Arbeitsplätze. Unser Ziel ist ein investitionsfreundliches Klima, das Wachstum und Beschäftigung nachhaltig fördert. Wettbewerb bleibt dabei der Motor für Innovation, Qualität und faire Preise. Klare und verlässliche Regeln sorgen für faire Wettbewerbsbedingungen.

Die Zukunft Berlins als Wirtschaftsstandort entscheidet sich an seiner Innovationskraft. Neue Ideen entstehen dort, wo Forschung, Wissenschaft, Start-ups und etablierte Unternehmen eng zusammenarbeiten. Diese Vernetzung wollen wir gezielt stärken und weiter ausbauen. Die klugen Köpfe unserer Stadt sind unser wichtigster Rohstoff. Wir schaffen die Voraussetzungen dafür, dass Ideen wachsen und Innovationen schneller in die Praxis gelangen können.

Eine starke Wirtschaft und sichere Arbeitsplätze gehören untrennbar zusammen. Deshalb werden wir die Politikfelder Arbeit und Wirtschaft in einer gemeinsamen Senatsverwaltung bündeln.

Wir unterstützen Unternehmen beim internationalen Recruiting sowie dem Onboarding ihrer Arbeitskräfte und schaffen bessere Rahmenbedingungen für internationale Fachkräfte - von schnelleren und verlässlichen Aufenthaltsverfahren über ausreichenden Wohnraum bis hin zu einem bedarfsgerechten Angebot an internationalen Schulen. Das Berliner Willkommenszentrum werden wir weiterentwickeln und durch Willkommensmanager ergänzen, die Fachkräfte und ihre Familien als zentrale Ansprechpartner begleiten, Verfahren beschleunigen und die Integration in Arbeit und Gesellschaft erleichtern sollen.

Wir werden die Initiative für mehr Mitarbeiter-Wohnen konsequent vorantreiben. Auch das Azubi-Wohnen wollen wir durch den Aufbau von Wohnheimen in Zusammenarbeit mit den landeseigenen Betrieben stärken. Die Gründung eines Azubiwerks Berlin werden wir zudem zügig vorantreiben. Es soll als zentrale Anlaufstelle Wohnraum, Beratung und Unterstützung für Auszubildende bündeln und so einen wichtigen Beitrag zur Fachkräftegewinnung leisten.

Wir setzen auf einen konsequenten Abbau von Bürokratie. Dabei verfolgen wir das Prinzip „One in – two out“. Neue Regelungen sollen nur dann geschaffen werden, wenn gleichzeitig mindes-

tens zwei bestehende Vorschriften entfallen. Verfahren werden wir straffen, digitalisieren und deutlich beschleunigen. Genehmigungs- und Entscheidungszeiten in der Berliner Verwaltung werden wir spürbar verkürzen, unter anderem durch die konsequente Nutzung von Genehmigungsfiktionen.

Wir folgen dem Vorbild Nordrhein-Westfalens und werden zu einem Stichtag alle landesseitigen Berichts- und Dokumentationspflichten, die zu Lasten der Wirtschaft gehen, grundsätzlich abschaffen. Dabei kommt das Prinzip der Beweislastumkehr zur Anwendung: Was aus Sicht der Fachverwaltungen zwingend notwendig ist, muss bis zum Stichtag fundiert begründet und per Rechtsverordnung positiv festgestellt werden. Ohne diese Feststellung entfällt die jeweilige Regelung ersatzlos

Wir stehen für einen praxisnahen, innovationsfreundlichen und einheitlich angewandten Datenschutz. Was europarechtlich möglich ist, muss auch in Berlin umsetzbar sein. Überzogene Auslegungen bestehender Regelungen lehnen wir ab. Stattdessen setzen wir auf ein ausgewogenes Verhältnis zwischen dem Schutz sensibler Daten und der Förderung wirtschaftlicher Entwicklung. Wir begrüßen den MPK-Beschluss vom 4. Dezember 2025 zur effizienten Gestaltung des Datenschutzrechts und die damit verbundene Zentralisierung der Aufgaben von Datenschutzbeauftragten.

Wir werden das Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetz (BerlAVG) durch das Vergaberecht des Bundes ersetzen, um Bürokratie abzubauen, Kosten zu senken und mehr Freiräume für Unternehmen zu schaffen.

Den Ausbildungsplatzförderungsfonds werden wir hinsichtlich seiner Wirksamkeit und seiner Auswirkungen auf Betriebe, Ausbildungskapazitäten und Bürokratie zeitnah evaluieren. Sollte sich zeigen, dass die erhofften positiven Effekte ausbleiben oder die Belastungen überwiegen, werden wir den Fonds wieder abschaffen.

Schnelles Internet liegt für uns im überragenden öffentlichen Interesse, weil es heute Voraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg, digitale Teilhabe und einen modernen Alltag ist. Den damit verbundenen geänderten rechtlichen Status wollen wir nutzen, um den Netzausbau zu vereinfachen und weiter zu beschleunigen. Dazu setzen wir auf fairen Wettbewerb, einheitliche und digitale Genehmigungsverfahren sowie einen Glasfaserausbau bis in die Wohnungen. Gleichgerichtete Initiativen auf Bundesebene unterstützen wir ausdrücklich. Gleichzeitig werden wir bereits heute die Voraussetzungen schaffen, damit Berlin auf künftige Mobilfunkstandards wie 6G bestmöglich vorbereitet ist.

Wir stehen für eine Energiepolitik, bei der Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Klimaschutz Hand in Hand gehen. Energie muss für die Berlinerinnen und Berliner sowie für unsere Wirtschaft verlässlich verfügbar und dauerhaft bezahlbar bleiben. Deshalb sind sämtliche Komponenten des Energiesystems darauf zu überprüfen, wie Kosten gesenkt, Effizienz gesteigert und unnötige Belastungen vermieden werden können. Dabei setzen wir auf Technologieoffenheit statt auf ideologische Vorgaben, damit die Energiewende wirtschaftlich tragfähig und gesellschaftlich akzeptiert bleibt.

Wasserstoff bietet große Chancen für die Energieversorgung der Zukunft – insbesondere in Industrie und Kraftwerken. Deshalb setzen wir uns für den Aufbau eines Wasserstoff-Forschungsclusters in Berlin ein und werden dies im Rahmen der Forschungsförderung des Landes unterstützen.

Starker Mittelstand

Der Mittelstand ist das Rückgrat der Berliner Wirtschaft. Wir wollen die Unternehmen auch weiterhin bei der Transformation begleiten und sie mit passgenauen Förderprogrammen unterstützen.

Ein zentrales Anliegen ist für uns die Sicherung von Unternehmensnachfolgen. In enger Kooperation mit der Nachfolgezentrale werden wir neue Vernetzungsmöglichkeiten schaffen, um den Generationswechsel in den Berliner Unternehmen erfolgreich zu gestalten. Um Unternehmen gezielt zu entlasten, wollen wir Gewerbeneuogründungen steuerlich entlasten. Die Gründung von Unternehmensnetzwerken werden wir gezielt unterstützen. Förderinstrumente von Bund und Land werden wir besser aufeinander abstimmen, um Verfahren zu vereinfachen sowie Bewilligungen und Auszahlungen deutlich zu beschleunigen. Das Konzept von KMU-Büros wollen wir evaluieren und fortsetzen und dabei vor allem auf aufsuchende Formate setzen.

Die Gewerbeanmeldung werden wir vollständig digitalisieren und alle beteiligten Behörden automatisch einbinden. So reduzieren wir bürokratische Hürden und erleichtern Gründungen sowie unternehmerische Tätigkeit erheblich. Unser Ziel lautet: Unternehmensgründungen innerhalb von 24 Stunden.

Wir setzen uns für eine echte Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung ein. Die Ausbildung zum Meister, Techniker sowie Fachwirt werden wir kostenfrei machen. Insbesondere beim Meisterabschluss wollen wir nach erfolgreicher Prüfung alle verbleibenden Kosten vollständig erstatten. Wir wollen junge Menschen bereits frühzeitig für handwerkliche und praktische Berufe begeistern. Mit der Einführung eines „Tag des Handwerks“ an weiterführenden Schulen, an dem sich regionale Betriebe vorstellen können, sollen Schülerinnen und Schüler hautnah mehr über die beruflichen Perspektiven im Handwerk erfahren.

Industriemetropole Berlin

Wir stehen zum Industriestandort Berlin. Industrielle Produktion ist ein wesentlicher Motor von Dienstleistung, Innovation und Beschäftigung mit über 750 Unternehmen und gut 100.000 Beschäftigten.

Berlin soll ein führender Standort für die Entwicklung und Anwendung innovativer Technologien im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungstechnologien werden. Deshalb werden wir den Aufbau eines DefTech-Ökosystems in Berlin entschieden vorantreiben und uns insbesondere auch für den Aufbau eines TechHub SVI Ost in Berlin einsetzen.

Unsere Stadt ist auch ein etablierter und erfolgreicher Standort der Pharmaindustrie und der Medizinproduktehersteller. Die enge Zusammenarbeit von Unternehmen mit Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Kliniken bietet hervorragende Voraussetzungen für Innovation und Wachstum. Wir wollen die Berliner Pharma- und Medizinproduktebranche fördern und ausbauen, um zusätzliche Investitionen anziehen, die Forschung stärken und neue hochwertige Arbeitsplätze in der Metropolregion schaffen zu können. Dabei ist auch zu prüfen, wie geeignete Flächen für die besonderen Anforderungen der Branche zur Verfügung gestellt und die Bildung spezialisierter Innovationscluster unterstützt werden können.

Darüber hinaus wollen wir Berlin auch zum Innovationsstandort für Umwelt- und Klimatechnologien machen. Dazu sollen Reallabore für neue Energie- und Wärmetechnologien ermöglicht und die Zusammenarbeit zwischen Mittelstand, Start-ups und Wissenschaft intensiviert werden.

Die industrielle Wertschöpfung in der Metropolregion wollen wir nachhaltig steigern. Die Vernetzung von Wissenschaft, Forschung und Industrie werden wir mit dem Ausbau des Clustermanagements und in Zusammenarbeit mit den ansässigen kleinen und mittleren Unternehmen stärken. Moderne Infrastrukturlösungen für bestehende Industrieunternehmen und zur Förderung einer Ansiedlung wollen wir besonders fördern.

Gründerhauptstadt Berlin

Berlin soll auch künftig die Gründerhauptstadt und das Zentrum der Digitalwirtschaft bleiben. Unser Ziel ist es, Start-ups nicht nur zu gründen, sondern sie erfolgreich wachsen und international skalieren zu lassen.

Der Zugang zu Kapital ist entscheidend für den Erfolg von Start-ups. Die bestehenden Venture-Capital-Strukturen in Berlin werden wir weiter stärken und gezielt auf Zukunftsbranchen wie Technologie, Deep Tech und Kreativwirtschaft ausrichten. Dabei legen wir einen besonderen Fokus auf Unternehmen, die europäische Technologiealternativen entwickeln und damit zur digitalen Souveränität beitragen.

Wir werden bestehende Förderinstrumente ausbauen und neue Finanzierungsinstrumente für verschiedene Wachstumsphasen schaffen. Wir setzen uns für weitere Landeszuschüsse für Bürgschaften bei Series A/B-Finanzierungen ein. Darüber hinaus wollen wir gemeinsam mit der IBB einen Berlin-Fonds auflegen, der Finanzierungslücken bei innovativen Gründungen gezielt schließt. Das Berliner Start-up-Stipendium werden wir deutlich erweitern und die Zahl der geförderten Teams bei gleichbleibenden Konditionen verdoppeln.

Berlin ist Heimat verschiedener besonders erfolgreicher Unicorn-Start-ups mit Milliardenbewertung. Scale-ups sind dabei entscheidende Wachstumsmotoren: Sie investieren in großem Umfang, schaffen hochqualifizierte Arbeitsplätze und wirken als Gründerschmieden für neue innovative Start-ups. Damit leisten sie einen wesentlichen Beitrag zu Berlins Wohlstand und zur digitalen Souveränität Deutschlands. Der Wettbewerb um innovative Unternehmen verschärft sich zunehmend – national wie international. Deshalb werden wir Scale-ups gezielt über die Gründungsphase hinaus unterstützen. Dazu werden wir die Rahmenbedingungen für Micro-In-

vestments und Risikokapitalinvestitionen verbessern sowie selbstschuldnerische Bürgschaften gründerfreundlich ausgestalten, um insbesondere jungen Unternehmen den Zugang zu Finanzierung zu erleichtern.

Wir werden Berlin zu einem noch stärkeren Standort für DeepTech-Gründungen und technologiegetriebene Scale-ups entwickeln und dafür eine lückenlose Gründungs- und Skalierungsinfrastruktur von der Forschung bis zur industriellen Anwendung schaffen, damit wissenschaftliche Erkenntnisse schneller in marktfähige Innovationen überführt werden und technologiegetriebene Unternehmen in Berlin wachsen können.

Wir wollen insbesondere Unternehmen aus der Kreativ- und Tech-Branche bei der Nutzung von Cloud-Technologien und Künstlicher Intelligenz unterstützen. Mit einem Cloud-Credit-Programm wollen wir die Cloud-Infrastruktur und KI-Rechenleistung durch zweckgebundene Zuschüsse oder Kooperationen mit Cloud-Anbietern für Berliner CreativeTech-Start-ups fördern.

Die Zusammenarbeit zwischen Start-ups und etablierten Unternehmen wollen wir mit einem Landesprogramm zur Vermittlung solcher Kooperationen gezielt stärken.

Mit einem One-Stop-Shop für Unternehmensgründungen wollen wir alle notwendigen Schritte – von der Gewerbeanmeldung über steuerliche Fragen bis hin zur Sozialversicherung – auf einer zentralen Plattform bündeln und eine schnelle, digitale Abwicklung innerhalb kürzester Zeit ermöglichen.

Unser Ziel ist, dass Förderanträge vollständig digital bearbeitet, automatisiert vorgeprüft und innerhalb von 14 Tagen entschieden werden. Auch im Baubereich setzen wir auf beschleunigte Verfahren, insbesondere durch Express-Baugenehmigungen für kleinere Umbaumaßnahmen im Bereich von Start-up- und Kreativflächen.

Mit dem „Berlin Creative Tech Programm für Start-ups“ werden wir ein Fast-Track-Programm für internationale Gründer und Fachkräfte aus dem Tech-Bereich etablieren. Im Fokus stehen dabei beschleunigte Visa-Verfahren, mehrsprachige Services und zentrale Ansprechpartner. Das beschleunigte Fachkräfteverfahren nach § 81a AufenthG soll gezielt für Kreativ- und Tech-Berufe genutzt, durch feste Terminkontingente ergänzt und durch einen ausgebauten Business Immigration Service (BIS) mit dedizierten Ansprechpartnern unterstützt werden. Den Zugang zur EU Blue Card wollen wir erweitern – auch für IT-Fachkräfte ohne Hochschulabschluss sowie für die Kreativwirtschaft. Ergänzend werden wir digitale Verfahren und zentrale Services ausbauen, damit Anträge vollständig online abgewickelt, schneller bearbeitet und internationale Talente zügig in Arbeit und Gesellschaft integriert werden können.

Wissenschaftliche Erkenntnisse dürfen nicht im Labor bleiben. Sie müssen schneller und systematischer in die Anwendung überführt werden. Wir wollen Berlins Stärken in der Wissenschaft gezielt als Motor für Innovation, technologische Souveränität sowie wirtschaftliche und gesellschaftliche Wertschöpfung nutzen. Unsere Wissenschafts- und Forschungspolitik ist dabei von einem breiten Innovationsverständnis geprägt.

Wir werden die Rahmenbedingungen für den Wissens- und Technologietransfer grundlegend verbessern. Ein zentraler Baustein ist ein Gründungs- und Innovationspakt zwischen Politik, Wissenschaft und Wirtschaft, der Netzwerke stärkt, Prozesse beschleunigt und den Zugang zu Daten und Wissen erleichtert.

Mit einem Innovationsfreiheitsgesetz für Berlin wollen wir moderne und flexible Rahmenbedingungen für Forschungseinrichtungen schaffen. Den Forschungseinrichtungen in Landesträgerschaft werden wir gesetzlich die gleichen flexiblen Rahmenbedingungen ermöglichen, wie sie Einrichtungen mit institutioneller Bundesförderung bereits gemäß dem Wissenschaftsfreiheitsgesetz genießen.

Wissenschaftsbasierte Gründungen werden gezielt gefördert, indem Transfer und Ausgründungen als dritte Säule in den Hochschulverträgen verankert werden. Wir werden Reallabore und Testfelder schaffen, um innovative Produkte und Geschäftsmodelle unter realen Bedingungen zu erproben. So verkürzen wir den Weg von der Idee zur Anwendung und stärken den Innovationsstandort Berlin nachhaltig. Über den Zusammenschluss UNITE Sciences e.V. wollen wir die Kräfte in der Region weiter bündeln.

Die Rahmenbedingungen für wissenschaftliche Ausgründungen werden wir weiter verbessern und die Höchstgrenze für die Beteiligung von Hochschulen an Ausgründungen mit Virtual Shares weiter anheben.

Wir werden die Erhebung, Kuratierung, Auswertung, Verknüpfung und Nutzung von Forschungsdaten für Transfer- und Gründungszwecke verbessern. Mit einem einheitlichen Berliner IP-Rahmen und klaren Regeln für wissenschaftliche Einrichtungen werden wir den Technologietransfer weiter stärken.

Wir werden die Entrepreneurship Education in der Aus- und Weiterbildung von Wissenschaftlern stärker verankern, bestehende Angebote ausbauen und ein hochschulübergreifendes Netzwerk für Beratung und Unterstützung – auch über die Studienzeit hinaus – schaffen.

Um den Technologietransfer weiter zu stärken, wollen wir Transferleistungen messbar in der Bewertung wissenschaftlicher Karrieren verankern und mit Gründungs- und Transferfreisemestern mehr Freiräume für Gründungen schaffen. Studierende wollen wir gezielt dabei unterstützen, ihre Ideen unternehmerisch umzusetzen. Wir wollen den Gründergeist auch in den weiteren Karriereverläufen und in der allgemeinen wissenschaftlichen Ausbildung stärken, beispielsweise im Rahmen der Graduiertenschulen oder als Querschnittsthema in verschiedenen Curricula.

Mit einem Start-up-Praktikumsprogramm wollen wir Studierenden ermöglichen, Erfahrungen in Berliner Start-ups zu sammeln. Wir streben die Vermittlung von 1.000 Studentinnen und Studenten pro Jahr in Berliner Start-ups an und werden die Anstellung mit 500 Euro Landeszuschuss pro Monat und Studenten fördern.

Berlin verfügt über erfolgreiche Modellorte, an denen Forschung, Gründung und wirtschaftliche Anwendung eng miteinander verzahnt sind. Mit der Start-up-Factory JUNI haben wir einen zentralen Akteur etabliert, der Forschung und Wirtschaft verbindet. Diese Ansätze wollen wir ausbauen und auf den gesamten Wirtschaftsstandort übertragen.

Wir werden die Zusammenarbeit von Universitäten, Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Gründerzentren und Bezirken gezielt ausbauen, um die Ansiedlung forschungsaffiner Unternehmen weiter voranzubringen. Das FUBIC an der Freien Universität ist zügig fertigzustellen. An der Technischen Universität entsteht die CIF (Chemical Invention Factory). In Berlin-Buch werden wir die verfügbaren Flächenreserven für die Erweiterung des BioTech Parks mobilisieren.

Öffentlich-private Partnerschaften sind ein entscheidender Schlüssel für erfolgreiche Innovationen. Kooperationen wie die der Charité mit der Bayer AG im Bereich Gen- und Zelltherapie zeigen, wie Forschung, Anwendung und industrielle Skalierung erfolgreich zusammenwirken. Wir werden die Rahmenbedingungen für solche strategischen Partnerschaften gezielt verbessern, um Innovationen schneller zur Marktreife zu bringen und Wertschöpfung in Berlin zu halten und zu fördern.

Die Stärke der Berliner Start-up-Szene wollen wir nutzen, um neue Innovationsfelder zu erschließen und an den bundesweiten Investitionen in Innovationen im Sicherheits- und Verteidigungsbereich deutlich mehr als bisher teilzuhaben. Dazu gehört eine engagierte Offenheit der Berliner Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen für Forschung mit Dual-Use-Charakter. Dies gehört zu den Bestandteilen des zukünftigen Gründungs- und Innovationspaktes.

The Place To Be

Hotellerie, Gastronomie und Tourismus leisten einen wichtigen Beitrag für Wachstum, Beschäftigung und Lebensqualität in unserer Stadt. Sie stärken den Wirtschaftsstandort und machen die deutsche Hauptstadt für Menschen aus aller Welt attraktiv. Mit rund 12,4 Millionen Gästen und 29,4 Millionen Übernachtungen gehört Berlin weiterhin zu den beliebtesten Städtereisezielen Europas. Diese Erfolgsgeschichte wollen wir fortschreiben.

Wir stehen hinter der dauerhaften Absenkung der Mehrwertsteuer auf Speisen in der Gastronomie von 19 auf 7 Prozent, die wir zum 01. Januar 2026 als CDU auf Bundesebene durchsetzen konnten.

Wir wollen die Beschäftigten in der Hotellerie und Gastronomie stärken und setzen uns gemeinsam mit der Branche für die Entwicklung eines HOGA-Campus als zentralen Bildungs- und Innovationsstandort für das Gastgewerbe und den Tourismus ein.

Wir werden die Zusammenarbeit mit der Messe Berlin und visitBerlin weiter stärken, um die Kapazitäten für mittelgroße und große Events zu erhöhen und voll auszuschöpfen. Den erfolgreichen Kongressfonds in Berlin werden wir fortführen und gezielt auf internationale Formate ausweiten.

Wir bekennen uns klar zum Masterplan Messe und werden den Standort konsequent weiterentwickeln. Die Messe Berlin soll ihre Rolle als internationaler Veranstaltungsstandort weiter ausbauen. Dafür wollen wir die Möglichkeit von privaten Investitionen in die Messe Berlin schaffen. Ziel ist es, die Zahl der nationalen und internationalen Messebesucher, insbesondere der Fachbesucher, wieder deutlich zu erhöhen. Unser Ziel ist eine multifunktionale Nutzung des ICC, die neben dem Messe- und Kongressgeschäft auch Raum für Kultur, Kreativwirtschaft, Innovationen und neue Veranstaltungsformate schafft und damit den gesamten Standort aufwertet.

Mit einer verbindlichen Kultur- und Sportevent-Strategie wollen wir kulturelle und sportliche Großveranstaltungen mit internationaler Reichweite in Berlin unterstützen und die Rahmenbedingungen für internationale Veranstaltungen insgesamt verbessern. Wir setzen uns für eine klare und entschlossene Bewerbung Berlins um die Olympischen und Paralympischen Spiele ein. Olympia verstehen wir als nachhaltiges Zukunftsprojekt, das Impulse für Stadtentwicklung, Infrastruktur, Wohnungsbau und den Sport setzt. Wir unterstützen eine Bewerbung der Metropolregion Berlin-Brandenburg für die EXPO 2035. Eine Weltausstellung bietet die Chance, Berlin und Brandenburg international als Zukunftsregion zu positionieren, Innovationen sichtbar zu machen und wichtige Impulse für Infrastruktur, Wissenschaft, Wirtschaft und Stadtentwicklung zu setzen. Eine Bewerbung um die Ausrichtung eines World Pride sowie um ein InterPride General Meeting & World Conference unterstützen wir. Die Kombination schafft synergetische Effekte für den Wirtschaftsstandort. Dies stärkt nachhaltig die Hotellerie, Gastronomie und den Einzelhandel.

Exzellenz made in Berlin

Berlin gehört zu den führenden Wissenschaftsstandorten Deutschlands. Vier Universitäten, die Universitätsmedizin der Charité, mehr als 40 Hochschulen, über 70 außeruniversitäre Forschungseinrichtungen und der größte deutsche Technologiepark in Adlershof bilden einen Wissenschaftsraum, der große nationale und internationale Strahlkraft besitzt und den es so kein zweites Mal in Deutschland gibt. Tausende Forscherinnen und Forscher, Professorinnen und Professoren sowie Hunderttausende Studierende forschen, lehren und lernen in diesen Einrichtungen. Sie fördern Innovationsprozesse und stellen einen beachtenswerten Wirtschaftsfaktor für unsere Stadt dar. Berlin ist heute die Start-up-Hauptstadt Deutschlands – auch dank seiner starken wissenschaftlichen Einrichtungen.

Auch die Kunsthochschulen sind ein unverzichtbarer Teil dieses Systems. Sie fördern den gesellschaftlichen Dialog, stärken die Strahlkraft Berlins in Kunst und Kultur, ermöglichen kritische Reflexion und setzen Impulse weit über den Wissenschaftsbetrieb hinaus. In enger Zusammenarbeit mit Universitäten und Hochschulen leisten sie einen wichtigen Beitrag zur Innovationskraft unserer Stadt.

Unser Ziel ist es, diesen einzigartigen Wissenschaftsstandort zu sichern, weiterzuentwickeln und seine Rolle als Motor für Exzellenz, Innovation und wirtschaftliche Dynamik nachhaltig zu stärken.

Wir wollen Berlin zu einem zentralen Motor der Hightech Agenda des Bundes machen. Dafür werden wir die Zusammenarbeit zwischen dem Bund und den Berliner Wissenschaftseinrichtungen gezielt ausbauen und den Anteil Berlins an der Förderung des Bundes im Rahmen der Hightech Agenda deutlich erhöhen. Ausdrücklich unterstützen wir die Planung und Realisierung für BESSY III am Berliner Standort.

Wir werden die Freiheit von Wissenschaft und Forschung konsequent schützen und die Autonomie unserer Hochschulen sichern. Gleichzeitig schaffen wir die notwendigen Rahmenbedingungen für Planungssicherheit und Stabilität.

Neben den Hochschulverträgen braucht es eine verlässliche Investitionsplanung, die die Sanierung und den Ausbau unserer Hochschulstandorte gewährleistet. Diese Planung erfolgt gemeinsam mit den Universitäten und Hochschulen und bei voller Wahrung der Hochschulautonomie. Den bestehenden Sanierungs- und Instandhaltungsrückstau der Berliner Hochschulen werden wir konsequent abbauen und die Hochschulbaugesellschaft so weiterentwickeln, dass Bauprojekte schneller und effizienter umgesetzt werden können. Dabei setzen wir auf eine enge Zusammenarbeit mit den Hochschulen und prüfen auch alternative Finanzierungsmodelle wie Public-Private-Partnership-Modelle. Um bürokratische Hürden wie doppelte Verwaltungsprozesse und kleinteilige Steuerung abzubauen, passen wir das Berliner Hochschulgesetz (BerlHG) an.

Die Zusammenarbeit im Wissenschaftsraum Berlin werden wir gezielt stärken. Erfolgreiche Modelle gemeinsamer Ressourcennutzung („Sharing Resources“), wie sie in der Berlin University Alliance entwickelt wurden, sollen auf den gesamten Wissenschaftsstandort übertragen und durch weitere ergänzt werden. Dazu gehört insbesondere die gemeinsame Nutzung von Infrastruktur wie Großgeräten, Laboren und Werkstätten ebenso wie die hochschulübergreifende Bereitstellung von Dienstleistungen.

Wir wollen den Hochschulen zusätzliche finanzielle Spielräume eröffnen und dazu in klar begrenztem Umfang Studienbeiträge für bestimmte Gruppen ermöglichen – etwa bei deutlicher Überschreitung der Regelstudienzeit oder für Studierende aus Nicht-EU-Staaten. Zusätzliche Einnahmen sollen unmittelbar der Qualität von Studium und Lehre zugutekommen und die Anziehungskraft von Berlin als Studienort steigern.

Die Studierendenschaften an Berliner Hochschulen sind ein wichtiger Bestandteil der akademischen Selbstverwaltung. Gleichzeitig werden einzelne Strukturen zunehmend als Plattform für extremistische politische Agitation genutzt – bis hin zu Fällen von Judenhass und verfassungsfeindlichen Positionen. Wir setzen uns dafür ein, die Aufgaben und Kompetenzen der Studierendenschaften im Berliner Hochschulgesetz zu präzisieren und stärker auf studienbezogene Interessen auszurichten. Haushaltsmittel aus Pflichtbeiträgen sollen künftig nur dann erhoben und genutzt werden dürfen, wenn eine ausreichende demokratische Legitimation durch angemessene Wahlbeteiligung gegeben ist. So stärken wir die studentische Selbstverwaltung und sorgen zugleich für mehr Verantwortung und Transparenz.

Das Boston an der Spree

Unsere Stadt zählt zu den weltweit führenden Gesundheitsstandorten – von der Wissenschaft und Forschung über die Produktion bis hin zur medizinischen Versorgung. Unser Ziel ist es, Berlin gezielt als Standort erstklassiger medizinischer Einrichtungen weiterentwickeln und zu einer Gesundheitsmetropole von Weltrang ausbauen.

Um die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts zu sichern, werden wir bürokratische Hürden konsequent abbauen, Genehmigungsverfahren beschleunigen und die Bereitstellung geeigneter Flächen verbessern. Gleichzeitig setzen wir uns für eine moderne digitale Infrastruktur und eine praxisnahe Anwendung des Datenschutzes ein, damit innovative digitale Gesundheitslösungen in Berlin entstehen und wachsen können. Wir wollen zudem die Zusammenarbeit zwischen Forschungseinrichtungen und Unternehmen weiter intensivieren, um die internationale Sichtbarkeit Berlins als Innovationsstandort zu stärken.

Eine leistungsfähige Gesundheitswirtschaft braucht moderne Infrastruktur. Deshalb wollen wir landeseigene Immobilien gezielt nutzen und Investitionsanreize schaffen, um zusätzliche Praxis-, Forschungs- und Produktionsflächen bereitzustellen.

Wir werden gezielt Kollaborationen zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Versorgung fördern. Bestehende Strukturen wie der Gesundheitscampus Buch werden wir weiterentwickeln und als zentrale Orte der biomedizinischen Forschung stärken. Gleichzeitig wollen wir neue Räume für Austausch, Vernetzung und gemeinsame Entwicklung schaffen, um Innovationen schneller in die Praxis zu bringen. Dazu gehört auch die Etablierung eines Future Health Campus im Berliner Zentrum, auf dem Forschung, Gesundheitswirtschaft, Start-ups, Politik und Gesellschaft gemeinsam an innovativen Lösungen für Medizin, Pflege und Gesundheitsversorgung arbeiten sollen. Die Berliner Krankenhäuser, insbesondere die Charité, wollen wir gezielt als Innovationsplattformen stärken und Berlin zu einem führenden Standort für Innovationen im Gesundheitssystem weiterentwickeln – insbesondere im Bereich von E-Health-Lösungen, datenbasierter Medizin und personalisierten Therapien. Rund um die Charité hat sich bereits heute ein leistungsfähiges Netzwerk aus Unternehmen, Start-ups und Forschungseinrichtungen entwickelt, das wir gezielt weiter ausbauen wollen. Auch bei der Entwicklung datengetriebener Innovationsökosysteme soll die Charité eine tragende Rolle übernehmen. Dafür werden wir die Rahmenbedingungen so gestalten, dass klinische Daten unter klaren rechtlichen und datenschutzkonformen Bedingungen besser für Forschung, Ausgründungen und Kooperationen genutzt werden können. Gesundheitsdaten wollen wir als strategische Ressource für Innovationen, neue Geschäftsmodelle und medizinischen Fortschritt erschließen. Gleichzeitig werden wir die Charité als Partner der Wirtschaft stärken und Kooperationen mit Unternehmen der Gesundheitswirtschaft, der Biomedizin, der Pharmaindustrie und der Medizintechnik fördern. Zukunftsfelder wie die Gen- und Zelltherapie wollen wir gezielt fördern. Genehmigungsbehörden wie das Landesamt für Gesundheit und Soziales werden wir zu serviceorientierten Ermöglicern weiterentwickeln. Wir stehen klar zu „Medizinischer Fortschritt made in Berlin“.

Die Hochschulmedizin ist eine tragende Säule des Berliner Wissenschafts- und Gesundheitssystems. Mit der Charité verfügt unsere Stadt über eine der größten und leistungsfähigsten Univer-

sitätskliniken Europas. Sie steht für exzellente Forschung, Lehre und Krankenversorgung und ist zugleich ein bedeutender Wirtschaftsfaktor für unsere Stadt. Diese Stärke wollen wir sichern und weiter ausbauen.

Wir werden auf Landesebene die rechtlichen Voraussetzungen dafür schaffen, dass klinische Daten unter Wahrung höchster Datenschutzstandards systematisch für Forschung, Innovation und Ausgründungen für alle Berliner Krankenhäuser genutzt werden können. Ziel ist es, die Charité im Verbund der Berlin University Alliance zu einem führenden Wissenschaftsstandort für datengetriebene Medizin, personalisierte Therapien und KI-gestützte Forschung zu entwickeln.

Ein zentrales Vorhaben ist dabei die Einführung eines einheitlichen, hochintegrierten Krankenhausinformationssystems (KIS) für alle Berliner Kliniken, das Versorgung, Forschung und Innovation enger miteinander verzahnt und die Nutzung medizinischer Daten erheblich verbessert.

Was wir für ein wirtschaftlich starkes Berlin NICHT brauchen



- ▶ **Enteignungen ganzer Branchen mit Wohlstands- und Jobverlusten**
- ▶ **Ausbremsen von Wachstum durch noch mehr Bürokratie**
- ▶ **Neue Belastungen und höhere Steuern für Unternehmen**
- ▶ **Weniger Anreize zur Jobaufnahme**
- ▶ **Eine Energiepolitik zulasten von Bezahlbarkeit und Versorgungssicherheit**
- ▶ **Fahrverbote und eine wirtschaftsfeindliche Verkehrspolitik**
- ▶ **Ideologische Vorgaben bei der Vergabe öffentlicher Aufträge**
- ▶ **Unternehmer als Feindbild statt als Partner**
- ▶ **Bröckelnde Universitäten statt Hochschulbaugesellschaft**
- ▶ **Hochschulen als Schutzraum für Antisemiten**
- ▶ **Gender-Lehrstühle zulasten von Spitzenforschung**

05.

Berlin wird

smart.

**Weniger
gendern.
Mehr lesen,
schreiben,
rechnen.**

05.



Berlin wird smart. Weniger gendern. Mehr lesen, schreiben, rechnen.

Unabhängig von der Herkunft und dem Geldbeutel der Eltern:

Jedes Kind soll die Möglichkeit haben, das Beste aus sich herauszuholen. Bildung ist dafür der Gamechanger schlechthin. Deshalb fördern wir Berlins Kinder individuell und konzentrieren uns auf das, was zählt: **Weniger gendern. Mehr lesen, schreiben, rechnen.**

Mit dem Kita-Chancenjahr ist die Vorschule zurück.

Für faire Chancen von Anfang an, soll kein Kind in die Schule kommen, ohne fließend Deutsch zu sprechen. Durch den verbesserten Betreuungsschlüssel entwickeln sich unsere Kitas zunehmend zu hochwertigen Bildungseinrichtungen. Deutsch und Mathe werden in den Grundschulen gezielt gestärkt. Wir erheben Lernstände regelmäßig - und steuern gezielt nach, wo Kinder mehr Unterstützung brauchen. Das neue 11. Pflichtschuljahr gibt Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz eine klare Perspektive.

Wir investieren massiv in Berlins Schulbau:

Im Rahmen der Schulbauoffensive wurden so rund 62.000 neue Schulplätze, 41 neue Schulen, 119 Ergänzungsbauten und 76 neue Sporthallen entstanden. Seit Amtsantritt der CDU wurde auch der Lehrermangel massiv gesenkt: von fast 1.000 auf nur noch 207 offene Stellen (11/2025).

V. Berlin wird smart.



Guter Start mit guter Bildung

Unser Ziel ist ein leistungsfähiges und gerechtes Berliner Bildungssystem, das jedes Kind bestmöglich fördert, Leistung anerkennt und echte Aufstiegschancen eröffnet. Bildungserfolg darf nicht von der Herkunft abhängen, sondern muss durch klare Standards, gute Rahmenbedingungen und individuelle Förderung sowohl für leistungsschwache als auch für leistungsstarke Schüler gesichert werden. Wir denken Bildung ganzheitlich – von der frühen Förderung über die Schulzeit bis zum lebenslangen Lernen. Dabei setzen wir auf starke Schulen, engagierte Lehrkräfte und eine klare Werteorientierung.

Uns leitet das Prinzip des Förderns und Forderns. Kinder mit Lernrückständen brauchen gezielte Unterstützung, leistungsstarke und begabte Schülerinnen und Schüler ebenso passende Angebote zur Entfaltung ihrer Potenziale.

Bei Schülerinnen und Schülern mit besonderem Förderbedarf setzen wir auf so viel Inklusion wie möglich und so viel individuelle Förderung wie nötig. Inklusion muss mit Augenmaß und orientiert am Kindeswohl gelingen. Der Ausbau inklusiver Beschulung an den Regelschulen muss daher ebenso wie an den Förderschulen erfolgen. Förderzentren bleiben für uns unverzichtbar. Kinder, bei denen ein besonderer Förderbedarf vermutet wird, sollen frühzeitig vor dem Schuleintritt getestet werden. Eine klare Trennung der Förderbedarfe ist uns wichtig. Sonderpädagogische Förderung richtet sich an Kinder mit besonderem Unterstützungsbedarf. Sprachlicher Förderbedarf hat andere Ursachen und braucht eigene, passgenaue Angebote. Eltern müssen selbst entscheiden können, ob für ihr Kind ein Förderzentrum oder eine inklusive Schule der richtige Weg ist.

Wir sprechen uns für die Einrichtung von freiwilligen Ferienschulen aus, in denen Kinder und Jugendliche Lernrückstände in den Grundfertigkeiten Lesen, Schreiben und Rechnen gezielt aufholen können.

Wir stehen zum bewährten gegliederten Schulsystem Berlins. Die Vielfalt der Schulformen ermöglicht Wahlfreiheit und wird den unterschiedlichen Begabungen, Interessen und Entwicklungsgeschwindigkeiten junger Menschen gerecht. Experimente mit einzelnen Schulformen oder Schulträgern gehen zulasten der Kinder – deshalb lehnen wir sie ab.

Wir werden die Durchlässigkeit des Schulsystems weiter erhöhen. Alle Kinder und Jugendlichen sollen unabhängig davon, in welcher Schulform sie ihre Schullaufbahn beginnen, ihren bestmöglichen Schulabschluss erreichen können. Dafür braucht es faire und nachvollziehbare Übergänge zwischen den Schulformen. Deshalb setzen wir uns für einheitliche Vorgaben bei Klassen- und Vergleichsarbeiten ein, um vergleichbare Leistungsstandards an den Grundschulen sicherzustellen und eine verlässliche Grundlage für den Übergang auf weiterführende Schulen, insbesondere

das Gymnasium, zu schaffen. Darüber hinaus muss es immer die Möglichkeit geben, auch zu einem späteren Zeitpunkt an Abendschulen einen Schulabschluss nachzuholen.

Das Gymnasium werden wir erhalten und stärken. Es ist eine unverzichtbare Schulform für leistungsstarke Schülerinnen und Schüler und bereitet in besonderer Weise auf ein Hochschulstudium vor. Wir werden das hohe fachliche und pädagogische Niveau der Gymnasiallehrkräfte sicherstellen, die Begabtenförderung ausbauen und das Angebot an grundständigen Gymnasialplätzen erhöhen.

Schulen mit europäischem und internationalem Profil, insbesondere die Staatlichen Europa-Schulen Berlin, wollen wir weiter ausbauen. Bei neuen Schulstandorten sowie größeren Erweiterungsvorhaben soll grundsätzlich geprüft werden, ob bilinguale Bildungsangebote geschaffen werden können. Insbesondere in den östlichen Bezirken sehen wir dafür große Chancen und wachsenden Bedarf.

Auch Schulen in freier und konfessioneller Trägerschaft sind ein unverzichtbarer Teil der Berliner Bildungslandschaft. Ihre Finanzierung muss die veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zukünftig berücksichtigen. Mit einer Stärkung des Baukostenzuschussprogramms für Schulen in freier Trägerschaft wollen wir zusätzliche Schulplätze schaffen, die Wahlfreiheit der Eltern stärken und öffentliche Schulen entlasten.

Der Grundstein für Bildungserfolg wird bereits früh gelegt. Unser Ziel ist, dass alle Kinder vor der Einschulung über die notwendigen Grundlagen verfügen, um dem Unterricht von Anfang an erfolgreich folgen zu können. Mit dem Kita-Chancenjahr haben wir die Vorschule in Berlin wieder eingeführt. Diese wollen wir stärken und weiter ausbauen – mit dem Ziel, alle Kinder bestmöglich auf die Schule vorzubereiten. Im Mittelpunkt sollen dabei Sprachförderung, soziale Kompetenzen und grundlegende Fähigkeiten für erfolgreiches Lernen stehen – vom sicheren Sprachverständnis bis zu motorischen und schulischen Grundfertigkeiten wie dem Umgang mit Stift und Papier. Kita und Grundschule sollen enger zusammenarbeiten, Vorschulgruppen regelmäßige Einblicke in den Schulalltag erhalten und Kinder gezielt auf den Schulstart vorbereitet werden.

Die Unterrichtsversorgung an den Berliner Schulen hat sich in den vergangenen Jahren spürbar verbessert, und der Lehrkräftemangel konnte deutlich reduziert werden. An diesem Anspruch halten wir fest. Dafür brauchen wir weiterhin mehr Lehrerinnen und Lehrer an den Schulen, um auch Ausfälle durch Krankheiten verlässlich auffangen zu können.

Um bessere Lernbedingungen zu schaffen, wollen wir die Klassengrößen, wo notwendig, in den nächsten fünf Jahren schrittweise reduzieren. Unser Ziel sind Klassen mit höchstens 20 Schülerinnen und Schülern an Grundschulen sowie 25 Schülerinnen und Schülern an weiterführenden Schulen. Diese Obergrenzen wollen wir gesetzlich verankern.

Ganztagsangebote an Grundschulen wollen wir weiter qualitativ ausbauen. Sie entlasten Familien, schaffen verlässliche Betreuung und bieten zusätzliche Chancen für Förderung, Bewegung und soziales Lernen. Unser Ziel ist es, verbindliche Kooperationen mit beispielsweise Sportvereinen und Musikschulen auszubauen.

Verbindliche Grundstandards in Deutsch und Mathematik sind für uns die Basis einer verlässlichen Bildung. Unser Anspruch ist klar: Am Ende der Grundschule sollen alle Schülerinnen und Schüler sicher lesen, schreiben und rechnen können. Dazu gehört für uns auch das systematische Erlernen von Grammatik- und Rechtschreibkenntnissen ab der ersten Klasse und die verbundene Schreibschrift. Schule muss sich auf das konzentrieren, was zählt: weniger Gendern, mehr Lesen, Schreiben und Rechnen.

Bildungsgerechtigkeit entsteht nicht durch niedrigere Anforderungen, sondern durch hohe Qualität, klare Standards und gezielte Förderung. Deshalb setzen wir auf Bildungspolitik, die sich an Leistung, Verlässlichkeit und wissenschaftlichen Erkenntnissen orientiert. Die CDU-geführte Bildungsverwaltung hat begonnen, Bildungspolitik stärker datengestützt und evidenzbasiert auszurichten. Diesen Weg werden wir konsequent fortsetzen und Berlin damit stärker an die Entwicklungen und Standards anderer Bundesländer anschließen. Lernstände, Vergleichsarbeiten, wissenschaftliche Erkenntnisse und schulische Entwicklungsdaten sollen systematisch genutzt werden, um Unterricht gezielt weiterzuentwickeln, Förderbedarfe frühzeitig zu erkennen und Schulqualität messbar zu verbessern.

Wir stehen für klare Leistungsstandards, nachvollziehbare Prüfungen und transparente Rückmeldungen. Ein Bildungssystem, das aus falsch verstandener Nachsicht Anforderungen stetig absenkt, wird seinem Auftrag nicht gerecht. Deshalb wird es mit uns keine Abschaffung der Schulnoten geben. Kinder und Eltern haben ein Recht auf ehrliche, nachvollziehbare und verlässliche Rückmeldungen über den Leistungsstand. Unser Anspruch ist, dass alle Berliner Schülerinnen und Schüler die von der Kultusministerkonferenz festgelegten Regelstandards erreichen und Schulen Leistung konsequent einfordern.

Schule muss jungen Menschen heute nicht nur Wissen vermitteln, sondern sie auch bestmöglich auf die Herausforderungen einer modernen und sich wandelnden Welt vorbereiten. Die Rahmenlehrpläne sind deshalb auf den Prüfstand zu stellen und Inhalte stärker auf Relevanz, Verständlichkeit und Zukunftsfähigkeit auszurichten. Medienbildung, Digitalisierung und der reflektierte Umgang mit Informationen gehören für uns selbstverständlich dazu, ohne die Bedeutung der Kernkompetenzen zu relativieren.

Das Berliner Neutralitätsgesetz muss um eine aktive staatliche Schutzpflicht zur Gewährleistung religiöser und weltanschaulicher Neutralität an Schulen erweitert werden. Schulen müssen konsequent sicherstellen, dass religiöse Praktiken wie das Fasten im Ramadan freiwillig bleiben und kein sozialer Druck auf Schülerinnen und Schüler ausgeübt wird. Die weltanschauliche Freiheit von Kindern und Jugendlichen ist vor religiösen oder sozialem Gruppendruck aktiv zu schützen. Der Staat muss die weltanschauliche Neutralität des Unterrichts stärken und die Prinzipien eines säkularen Rechtsstaats verbindlich vermitteln. Lehrpläne sollen stärker die Vielfalt säkularer Gesellschaftsmodelle – auch in Staaten mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit – thematisieren. Schülerinnen und Schüler müssen wirksam vor religiösem Konformitätsdruck im Schulalltag geschützt werden.

Für unsere Kinder nur die Besten

Gute Bildung steht und fällt mit den Menschen, die sie täglich gestalten. Lehrkräfte leisten Herausragendes für unsere Kinder und Jugendlichen. Deshalb setzen wir alles daran, mehr Lehrerinnen und Lehrer für unsere Stadt zu gewinnen und sie dauerhaft im Schuldienst zu halten. Den Lehrkräftemangel konnten wir in den vergangenen Jahren deutlich verringern: Fehlten im Schuljahr 2022/2023 noch knapp 1.000 Lehrerinnen und Lehrer, waren es zuletzt im Schuljahr 2025/2026 nur noch 207. Die Lehrerverbeamtung ist dafür ein zentraler Baustein. Wir haben den Verbeamtungsstau beendet, sodass neue Verbeamtungen jetzt zügig umgesetzt werden können. Diesen erfolgreichen Weg werden wir fortsetzen – mit guten Arbeitsbedingungen und einer verlässlichen Personalplanung. Gleichzeitig bleibt die berufsbegleitende Qualifizierung von Quereinsteigerinnen und Quereinsteigern ein wichtiger Bestandteil moderner Personalgewinnung – die Einführung des Ein-Fach-Lehrers, des Tandemlehrers und des Flex-Masters tragen ebenfalls dazu bei. Einstellungsverfahren werden wir deutlich beschleunigen, damit qualifizierte Bewerberinnen und Bewerber schneller in den Schuldienst kommen und Schulen offene Stellen verlässlicher besetzen können.

Wir wollen die Aus-, Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften verbindlicher, strategischer und praxisnäher ausrichten. Mit dem Berliner Landesinstitut für Qualifizierung und Qualitätsentwicklung an Schulen (BLiQ) besteht bereits eine zentrale Struktur für Qualifizierung in wichtigen Zukunftsbereichen wie Sprachbildung, Digitalisierung und Unterrichtsentwicklung. Künftig sollen alle Lehrkräfte diese Qualifizierungsangebote systematisch durchlaufen und regelmäßig fortgebildet werden. Kontinuierliche professionelle Weiterentwicklung wird damit verbindlicher Bestandteil guter Schulqualität. Auch die Aus-, Fort- und Weiterbildung von Sonderpädagogen muss weiter konsequent ausgebaut werden.

Schulen brauchen heute mehr als Lehrkräfte allein. Deshalb werden wir die multiprofessionelle Ausstattung der Schulen nach dem Prinzip „100 Prozent plus X“ stärken. Schulsozialarbeit, Erzieherinnen und Erzieher, pädagogische Unterrichtshilfen, Schulpsychologie, Verwaltungs- und IT-Unterstützung sowie weitere Fachkräfte ergänzen die Arbeit der Lehrkräfte und entlasten Schulen spürbar im Alltag. Ziel ist es, die Zusammenarbeit verschiedener Berufsgruppen an Berliner Schulen als Standard zu etablieren, um den Anforderungen einer inklusiven Schule gerecht zu werden. So schaffen wir mehr Zeit für Unterricht, bessere Förderung und stärkere Unterstützung für Schülerinnen und Schüler.

Wir wollen das existierende Programm Schulsozialarbeit im Land Berlin stärken, um Schulen als Orte des Lernens und eines verlässlichen Miteinanders noch mehr zu festigen. Angesichts zunehmender sozialer Herausforderungen in einer wachsenden und vielfältigen Stadt ist es unser Ziel, jede Schule mit ausreichend qualifizierten Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen auszustatten. Damit entlasten wir Lehrkräfte im Schulalltag und ermöglichen eine stärkere Konzentration auf den Unterricht.

Wir setzen uns dafür ein, die sonderpädagogische Förderung an Grundschulen gezielt auszubauen, damit jedes Kind von Beginn an die Unterstützung erhält, die es für seinen schulischen Erfolg benötigt.

Bildung braucht Raum

Gute Bildung braucht auch moderne und saubere Schulen. Deshalb werden wir die Berliner Schulbauoffensive konsequent fortführen. Sie ist ein Erfolgsmodell, um neue Schulplätze bedarfsgerecht zu schaffen, bestehende Schulen zügig zu sanieren und den Investitionsstau der vergangenen Jahre weiter abzubauen. So wurden in den vergangenen Jahren 41 neue Schulen, 76 neue Sporthallen und 119 Ergänzungsbauten auf den Weg gebracht, rund 62.000 neue Schulplätze geschaffen und mehr als 7 Milliarden Euro in Berlins Bildungsinfrastruktur investiert. Mit einem neu zu schaffenden zentralen Landesdienstleister nach dem Vorbild Hamburgs oder Oslos schaffen wir klare Zuständigkeiten, schnellere Verfahren und eine verbindliche Steuerung aus einer Hand. Neubauten, Sanierungen und Modernisierungen sollen künftig deutlich effizienter geplant und umgesetzt werden. Ergänzend dazu wollen wir mit einem neuen Programm für kleinteilige Sanierungen schnelle Verbesserungen an Schulgebäuden ermöglichen – insbesondere dort, wo umfassende Sanierungen noch Zeit benötigen. Die dafür vorgesehenen Mittel aus dem Sondervermögen sollen helfen, Mängel schneller zu beheben und die Lernbedingungen kurzfristig spürbar zu verbessern. Öffentlich-private Partnerschaften können zusätzliche Kapazitäten und Expertise erschließen, um dringend benötigte Schulplätze schneller zu schaffen und Bauprojekte effizienter umzusetzen.

Wir wollen dafür sorgen, dass Berliner Schülerinnen und Schüler ihre Pausen auf attraktiven Schulhöfen verbringen können. Dazu zählen mehr Begrünung und Beschattung, vielfältige Bewegungsangebote sowie auch eine ansprechende Gestaltung von Schulhöfen. Durch Kooperationen mit lokalen Künstlerinnen und Künstlern sowie kulturellen Einrichtungen wollen wir kreative Projekte fördern, die das Schulumfeld aufwerten und die Identifikation mit der eigenen Schule stärken.

Schulen, Bezirke und Verwaltung werden wir von unnötiger Bürokratie entlasten, damit wieder mehr Zeit, Personal und Mittel für Bildung statt für Verwaltungsaufwand zur Verfügung stehen. Bestehende Steuerungsinstrumente müssen sich daran messen lassen, ob sie tatsächlich einen Mehrwert schaffen oder vor allem zusätzliche Arbeit verursachen. Deshalb werden wir die Kosten- und Leistungsrechnung im Schulbereich grundlegend überprüfen und dort vereinfachen oder sogar abschaffen, wo sie zu übermäßiger Bürokratie führt, ohne die finanzielle Steuerungsfähigkeit zu verbessern. Unser Ziel ist eine moderne und effiziente Schulverwaltung, die Transparenz sichert, aber Schulen und Bezirke nicht mit unnötigen Berichtspflichten belastet.

Mit digitalen und unbürokratischen Lösungen wollen wir den Schulalltag weiter verbessern. Die Einführung der Reinigungskontroll-App „KleanBerlin“ zeigt beispielhaft, wie moderne Technologien für mehr Transparenz, schnellere Abläufe und bessere Lernbedingungen sorgen können. Reinigungsmängel können damit direkt dokumentiert und schneller behoben werden. Solche Instrumente wollen wir weiter ausbauen.

Digitalisierung konsequent nutzen

Wir vertrauen den Schulen vor Ort und stärken ihre Eigenverantwortung. Weniger Bürokratie, flexiblere Budgets und eine moderne digitale Schulverwaltung geben Schulen mehr Handlungsspielraum und ermöglichen schnellere Entscheidungen dort, wo sie gebraucht werden.

Digitalisierung ist längst eine grundlegende Voraussetzung für zeitgemäßen Unterricht, effiziente Verwaltung und leistungsfähige Schulen. Die CDU-geführte Bildungsverwaltung hat die Digitalisierung der Berliner Schulen in den vergangenen Jahren spürbar vorangebracht und wichtige Modernisierungsprojekte angestoßen. Diesen Weg wollen wir konsequent fortsetzen. Bis 2030 wollen wir alle Schülerinnen und Schüler der Klassenstufen 7 bis 10 flächendeckend mit digitalen Endgeräten ausstatten. Leistungsfähige Netze, moderne Ausstattung und eine verlässliche digitale Infrastruktur müssen an allen Berliner Schulen selbstverständlich sein. Mit dem Einsatz von Künstlicher Intelligenz wollen wir bessere Bildungschancen nutzen.

Digitale Technik muss im Schulalltag zuverlässig funktionieren. Deshalb wollen wir den technischen Support an Schulen stärken und ein Landesprogramm für IT-Betreuung schaffen. Lehrkräfte und Schulleitungen sollen sich auf Unterricht und Schulentwicklung konzentrieren können – nicht auf technische Probleme und Verwaltungsaufwand.

Auch operative Prozesse wollen wir konsequent digitalisieren und vereinfachen. Schulanmeldungen, Übergangsverfahren, Zeugnisse, Klassenbücher oder Schulversäumnisanzeigen wollen wir vollständig digital, nutzerfreundlich und effizient organisieren. Begonnene Projekte wie die Digitalisierung des Übergangsverfahrens und der digitale Schülerausweis werden wir konsequent umsetzen und flächendeckend einführen. So entsteht eine moderne Bildungsverwaltung, die Familien besseren Service bietet, Schulen entlastet und Bürokratie deutlich reduziert.

Digitalisierung bedeutet für uns aber nicht nur Technik, sondern auch Kompetenz. Deshalb stärken wir die Qualifizierung von Lehrkräften im Bereich Digitalisierung und Medienbildung verbindlich und systematisch. Moderne Schulen brauchen moderne pädagogische Konzepte und Lehrkräfte, die digitale Möglichkeiten sicher und sinnvoll einsetzen können.

Schule als guter Lern- und Lebensort

Schulen müssen Orte des Lernens, des Respekts und der Sicherheit sein. Gewalt, Antisemitismus, Extremismus und Diskriminierung haben an Berliner Schulen keinen Platz. Mit dem Gewaltbarometer hat die CDU-geführte Bildungsverwaltung erstmals eine belastbare Datengrundlage über Gewalt an Schulen geschaffen. Darauf aufbauend werden wir eine klare Strategie entwickeln, die Prävention, Intervention und Repression konsequent miteinander verbindet. Unser Ziel sind sichere Schulen mit klaren Regeln, konsequentem Handeln und einer starken Werteorientierung. Die Kooperation zwischen Schule sowie der Kinder- und Jugendhilfe und der Jugendsozialarbeit werden wir dabei konsequent weiterentwickeln und stärken.

Wir setzen uns für ein ausgewogenes und gesundes Schulmittagessen an allen Berliner Schulen ein. Gute Ernährung stärkt die Konzentrationsfähigkeit, fördert das Wohlbefinden und unterstützt die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen.

Die Zusammenarbeit von Schulen mit gesetzlichen Krankenkassen wollen wir ausbauen und erfolgreiche Programme wie die „Gute gesunde Schule“ stärken. Präventionsangebote zu Bewegung, Ernährung und psychischer Gesundheit sollen flächendeckend im Schulalltag verankert werden.

Kinder und Jugendliche stehen heute unter wachsendem sozialem und psychischem Druck. Schule muss deshalb mehr sein als ein Lernort – sie muss auch Stabilität, Orientierung und Unterstützung bieten. Mit einem Landesprogramm für Mental Health und dem Ausbau schulpsychologischer Angebote wollen wir verlässliche Unterstützungsstrukturen für Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und Familien schaffen. Prävention, frühe Hilfen und Resilienzförderung sollen dabei fester Bestandteil des Schulalltags werden. So stärken wir Schulen nachhaltig im Umgang mit psychosozialen Herausforderungen.

Wir wollen Bewegung stärker in den Schulalltag integrieren. Bewegte Unterrichtsphasen, bewusste Pausen und zusätzliche Angebote fördern Konzentration, Gesundheit und das soziale Miteinander. Wir ermutigen Schulen, bewegungsfreundliche Konzepte umzusetzen und die Zusammenarbeit mit Sportvereinen zu stärken.

Wir bekennen uns zum Schulsport als unverzichtbaren Bestandteil ganzheitlicher Bildung. Regelmäßige Bewegung stärkt Gesundheit, Teamgeist und Leistungsbereitschaft. Deshalb setzen wir uns für ausreichend Sportstunden, moderne Sportstätten und eine engere Zusammenarbeit mit Berliner Sportvereinen ein. Für uns gehört zum Sportunterricht auch der Leistungsgedanke: Anstrengung, Einsatz und individuelle Leistungsentwicklung müssen sichtbar und nachvollziehbar bewertet werden. Deshalb halten wir an Schulnoten im Sportunterricht fest. Zugleich wollen wir sportliche Talente frühzeitig erkennen und gezielt fördern.

Wir sprechen uns für die Einführung von berlinweiten Schulmeisterschaften im Sport aus. Damit wollen wir den Teamgeist und die Identifikation der Schülerinnen und Schüler mit ihrer Schule stärken.

Kein Kind soll die Grundschule verlassen, ohne sicher schwimmen zu können. Dafür setzen wir auf eine verbindliche und verlässliche Durchführung des Schwimmunterrichts im Rahmen einer Berliner Schwimm-Offensive. Ergänzend wollen wir freiwillige Angebote schaffen, damit Kinder bereits vor dem regulären Schwimmunterricht frühzeitig an das Wasser herangeführt werden. Erfolgreiche Modelle wie der „Neuköllner Schwimmbär“ zeigen, wie Kinder spielerisch Sicherheit und Vertrauen im Wasser gewinnen können.

Praktische Bildung

Nicht jeder erfolgreiche Lebensweg führt über ein Studium – und nicht jede Begabung entfaltet sich im Hörsaal. Das ist richtig und wichtig. Deshalb wollen wir berufliche Bildung stärken, praktische Talente fördern und jungen Menschen frühzeitig die Vielfalt moderner Ausbildungs- und Karrierewege aufzeigen. Wir setzen uns für eine echte Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung ein. Die duale Ausbildung ist ein Erfolgsmodell Deutschlands und muss gegenüber akademischen Bildungswegen gleichwertig vermittelt werden.

Studien- und Berufsorientierung muss fester Bestandteil moderner Schulbildung sein und darf nicht erst kurz vor dem Schulabschluss ansetzen. Schülerinnen und Schüler sollen frühzeitig dabei unterstützt werden, eigene Perspektiven zu entwickeln und realistische Einblicke in Ausbildung, Studium und Arbeitswelt zu erhalten. Deshalb stärken wir die Berufs- und Studienorientierung an Berliner Schulen, bauen die Zusammenarbeit mit Wirtschaft, Handwerk und Hochschulen aus und fördern mehr Praxisbezug im Schulalltag. Die Schulen werden dabei unterstützt, feste Partnerschaften mit regionalen Unternehmen, Handwerksbetrieben, sozialen Einrichtungen und öffentlichen Arbeitgebern aufzubauen. Betriebsbesuche, Projektstage, Produktives Lernen, Praxiscamps und Schülerpraktika müssen deutlich ausgeweitet werden. Das Bewusstsein für die Vielfalt beruflicher Wege wollen wir stärken, indem wir Berufe ohne Studium an allen Schulformen stärker bewerben, ihre Chancen sichtbar machen und erfolgreiche Ausbildungsabsolventen gezielt als Vorbilder eingebunden werden.

Wir wollen die ökonomische Bildung stärken und wirtschaftliche Themen stärker in geeignete Fächer integrieren. Schulen sollen zusätzlich ein Wahlfach "Wirtschaft, Handwerk und finanzielle Bildung" anbieten können. Wir sprechen uns dafür aus, Praktiker aus Unternehmen stärker in den Unterricht einzubinden und Schülerfirmen gezielt zu fördern.

Berufsorientierung soll an allen weiterführenden Schulen verbindlich und kontinuierlich ab der 7. Klasse stattfinden. Neben klassischen Informationsangeboten sollen insbesondere praktische Erfahrungen im Mittelpunkt stehen. Zudem soll das Konzept der Berliner Schulpaten mit einer Berufsorientierung ab Klasse 5 weiter gestärkt werden.

Die Oberstufenzentren leisten einen unverzichtbaren Beitrag für die berufliche Bildung in Berlin. Wir wollen ihre Arbeit stärker sichtbar machen, ihr Profil schärfen und das Ansehen beruflicher Bildung insgesamt verbessern. Dazu gehören eine moderne Ausstattung, klare Schwerpunktsetzungen und eine bessere öffentliche Wahrnehmung. Zugleich wollen wir die Zusammenarbeit zwischen Oberstufenzentren und Integrierten Sekundarschulen weiter ausbauen. Frühzeitige Kooperationen, gemeinsame Projekte und bessere Übergänge sollen Schülerinnen und Schülern helfen, berufliche Wege kennenzulernen und passgenaue Anschlüsse nach der Schulzeit zu finden.

Das eigene Landesinstitut für berufliche Bildung zur Stärkung der Berufsorientierung an Bildungseinrichtungen soll Schulen, Wirtschaft, Handwerk und Ausbildungsträger besser vernetzen sowie praxisnahe Angebote koordinieren und Qualitätsstandards entwickeln.

Die Zusammenarbeit zwischen Schulen, Jugendberufsagenturen und der Bundesagentur für Arbeit soll intensiviert werden. Die Lehrerinnen und Lehrer sollen feste Ansprechpartner für Berufs- und Studienorientierung erhalten.

Die passgenaue Vermittlung von Jugendlichen in eine Berufsausbildung ist ein wichtiger Beitrag zur Verhinderung von Jugendarbeitslosigkeit. Die Bundesagentur für Arbeit in Berlin macht dafür jedem jungen Menschen ein Angebot für Ausbildung oder Arbeit. Vor oder spätestens bei Arbeitslosmeldung wird ein passendes Arbeits- oder Ausbildungsangebot mit intensiver Integrationsbegleitung unterbreitet. Länger arbeitslose Jugendliche werden ganzheitlich und gegebenenfalls aufsuchend betreut. Dazu werden Kooperationen mit Freizeiteinrichtungen, Sozialarbeit und Kiezstrukturen eingegangen. Bestehende Angebote wollen wir evaluieren und auf ihre Wirksamkeit überprüfen.

Werte vermitteln

Wir werden die politische Bildung an allen Schulen stärken und Demokratie erlebbar machen.

Jede Schülerin und jeder Schüler soll sich verbindlich mit demokratischen Institutionen, politischer Verantwortung und der Geschichte unseres Landes auseinandersetzen. Dazu gehören Besuche des Deutschen Bundestages, des Berliner Abgeordnetenhauses, der Bezirksverordnetenversammlungen sowie von Gedenkstätten beider deutschen Diktaturen.

Bildung ist die beste Prävention gegen Extremismus. Deshalb sollen sich Schülerinnen und Schüler im Unterricht mit allen Formen des Extremismus sowie mit antisemitischen und rassistischen Ideologien auseinandersetzen. Auch der Nahostkonflikt ist im Rahmenlehrplan der Oberstufe angemessen zu behandeln.

Religions- und Weltanschauungsunterricht muss einen festen Platz im Schulalltag erhalten. Wir setzen uns deshalb für die Einführung eines verbindlichen Wahlpflichtbereichs Religion/Ethik nach dem Vorbild Brandenburgs ein.

Unser Ziel ist die Förderung einer lebendigen Erinnerungskultur. Zeitzeugengespräche, projektbezogene Bildungsangebote und die Unterstützung von Gedenkstättenarbeit sind für uns unverzichtbar, um jungen Menschen zu vermitteln, dass Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit keine Selbstverständlichkeiten sind.

Medienbildung ist Demokratiebildung. Deshalb wollen wir Medienkompetenz als verbindlichen Bestandteil an allen Schulen verankern. Schülerinnen und Schüler sollen lernen, Informationen kritisch zu prüfen, Desinformation zu erkennen und digitale wie klassische Medien verantwortungsvoll zu nutzen.

Wir sprechen uns dafür aus, dass der Europatag am 9. Mai an allen weiterführenden Berliner Schulen als Thementag begangen wird. Kenntnisse über Geschichte, Institutionen und Zukunft der Europäischen Union sollen im Unterricht gestärkt werden. Die Europäische Akademie in Berlin wollen wir als Ort der europäischen Debatte und politischen Bildung weiter stärken. Europa

soll auch für Auszubildende und Berufsschüler stärker erlebbar werden. Austauschprogramme, Schulreisen und Kurzzeit-Erasmus-Angebote wollen wir deshalb ausbauen.

Kinder und Jugendliche sollen sich frühzeitig einbringen können. Deshalb wollen wir die bezirklichen Kinder- und Jugendparlamente besser vernetzen und Beteiligungsmöglichkeiten stärken. Jugendclubs wollen wir als Orte der Begegnung und Demokratiebildung fördern, um Radikalisierung frühzeitig entgegenzuwirken. Damit Jugendclubs diesen Auftrag erfüllen können, setzen wir auf die Vielfalt freier und öffentlicher Träger.

Wir setzen uns dafür ein, die Kooperation von Schulen mit Polizei, Feuerwehr und Bundeswehr gezielt auszubauen und regelmäßige „Blaulicht-Tage“ an Berliner Schulen zu etablieren. Dies kann wertvolle Anstöße für die berufliche Orientierung geben, Distanz zu Vertretern des Staates abbauen und ist zugleich Ausdruck der besonderen Wertschätzung, die diesen Berufsgruppen entgegenzubringen ist.

Wir wollen Erste-Hilfe-Kurse stärker im Schulalltag verankern und dazu die bereits bestehende Kooperation mit dem ADAC noch durch die Kooperation mit Hilfsorganisationen wie THW, DRK und den Maltesern gezielt ausbauen. Berliner sollen Vorreiter bei Reanimationsschulungen werden. Bestehende erfolgreiche Projekte wollen wir ausbauen und perspektivisch grundlegende Erste-Hilfe-Kompetenzen sowie Wiederbelebungskompetenzen an allen Schulen etablieren.

Wir unterstützen eine stärkere Präsenz der Bundeswehr im Politikunterricht, bei Schulprojekten sowie durch Jugendoffiziere zur politischen Bildung und Berufsberatung. Ziel ist es, das sicherheitspolitische Verständnis der Schülerinnen und Schüler zu fördern und Einblicke in den Dienst für unser Land zu ermöglichen.

Lebenslanges Lernen

Bildung endet nicht mit dem Schulabschluss. Die Erwachsenenbildung ist eine wichtige vierte Säule unseres Bildungssystems. Deshalb wollen wir die freien Träger stärker unterstützen und die Projektförderung ausbauen. Gleichzeitig sollen Angebote regelmäßig auf ihre Wirksamkeit überprüft werden. Darüber hinaus wollen wir ein Landesprogramm für eine Regelförderung in der Grundbildung auf den Weg bringen.

Um die Volkshochschulen als zentrale Orte der Weiterbildung zu stärken, wollen wir den Einstieg in die Festanstellung von Lehrkräften in der kommenden Legislaturperiode weiter voranbringen – insbesondere in den Bereichen Grundbildung und Sprachförderung.

Die außerschulische Bildung leistet an vielen Orten in Berlin bereits heute wertvolle und erfolgreiche Bildungsarbeit. Diese Angebote wollen wir gezielt stärken und weiter ausbauen, um Menschen jeden Alters besser auf die Herausforderungen einer modernen und digitalen Bildungsgesellschaft vorzubereiten. Mit der Einrichtung der Koordinierungsstelle Außerschulische Bildung haben wir einen wichtigen Schritt unternommen, um Angebote außerschulischer Bildung besser zu erfassen, zu vernetzen und transparenter zu machen. Diesen Weg wollen wir konsequent wei-

tergehen. Deshalb soll die Koordinierungsstelle personell gestärkt und zu einer zentralen Qualitäts- und Beratungsstelle für außerschulische Träger weiterentwickelt werden.

Die Urania Berlin wollen wir als Ort des gesellschaftlichen Austauschs und der Wissensvermittlung sichern. Dazu werden wir auch prüfen, wie sie zu einem nationalen Bürgerforum für Demokratie weiterentwickelt und räumlich zukunftsfähig ausgebaut werden kann.

Wir begreifen kommunalpolitische Bildungsarbeit als dauerhafte Aufgabe des lebenslangen Lernens und als starkes Fundament unserer Demokratie. Um verlässliche Rahmenbedingungen zu garantieren, werden wir das Berliner Stiftungsfinanzierungsgesetz bedarfsgerecht weiterentwickeln. Die kommunalpolitischen Bildungswerke leisten einen unverzichtbaren Beitrag für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Demokratiebildung in unserer Stadt.

Was wir für ein smartes Berlin NICHT brauchen

**Berlin wird
NICHTS
mit Links**

- ▶ **Mangelnde Wertschätzung der deutschen Sprache und Kultur**
- ▶ **Entwertung der Kernfächer Mathe und Deutsch**
- ▶ **Schule als ideologische Indoktrination**
- ▶ **Absenkung von Bildungsstandards**
- ▶ **Gleichmacherei und Abkehr von Fördern und Fordern**
- ▶ **Abschaffung der Schulnoten**
- ▶ **Kampf gegen das Gymnasium**
- ▶ **Ende der Schulbauoffensive**

06.

**Berlin wird
schneller.**

**U-Bahn,
Fahrrad, Auto:
Kein Verkehrs-
mittel
ist illegal!**

06.

Berlin wird schneller. U-Bahn, Fahrrad, Auto: Kein Verkehrsmittel ist illegal!

Beim Verkehr setzen wir auf miteinander, statt gegeneinander. Wir haben die Friedrichstraße wieder für Autos geöffnet und treiben die Sanierung des Schlangenbader Tunnels voran. Nach jahrelanger Verzögerung beginnt endlich der Bau der TVO. Beim Ausbau der Ladeinfrastruktur für E-Autos, liegen wir über dem Bundesdurchschnitt. Mit mehr als 1,3 Milliarden Euro pro Jahr investiert Berlin so viel wie nie in die BVG: in neue Fahrzeuge, moderne Infrastruktur und mehr Kapazität. Mit dem Ausbau des teilautomatisierten Fahrens werden wir zukünftig für bessere Zuverlässigkeit sorgen.

Berlin braucht freie Wege, keine künstlichen Barrieren. Rettungswagen, Feuerwehr und Lieferfahrzeuge dürfen nicht ausgebremst werden. Wir stoppen den Poller-Irrsinn und streichen die Gelder für immer mehr Poller und Kiezblocks. Wo es möglich und sicher ist, gilt wieder Tempo 50.

Wir haben nachgeholt, was lange vernachlässigt wurde und damit begonnen, die Infrastruktur unserer Stadt grundlegend zu sanieren. Das heißt für die Berlinerinnen und Berliner ganz konkret: Brücken, Schienen, Straßen werden saniert und modernisiert für verlässlichere Verbindungen und eine Stadt, in der man wieder besser von A nach B kommt. Allein in 2026/27 werden wir über 200 Millionen Euro in Berlins Brücken investieren, um sie auf ein sicheres Fundament zu stellen. Der Abriss der Ringbahnbrücke geschah in Rekordzeit - mit dem richtigen politischen Willen und klaren, schnellen Entscheidungen. Genauso wollen wir weitermachen – und auch bei anderen Baustellen (wie zum Beispiel der Eisenbrücke, der Mühlendammbrücke, der Rudolf-Wissell-Brücke oder dem Verkehrsknoten Marzahn) schneller vorankommen.

VI. Berlin wird schneller.

Auto verbieten verboten

Für Familien, für Pendler, Pflegedienste oder Handwerker auf dem Weg zum Kunden – das Auto ist und bleibt für ein funktionierendes Berlin unverzichtbar. Die Leistungsfähigkeit der zentralen Verkehrsachsen werden wir sichern und erhalten. Dazu gehört, dass Tempo 50 auf Hauptstraßen der Regelfall ist, um einen verlässlichen Verkehrsfluss zu gewährleisten. Ausnahmen von Tempo 50 muss es jedoch auch weiterhin dort geben, wo die Verkehrssicherheit es gebietet – etwa vor Kitas, Schulen, Krankenhäusern, Senioren- oder Pflegeeinrichtungen.

Gleichzeitig werden wir die Investitionen in den Straßenbau deutlich erhöhen, um den bestehenden Sanierungsstau weiter abzubauen und die vorhandene Infrastruktur nachhaltig zu sichern. Der Erhalt der Substanz hat dabei Vorrang vor dem Neubau. Ergänzend werden wir ein Sonderprogramm für Brücken auflegen, mit dem besonders sanierungsbedürftige Bauwerke entsprechend des Masterplans Brücken priorisiert instandgesetzt oder – wo erforderlich – ersetzt werden.

Die bestehende Verkehrsinfrastruktur werden wir gezielt ergänzen, um Innenstadt und Außenbezirke noch besser zu vernetzen. Für uns ist klar: Wer große, seit Jahren oder Jahrzehnten geplante Infrastrukturprojekte blockiert oder verzögert, stellt sich gegen die Zukunftsfähigkeit Berlins. Berlin kann Fortschritt – das haben die vergangenen Jahre gezeigt. Diesen Weg wollen wir konsequent und ohne Abstriche fortsetzen. Übergeordnete Projekte wie den Weiterbau der A 100 oder die Tangentialverbindung Ost (TVO) werden wir entschlossen vorantreiben, um Wohngebiete von Durchgangsverkehr zu entlasten und insbesondere Stadtteile im Berliner Osten besser anzubinden. Wir unterstützen die Planung des Bundes für den 17. Bauabschnitt der A100. Mit dem dringend benötigten Lückenschluss der TVO zwischen der Straße „An der Wuhlheide“ und der Märkischen Allee werden wir eine leistungsfähige Verkehrsverbindung schaffen, die sowohl den Wirtschafts- und Gewerbeverkehr beschleunigt als auch die Lebensqualität in den angrenzenden Wohngebieten spürbar verbessert. Gleichzeitig setzen wir auf wirksamen Lärmschutz entlang der Stadtautobahnen. Moderne Lärmschutzmaßnahmen, bessere Fahrbahnbeläge und gezielte bauliche Verbesserungen sollen dort eingesetzt werden, wo die Belastungen für die Anwohnerinnen und Anwohner besonders hoch sind.

Der Wirtschaftsverkehr muss von Anfang an in der Infrastrukturplanung mitgedacht werden. Wir werden die Bezirke dazu verpflichten, im Straßennetz ausreichend Lade- und Lieferzonen vorzuhalten. Für Handwerker, Lieferdienste, Pflegedienste und weitere Dienstleister werden wir digitale Parkausweise für das gesamte Stadtgebiet schaffen. Zugleich sorgen wir dafür, dass der Verkehrsfluss nicht durch ideologisch motivierte Durchfahrtsbeschränkungen, Kiezblocks sowie Poller eingeschränkt wird und für den Wirtschaftsverkehr ausreichend Parkplätze zur Verfügung stehen. Gegen Falschparker, die den fließenden Verkehr behindern, ist konsequent vorzugehen.

Wir wollen die Parkplätze im öffentlichen Raum Berlins erhalten. Die Parkraumbewirtschaftung werden wir radikal vereinfachen und transparenter machen. Ziel ist ein berlinweit verständliches System mit klaren Regeln, weniger Sondertatbeständen und vollständig digitalen Verfahren. Damit einhergehen muss auch eine verständliche und praxistaugliche Anpassung der Gebührenordnung und Gebührensystematik. Das Anwohnerparken werden wir stärken. Wir setzen uns dafür ein, dass das Anwohnerparken zu bezahlbaren und dem Verwaltungsaufwand angemessenen Kosten erhalten bleibt. Gleichzeitig werden wir starre und bürokratische Regelungen abbauen, die Unternehmen, Handwerksbetriebe und soziale Dienste unnötig belasten. Darüber hinaus sprechen wir uns für den Einsatz von Scan-Cars aus, um Kontrollen effizienter und weniger personalintensiv zu machen. So gewinnen wir auch mehr Kapazitäten für den Außendienst und die Bürgerdienste.

Wir setzen uns dafür ein, dass das Parkraummanagement digitalisiert wird und z.B. smarte Parkleitsysteme die Verkehrsströme von Berlin-Besuchern zu den Parkhäusern leiten, damit mehr Parkraum den Anwohnern vorbehalten bleibt.

Wir setzen auf den Ausbau von Quartiersgaragen, um insbesondere in dicht bebauten Kiezen zusätzlichen Parkraum für Anwohnerinnen und Anwohner zu schaffen. Gleichzeitig sollen vorhandene Parkflächen effizienter genutzt werden. Dazu werden wir prüfen, in welchem Umfang Parkhäuser, Supermarktparkplätze und andere private Stellflächen in Randzeiten und über Nacht für Anwohnerinnen und Anwohner kostengünstig zur Verfügung gestellt werden können. Wir wollen sichere und lebenswerte Kieze, in denen die Menschen gerne wohnen. Dazu werden wir die Verkehrssicherheit erhöhen, aber dabei nicht auf Durchfahrtsbeschränkungen wie Poller setzen. Polizei und Feuerwehr wie Müllabfuhr müssen schnell überall hin gelangen, wohnungsnaher Einzelhandel und Supermärkte erreichbar für Kunden wie Lieferanten sein. Um das sicherzustellen, nutzen wir das neue Landesorganisationsgesetz und geben als Senat den Bezirken einen einheitlichen und verbindlichen Baukasten von Möglichkeiten sinnvoller Verkehrsberuhigung und Verkehrssicherheit an die Hand.

Baustellen besser koordinieren

Massive Investitionen in unsere Infrastruktur werden zukünftig eher zu mehr als weniger Baustellen führen. Diese noch besser als bisher zu koordinieren und Bauabläufe zu kommunizieren ist das Ziel, damit es zu möglichst wenigen unnötigen Einschränkungen im Straßenland kommt. Wir setzen auf transparente, digital unterstützte Planung und eine frühzeitige Abstimmung aller Beteiligten, damit Maßnahmen besser koordiniert und unnötige Mehrfachsperrungen vermieden werden. Dafür werden wir die bestehende zentrale Baustellenkoordination personell und finanziell stärken.

Zudem werden wir gezielte Anreize für die zügige Umsetzung von Bauvorhaben setzen. Wer Baustellen im vereinbarten Zeitrahmen abschließt, soll durch einen Baustellenbonus belohnt werden. Zugleich sprechen wir uns für verbindliche Konsequenzen bei Verzögerungen oder regelwidrigen Baustelleneinrichtungen aus.

Moderne digitale Instrumente, wie verpflichtende Simulationen der Verkehrsströme, oder die Kontrolle eingerichteter Baustellen mittels BVG-Bussen, sollen außerdem dabei helfen, Auswirkungen frühzeitig zu erkennen, besser zu steuern und – wo nötig – Verstöße zu ahnden. Ergänzend setzen wir auf eine intelligente Verkehrssteuerung und wollen Ampelschaltungen im Umfeld von Baustellen systematisch anpassen – insbesondere bei längeren Baumaßnahmen oder auf stark frequentierten Hauptstraßen.

Sicher zu Fuß

Wir werden den Ausbau sicherer und gut sichtbarer Überquerungsmöglichkeiten in unserer Stadt konsequent fortsetzen. Dazu gehören Fußgängerüberwege, Mittelinseln und modulare Gehwegvorstreckungen. Mit temporären Fußgängerüberwegen werden wir Gefahrenstellen zeitnah entschärfen, bis dauerhafte bauliche Lösungen umgesetzt sind.

Wir werden die Barrierefreiheit für Fußgängerinnen und Fußgänger weiter verbessern und Bordsteinabsenkungen schrittweise überall dort umsetzen, wo Menschen Straßen queren, Haltestellen erreichen oder zentrale Einrichtungen nutzen. Die Sanierung von Gehwegen werden wir entschlossen fortsetzen. Gemeinsam mit den Bezirken wollen wir bestehende Programme weiterentwickeln und Mittel gezielt dort einsetzen, wo Stolperfallen besonders groß oder viele Menschen unterwegs sind. Fehlende Gehwege wollen wir pragmatisch und zügig ergänzen.

Die Beleuchtung von Fußwegen werden wir weiter verbessern, insbesondere an Haltestellen, auf Schulwegen, in Parks sowie an schlecht einsehbaren Orten.

Die Benutzung von Elektrokleinstfahrzeugen wie E-Scootern und Leih-Fahrrädern auf Gehwegen wollen wir durch geeignete Maßnahmen wie Geofencing schon technisch verhindern. In Fußgängerzonen soll die Geschwindigkeit der Fahrzeuge technisch auf Schrittgeschwindigkeit begrenzt werden. Zudem soll es Schwerpunktkontrollen der Ordnungsämter geben, die die ordnungsgemäße Benutzung von E-Scootern kontrollieren.

Das Abstellen von Elektrokleinstfahrzeugen und Leih-Fahrrädern soll entsprechend der von uns aufgelegten Sharing-Strategie nur noch an fest definierten Abstellanlagen möglich sein.

Mit dem Rad durch die Stadt

Das Berliner Radwegenetz werden wir gezielt verbessern und bedarfsgerecht ausbauen. Vorrang hat für uns die Sanierung und Ertüchtigung bestehender Wege. Schlaglöcher, Wurzelschäden, schlechte Oberflächen und unklare Markierungen werden wir systematisch beseitigen, damit Radwege sicher und zuverlässig nutzbar sind.

Wir werden den Berliner Radverkehrsplan und das Vorrangnetz überprüfen und stärker an der Realität ausrichten. Entscheidend ist für uns, dass Radwege im Alltag sicher sind und die Menschen schnell ans Ziel bringen. Dafür setzen wir auf klare Prioritäten in Planung und Umsetzung sowie auf verlässliche und zügige Verfahren.

Wir stehen für Verkehrslösungen, die funktionieren und ein sicheres Fortbewegen für alle ermöglichen. Das Mobilitätsgesetz werden wir für ein faires Miteinander aller Verkehrsträger weiterentwickeln. Neue Radwege werden wir deshalb nur dort schaffen, wo sie tatsächlich benötigt werden und einen echten Beitrag zu sicheren und alltagstauglichen Verbindungen leisten. Wir setzen auf flexible Radwegbreiten und standortgerechte Lösungen, die sich an den örtlichen Gegebenheiten orientieren. Nicht jede Straße ist gleich, deshalb werden wir Planungsstandards praxisnah weiterentwickeln und mit Augenmaß umsetzen. Unser Fokus liegt auf dem Schließen von Lücken im Radwegenetz sowie auf dem Ausbau durchgehender Fahrradschnellwege, um den Fahrradverkehr vom übrigen Verkehr zu trennen und Konflikte zu vermeiden.

Wer mit dem Fahrrad unterwegs ist, braucht gute und sichere Abstellmöglichkeiten. Deshalb werden wir sichere, alltagstaugliche und diebstahlhemmende Fahrradparkplätze in der ganzen Stadt weiter ausbauen. Besonders an S- und U-Bahnhöfen wollen wir moderne Fahrradboxen und Sammelschließanlagen ausbauen. Dabei prüfen wir auch die Nutzung bislang ungenutzter Flächen, etwa geeigneter Bereiche an S-Bahnbögen.

Um Kreuzungsbereiche für Radfahrerinnen und Radfahrer sicherer zu machen, setzen wir auf getrennte Ampelphasen, vorgezogene Haltelinien, freie Sichtachsen und eine übersichtliche Verkehrsführung. Ergänzend sollen Schwerpunktkontrollen an Kreuzungen durchgeführt werden, um die Querungsrechte von Fußgängern sowie Radfahrern gegenüber abbiegenden Fahrzeugen zu sichern.

Unsere Öffis für unser Berlin

Ein starker öffentlicher Nahverkehr ist das Rückgrat einer funktionierenden Stadt. Unser Anspruch ist ein zuverlässiger, leistungsfähiger und attraktiver ÖPNV. Wir unterstützen die BVG in ihrem Kurs „Stabilität vor Wachstum“ und schaffen so die Grundlage für eine nachhaltige Weiterentwicklung.

Wir werden die BVG dabei unterstützen, mehr Personal zu gewinnen, Fahrzeuge schneller verfügbar zu machen und Werkstätten sowie Betriebsabläufe modern aufzustellen. Infrastruktur werden wir gezielt ertüchtigen, Engpässe beseitigen und digitale Steuerungssysteme weiterentwickeln. Wir bekennen uns zur Teilautomatisierung (CBTC) ausgewählter U-Bahn-Linien. Netzlücken wollen wir perspektivisch schließen und damit direkte Verbindungen stärken sowie unnötige Umsteigezwänge reduzieren.

Sicherheit und Sauberkeit im Nahverkehr haben für uns hohe Priorität. Gegen Gewalt, Vandalismus, Regelverstöße und Belästigungen werden wir weiter konsequent vorgehen. Wir setzen dabei vor allem auf mehr sichtbares Sicherheits- und Servicepersonal, mehr Videoüberwachung sowie den flächendeckenden Ausbau von digitalen Notrufsäulen und der Möglichkeit eines stillen Notrufs. Zudem wollen wir die Nora-Notruf-App gezielt für den Einsatz im öffentlichen Nahverkehr weiterentwickeln und gemeinsam mit der BVG im Rahmen eines Pilotprojekts erproben, damit Fahrgäste in Gefahrensituationen unauffällig Hilfe anfordern und ihren Standort schnell übermitteln können. Besonders schutzbedürftige Personen sollen so noch besser vor Gewalt und Belästigung geschützt werden. Auch Beleuchtung und Aufenthaltsqualität an Bahnhöfen und Haltestellen werden wir weiter verbessern. Erfolgreiche Maßnahmen wie die von uns initiierten

Reinigungsstreifen werden wir ausweiten. Darüber hinaus sollen Reinigungsintervalle erhöht, zusätzliche Reinigungsteams an besonders belasteten Stationen eingesetzt und Schäden schneller beseitigt werden.

Für die U-Bahn streben wir perspektivisch die Einführung eines geschlossenen Systems an. Dazu wollen wir im Rahmen eines Pilotprojekts auf ausgewählten U-Bahn-Linien Zugangskontrollen erproben. Ziel ist es, unbefugten Zutritt zu reduzieren, Schwarzfahren wirksam einzudämmen und die Aufenthaltsqualität in Bahnhöfen und Zügen spürbar zu verbessern.

Wir werden den barrierefreien Ausbau von Bahnhöfen und Haltestellen weiter vorantreiben. Aufzüge, taktile Leitsysteme, akustische Fahrgastinformationen und niveaugleiche Einstiege wollen wir konsequent ausbauen und zum Standard machen.

Beim Ausbau des Netzes konzentrieren wir uns auf zentrale Infrastrukturprojekte. Wichtige U-Bahn-Projekte wie die Verlängerungen der Linien U2, U3, U6, U7, U8 und U9 werden wir weiter vorantreiben. Auch langfristige Vorhaben wie die U10 werden wir planungsrechtlich sichern. Gleichzeitig werden wir die S-Bahn durch dichtere Takte, zusätzliche Gleise und bessere Verbindungen in die Außenbezirke stärken. Dabei wollen wir auch die Anbindung innerhalb der Außenbezirke gezielt verbessern, damit Wege schneller, direkter und zuverlässiger werden.

Mit dem Infrastrukturprogramm i2030 treiben wir gemeinsam mit Brandenburg den dringend notwendigen Ausbau der Schieneninfrastruktur in der Hauptstadtregion konsequent voran. Unser Ziel ist eine moderne, leistungsfähige und besser vernetzte Metropolregion mit attraktiven Angeboten. Priorität haben dabei für uns zentrale Projekte wie die Reaktivierung der Siemensbahn und die Verlängerung der S75 bis zum Karower Kreuz. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, dass auch weitere Ausbauvorhaben in der Metropolregion realisiert werden – für mehr Kapazität, zuverlässige Verbindungen und ein leistungsfähiges Gesamtnetz.

Beim Ausbau von Straßenbahn und Bus setzen wir auf pragmatische und leistungsfähige Lösungen. Straßenbahnen wollen wir dort erweitern, wo sie bestehende Netze sinnvoll ergänzen, neue Wohngebiete anbinden oder leistungsstarke Querverbindungen schaffen. Maßgeblich sind für uns verkehrlicher Nutzen, Wirtschaftlichkeit und zügige Umsetzbarkeit.

Das Bussystem wollen wir gezielt stärken. Moderne Expressbuslinien, Großraum- und Doppelgelenkbusse sowie batterieelektrische Fahrzeuge können schnell zusätzliche Kapazitäten schaffen und Gebiete anbinden, in denen Schienenprojekte mehr Zeit benötigen. Gerade in wachsenden Außenbezirken und neuen Stadtquartieren sind flexible und schnelle Lösungen unverzichtbar. Zudem wollen wir innovative Technologien wie teilautonome Shuttle-Systeme oder teilautonome Busstraßenbahnen modellhaft erproben.

Beim Ausbau der Verkehrsinfrastruktur wollen wir auch neue Wege gehen und Public-Private-Partnerships gezielt nutzen, um Planung, Bau und Umsetzung zu beschleunigen. Private Expertise kann insbesondere bei Generalübernehmenschaften, beim Bau und Betrieb einzelner ÖPNV-Linien, bei modularen Brückenbauwerken sowie bei innovativen Mobilitätsprojekten wertvolle Impulse geben. Auch neue Verkehrsverbindungen – etwa in Form einer Magnetschwebebahn

(TSB) von der geplanten Urban Tech Republic auf dem ehemaligen Flughafen Tegel nach Jungfernheide – könnten so schneller realisiert werden.

Park-&-Ride-Parkplätze wollen wir in den Außenbezirken insbesondere an S-Bahn- und Regionalbahnhöfen sowie an zentralen Einfallstraßen weiter gezielt ausbauen und bestehende Standorte erweitern. Ergänzend dazu wollen wir auch das Angebot an Bike&Ride-Stellplätzen, sicheren Fahrradabstellanlagen und Ladepunkte für Elektrofahrzeuge erweitern. Moderne Mobilitätshubs wollen wir insbesondere in den Außenbezirken schaffen, um einzelne Verkehrsarten besser miteinander zu verknüpfen und den Umstieg für Pendlerinnen und Pendler einfacher, schneller und attraktiver zu machen.

Mobilität von morgen

Berlin und Brandenburg wollen wir zu einer Pilotregion für autonomes Fahren entwickeln – sowohl im Güter- als auch im Personenverkehr. Für die U-Bahn wollen wir den Einsatz moderner Leit- und Sicherungstechnik wie CBTC ausbauen, um teilautomatisiertes Fahren zu ermöglichen, Takte zu verdichten und den Betrieb stabiler zu machen. Neue Stadtquartiere sollen, wo sinnvoll, von Anfang an mit autonomen Transportsystemen erschlossen werden, um innovative, effiziente und verlässliche Mobilitätsangebote direkt vor Ort zu schaffen.

Den Wandel zur klimafreundlichen Mobilität werden wir technologieoffen gestalten. Die Ladeinfrastruktur in Berlin werden wir weiter ausbauen und für ausreichend, verlässlich verfügbare Ladepunkte im öffentlichen Raum sorgen. Wir wollen Wasserstoff als sinnvolle Ergänzung zur Elektromobilität stärken – insbesondere dort, wo batterieelektrische Lösungen an ihre Grenzen stoßen, etwa im Schwerlast-, Bus- und Schiffsverkehr. Dazu wollen wir den Aufbau einer Wasserstoff-Infrastruktur entlang zentraler Verkehrsachsen, in Logistikzentren und Industriegebieten vorantreiben und setzen auf enge Kooperationen mit Wirtschaft und Förderpartnern. Auch im Schienenverkehr setzen wir auf neue Antriebe und sprechen uns für den Einsatz von wasserstoffbetriebenen Regionalzügen zwischen Berlin und Brandenburg auf nicht elektrifizierten Strecken (z.B. Linie RB27 „Heidekrautbahn“) aus.

Der BER - unser Tor zur Welt

Wir werden den Flughafen BER zu einem leistungs- und wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort für Berlin sowie zum zentralen Luftverkehrsdrehkreuz Ostdeutschlands weiterentwickeln. Mehr Direktverbindungen innerhalb Europas sowie zusätzliche Langstreckenverbindungen, ein attraktives Gebührenmodell und gezielte Marketingmaßnahmen sollen zusätzliche Airlines und Passagiere gewinnen. Gleichzeitig werden wir die Wirtschaftlichkeit des BER durch den Ausbau des Non-Aviation-Bereichs und eine stärkere Einbindung privater Partner erhöhen. Klar ist aber auch: Die entscheidenden Rahmenbedingungen für die Wettbewerbsfähigkeit des Luftverkehrs werden auf Bundesebene gesetzt. Deshalb setzen wir uns im Bund nachdrücklich dafür ein, den Luftverkehrsstandort Deutschland wieder international konkurrenzfähig zu machen und insbesondere Steuern und Abgaben im Luftverkehr spürbar zu senken. Dazu gehört vor allem eine deutliche Reduzierung der Luftverkehrssteuer.

Was wir für ein schnelleres Berlin NICHT brauchen

**Berlin wird
NICHTS
mit Links**

- ▶ **Kulturkampf gegen das Auto**
- ▶ **Flächendeckendes Tempo 30**
- ▶ **Verkehrspolitik zulasten der Außenbezirke**
- ▶ **Pollerwahnsinn, Straßensperrungen und weitere Reduzierung des Parkraums**
- ▶ **Ausbremsen von Einsatz- und Rettungskräften sowie der Wirtschaft und des Lieferverkehrs**
- ▶ **Abbruch der A100**
- ▶ **Ideologischer Kampf gegen Infrastruktur**

07.

**Berlin wird
sauber.**

**Mehr
Stadtreinigung.
Knallharte
Strafen für
Müllsünder.**

07.



Berlin wird sauber. Mehr Stadtreinigung. Knallharte Strafen für Müllsünder.

Eine saubere Stadt ist ein Gemeinschaftsprojekt. Jeder einzelne ist dafür verantwortlich, seinen eigenen Müll korrekt zu entsorgen, sodass unsere Straßen und Parks sauber bleiben.

Wer den Müllbeutel nicht nutzt, muss jetzt tief in den eigenen Geldbeutel greifen. Mit der Überarbeitung des Bußgeldkatalogs haben wir dafür gesorgt, dass Müllsünder bestraft und illegale Müllabläufe sowie Verstöße beim Abbrennen von Feuerwerken stärker geahndet werden – zum Beispiel 250 € für eine weggeworfene Kippe oder 700 € für Altreifen. Klare Zuständigkeiten zwischen Senat und Bezirken sorgen für mehr Effizienz, gleichzeitig haben wir die Ordnungsämter gestärkt, damit der neue Bußgeldkatalog auch durchgesetzt werden kann.

Die BSR reinigt mehr Parks, Spielplätze und auch Waldflächen, damit sich die Berliner hier wirklich erholen können. Die von uns eingeführten BVG-Reinigungsstreifen auf der U8 sorgen für mehr Sauberkeit und Sicherheit auch in der U-Bahn. Dieses Projekt möchten wir in Zukunft noch weiter ausbauen und auf weitere Linien ausweiten – für eine Stadt, in der sich alle wohlfühlen.

VII. Berlin wird sauber – für eine Stadt, in der sich alle wohlfühlen.

Klare Kante bei Sauberkeit und Ordnung

Sauberkeit und Ordnung sind die Grundlage dafür, dass sich alle Berlinerinnen und Berliner sicher und wohl fühlen – in jedem Kiez. Denn da, wo der Stadtraum verwahrlost und Müllberge sich häufen, leiden auch das soziale Umfeld und das gesellschaftliche Miteinander. Berlin braucht eine neue Kultur der Verantwortung, in der Sauberkeit und Ordnung selbstverständlich sind – durch klare, konsequent durchgesetzte Regeln, Aufklärung und die Mitwirkung aller.

Wir gehen konsequent gegen Vermüllung vor. Mit einem verschärften Bußgeldkatalog haben wir klare Maßstäbe gesetzt: Illegale Müllentsorgung ist kein Kavaliersdelikt und wird vom weggeworfenen Zigarettenstummel bis zum abgestellten Sperrmüll spürbar geahndet. Gleichzeitig haben wir gezielte Anreize für mehr Kontrollen und eine konsequente Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten geschaffen, indem Bußgelder nun direkt an die Bezirke fließen.

Ergänzend wollen wir den Einsatz mobiler Videoüberwachung und datenschutzkonformer Künstlicher Intelligenz prüfen, um Müll-Hotspots schneller zu erkennen und Reinigungseinsätze gezielter zu steuern. Eine eigene Task Force „Müll-Ermittler“ soll besonders belastete Bereiche in den Blick nehmen.

Wir setzen uns für eine umfassende Stärkung der Ordnungsämter ein. Dazu gehören eine deutliche personelle Aufstockung, bessere Ausstattung (z.B. mit Bodycams), regelmäßiges Einsatztraining durch die Polizeiakademie Berlin und mehr Befugnisse – einschließlich der Wiederherstellung von Fahndungsabfragen bei verdächtigen oder falsch abgestellten Fahrzeugen. Gezielte Kooperationen mit geprüften seriösen privaten Sicherheitsdiensten sowie der Einsatz digitaler Technologien sollen darüber hinaus zur Entlastung und effektiveren Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten beitragen.

Wir werden die Ordnungsämter auch fachlich und strukturell weiterentwickeln. Ziel ist es, die Ordnungsämter perspektivisch so aufzustellen, dass sie ihre Aufgaben umfassend und möglichst rund um die Uhr wahrnehmen können, um die Polizei spürbar zu entlasten.

Wir treiben die Digitalisierung und Vernetzung der Ordnungsämter konsequent voran. Die Einbindung in die kooperative Leitstelle von Polizei und Feuerwehr ab 2028 soll die Einsatzplanung verbessern, die Polizei entlasten und die Zusammenarbeit im Katastrophenfall effizienter gestalten. Unser Ziel ist die vollständige Digitalisierung der Verfahren durch die Weiterentwicklung des IT-Systems NOWI an, angelehnt an polizeiliche Standards.

Wir wollen die Berliner Stadtreinigung stärken und die Sauberkeit im gesamten Stadtgebiet verbessern. Im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten setzen wir uns für zusätzliche Kräfte bei der BSR ein, damit sie ihren stetig wachsenden Aufgaben auch künftig gerecht werden kann. Gerade langzeitarbeitslosen Menschen möchten wir so mit Mini-Jobs neue Perspektiven eröffnen. Asylbewerber sollen im Rahmen von sogenannten "Gemeinnützigen zusätzlichen Arbeitsgelegenheiten" in der Stadtreinigung erste Schritte der Integration gehen. Wir sprechen uns dafür aus, die Zuständigkeiten der BSR zu erweitern, insbesondere bei der Reinigung von Grünflächen und Spielplätzen.

Spielplätze und Grünanlagen müssen sichere und gepflegte Orte für alle, insbesondere für Familien, sein. Deshalb wollen wir für regelmäßige Kontrollen und die schnelle Entfernung gefährlicher Gegenstände sorgen. Bürgerschaftliches Engagement für Sauberkeit wollen wir gezielt fördern. Wir unterstützen die Kehrenbürger-Aktionen und sprechen uns für die berlinweite Ausweitung von Spielplatzpatenschaften nach dem Spandauer Vorbild aus.

Gegen strafbare Schmierereien werden wir konsequent vorgehen. Insbesondere antisemitische, rassistische oder extremistische Graffiti müssen schnellstmöglich, spätestens innerhalb von 24 Stunden, entfernt werden. Gleichzeitig wollen wir legale Street-Art-Flächen fördern. Auch kunstvoll gestaltete Strom- und Verteilerkästen tragen zur Aufwertung des Stadtbildes bei und können wahllosen Schmierereien präventiv entgegenwirken.

Wir wollen die Sperrmüllsammlung in Berlin weiter verbessern. Die erfolgreichen Sperrmülltage in den Kiezen werden wir ausweiten, verstetigen, um illegale Müllablagerungen zu reduzieren und Wohngebiete sauberer zu halten. Zugleich prüfen wir längere Öffnungszeiten der BSR-Recyclinghöfe, insbesondere an Wochenenden, unter Berücksichtigung der Interessen der Beschäftigten. Ergänzend sprechen wir uns für ein niedrighwelliges, kostenpflichtiges Angebot der BSR zur zeitnahen Sperrmüllabholung aus – auch in Tagesrandzeiten.

Die Abfallentsorgung im öffentlichen Raum werden wir modernisieren. Dazu wollen wir zusätzliche und klar getrennte Abfallbehälter an stark frequentierten Orten aufstellen und insbesondere Unterflurbehälter ausbauen. Bis 2030 wollen wir die Zahl der Papierkörbe in Berlin auf rund 30.000 steigen. Bei Neubau- und Sanierungsprojekten des Landes soll die Installation von Unterflurbehältern geprüft werden, um Müllansammlungen, Lärm- sowie Geruchsbelästigung zukünftig zu vermeiden. Wo möglich, soll diese Technologie auch in öffentlichen Parks, Grünanlagen und auf Spielplätzen eingesetzt werden. So verringern wir offen zugänglichen Müll, entziehen Ratten ihre Nahrungsgrundlage und leisten damit einen entscheidenden Beitrag, die Rattenpopulation in unserer Stadt wirksam zu reduzieren.

Wir werden die Taubenpopulation insbesondere an Einkaufszentren, Bahnhöfen und anderen stark frequentierten Orten wirksam und tierschutzgerecht begrenzen. Dazu setzen wir auf betreute Taubenschläge, konsequente Fütterungsverbote und deren Durchsetzung sowie bauliche Maßnahmen zur Vergrämung. Weitergehende Mittel zur Reduzierung der Population sind zu prüfen.

Wir werden für eine bessere Beleuchtung von Wegen sorgen, indem lichtschwache Straßenlampen ausgetauscht werden. Zudem wollen wir die Ordnungsamt-Online-App so erweitern, dass damit auch die Meldung von zu wenig ausgeleuchteten Orten möglich ist.

Zu einer sauberen und sicheren Stadt gehören auch ausreichend öffentliche Toiletten. Langfristig sollen öffentliche Toiletten durch Werbeflächen Einnahmen generieren. Die zusätzlichen Gelder sollen für mehr Sauberkeit, bessere Ausstattung und den Ausbau weiterer Standorte genutzt werden.

Hitzeschutz ausbauen

Berlin erlebt immer häufiger lange Hitzeperioden. Vor allem ältere Menschen, Kinder, Kranke und wohnungslose Menschen leiden unter extremer Hitze besonders stark. Hitzeschutz ist deshalb für uns nicht nur eine Frage der Klimaanpassung, sondern auch eine soziale Aufgabe, damit Berlin auch an heißen Tagen lebenswert bleibt. Den Ansatz des Berliner Klimaanpassungsgesetzes, Hitzeschutz und Klimaanpassung verbindlich in Planung und Stadtentwicklung mitzudenken, wollen wir praxisnah und effizient umsetzen.

Wir wollen den Bestand an Straßenbäumen deutlich erhöhen und bis zum Jahr 2040 auf eine Million Bäume steigern, um Berlin widerstandsfähiger gegen Hitze und Extremwetter zu machen. Dabei setzen wir auf realistische Ziele für Baumbepflanzungen, eine Einbindung der Bezirke sowie verlässliche Finanzierungsmöglichkeiten für die Klimaanpassung.

Auch die Wälder Berlins wollen wir klimaresilient weiterentwickeln. Kiefernreinbestände sollen schrittweise in strukturreiche Laubmischwälder umgebaut werden. So reduzieren wir das Risiko großflächiger Schäden und stärken gleichzeitig die natürliche Kühlwirkung und ökologische Vielfalt.

Wir wollen auf Teilen des Tempelhofer Feldes einen neuen Stadtwald entwickeln, der als zweite „Grüne Lunge“ Berlins – analog zum Tiergarten – nachhaltig das Stadtklima verbessern und so die Lebensqualität der Berlinerinnen und Berliner steigern soll.

Wir werden den Hitzeschutz in Berlin konsequent ausbauen und von Anfang an in Planungs- und Bauprozesse integrieren. Dazu gehört insbesondere die verstärkte Begrünung von Dächern und Fassaden, vor allem bei öffentlichen Gebäuden. Vorbildliche Projekte wollen wir gezielt fördern und sichtbar machen. Bei öffentlichen Bauvorhaben – insbesondere bei Kitas und Schulen – soll Hitzeschutz künftig verbindlich mitgedacht werden. Dazu zählen verschattete Spielflächen, klimangepasste Bauweisen sowie die kostenlose Bereitstellung von Trinkwasser in und an Schulgebäuden.

Wir werden die Ausstattung von Spielplätzen gezielt verbessern und insbesondere den Hitzeschutz stärken. In vielen Teilen der Stadt fehlen ausreichend schattige Spielflächen. Deshalb wollen wir verstärkt Sonnensegel und andere Verschattungselemente einsetzen – insbesondere in Neubaugebieten mit vielen Kindern. So schaffen wir kurzfristig mehr Aufenthaltsqualität und schützen Kinder besser vor Hitze.

Auch bestehende Flächen wollen wir schrittweise klimaresilient umbauen. Schulhöfe, Kitagelände und Sportanlagen sollen nach dem Prinzip der „blau-grünen Infrastruktur“ entsiegelt, begrünt und mit Möglichkeiten zur Wasserspeicherung ausgestattet werden.

Wir wollen Schulhöfe in Berlin grüner und lebenswerter gestalten und dabei auch gezielt Obstbäume pflanzen. So schaffen wir nicht nur natürliche Schattenspende und verbessern das Mikroklima, sondern ermöglichen Kindern und Jugendlichen auch einen direkten Zugang zu Natur und gesunder Ernährung. Die Pflege und Nutzung der Bäume kann dabei in den Schulalltag integriert werden und zur praktischen Umweltbildung beitragen.

Ergänzend dazu wollen wir die öffentliche Trinkwasserversorgung ausbauen. Trinkbrunnen sollen bedarfsgerecht erweitert und in Hitzeperioden durch temporäre Wasserspender und mobile Trinkstationen ergänzt werden.

Ausbau von Erneuerbaren Energien

Wir wollen den marktwirtschaftlichen Ausbau erneuerbarer Energien weiter stärken. Technologien wie Photovoltaik, Windkraft oder Wärmepumpen sind vielerorts bereits wirtschaftlich und sollen sich vor allem durch Innovation und Wettbewerb durchsetzen können. Deshalb setzen wir auf schnellere Genehmigungsverfahren, weniger Bürokratie und bessere Rahmenbedingungen für Investitionen. Staatliche Vorgaben für unwirtschaftliche Lösungen lehnen wir hingegen ab, weil sie am Ende zu höheren Kosten für Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen führen.

Photovoltaik ist heute eine ausgereifte und wirtschaftliche Technologie, deren Potenziale wir auch in Berlin konsequent nutzen wollen – insbesondere auf großen und öffentlichen Dächern sowie bei öffentlichen Gebäuden und landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften. Eine Solarpflicht lehnen wir jedoch ab. Das Berliner Solargesetz wollen wir abschaffen, da entsprechende Vorgaben bereits durch die Umsetzung der EU-Gebäudeenergie-Richtlinie geregelt werden. Zusätzliche Förderprogramme für den privaten Solarausbau halten wir für entbehrlich.

Als Stadtstaat kann Berlin die Vorgaben des Windenergieflächenbedarfsgesetzes nur schwer erfüllen. Deshalb setzen wir uns auf Bundesebene dafür ein, die Flächenziele für Stadtstaaten grundlegend zu reformieren. Statt starrer Flächenvorgaben soll Berlin gemeinsam mit den umliegenden Bundesländern flexible und praxisnahe Lösungen vereinbaren können – etwa durch eine gemeinsame Anrechnung der zukünftig relevanten Größen wie der tatsächlich erzeugten Strommenge. Den Bau großtechnischer Windenergieanlagen im Berliner Stadtgebiet, insbesondere in Wäldern und Erholungsräumen, lehnen wir ab.

Wir wollen den Ausbau der dezentralen Energieerzeugung in Kraft-Wärme-Kopplung im Berliner Stadtgebiet ermöglichen. Besonders in Gebieten, in denen eine Fernwärmeversorgung nicht sinnvoll ist, bietet diese Technologie große Chancen für eine sichere und bezahlbare Energieversorgung. Gleichzeitig stärken dezentrale und inselfähige Anlagen die Krisenvorsorge, weil sie auch bei einem Ausfall des Stromnetzes weiter betrieben werden können. Deshalb wollen wir die Umrüstung und Ausstattung solcher Anlagen gezielt fördern.

Klimaschutz endet nicht an Landesgrenzen. Deshalb wollen wir die Energie- und Klimapolitik in der Region Berlin-Brandenburg stärker gemeinsam denken und aufeinander abstimmen. Viele Maßnahmen lassen sich regional effizienter und kostengünstiger umsetzen als allein innerhalb der Stadtgrenzen. Ein gemeinsames und abgestimmtes Vorgehen mit Brandenburg ist für uns deshalb ein wichtiger erster Schritt zu einem effizienten Klimaschutz. Dafür setzen wir uns für einen Energie-Staatsvertrag mit Brandenburg ein.

Saubere Gewässer

Wasser ist eine zentrale Grundlage für das Leben in unserer Stadt und muss als strategische Ressource konsequent geschützt und nachhaltig bewirtschaftet werden. Unser Ziel ist ein vorausschauendes Wassermanagement, das den steigenden Anforderungen durch Klimawandel, Bevölkerungswachstum und wirtschaftliche Entwicklung gerecht wird und die Versorgung langfristig sichert.

Die Sicherung der Wasserversorgung erfordert ein gemeinsames, überregionales Handeln. Deshalb werden wir die Zusammenarbeit mit den Ländern Brandenburg und Sachsen intensivieren, um möglichen Wasserknappheiten – insbesondere infolge des Endes des Braunkohleabbaus in der Lausitz – frühzeitig zu begegnen. Ziel ist es, die Wasserverfügbarkeit nachhaltig zu sichern und Nutzungskonflikte zu vermeiden. Darüber hinaus wollen wir einen regelmäßigen „Berliner Wassergipfel“ unter Beteiligung der Bezirke, Wasserbetriebe, Wohnungswirtschaft und Wissenschaft etablieren, um Herausforderungen frühzeitig zu erkennen und Maßnahmen besser zu koordinieren.

Unser Ziel ist es, Berlin konsequent zur Schwammstadt weiterzuentwickeln. Regenwasser soll künftig stärker aufgefangen, gespeichert und genutzt werden statt ungenutzt abzufließen. Die dafür notwendige Infrastruktur wollen wir gezielt ausbauen. Wir setzen insbesondere auf die dezentrale Nutzung von Regenwasser, den Ausbau von Dach- und Fassadenbegrünung, zusätzliche Speicherkapazitäten, die Reduzierung von Mischwassereinleitungen sowie stärkere Investitionen in den Gewässerschutz und die Unterstützung privaten Engagements.

Wir wollen das Programm „Blaue Perlen“ zur Stabilisierung unserer Gewässer weiter ausbauen und stärken, um die ökologische Qualität der Berliner Gewässer zu verbessern, die Biodiversität zu stärken und sie als wertvolle Lebens- und Erholungsräume zu erhalten. Einleitungen in Berliner Gewässer sollen schrittweise reduziert und langfristig abgekoppelt werden, um die Sauberkeit der Gewässer zu verbessern und langfristig Badewasserqualität zu erreichen. Gegen die zunehmende Vermüllung von Gewässern und Uferbereichen werden wir entschlossen vorgehen, Kontrollen ausweiten und Verstöße konsequenter ahnden.

Berlin ist eine Wasserstadt. Wir wollen die Berliner Gewässer nicht nur schützen, sondern als Lebens-, Wirtschafts- und Erholungsräume aktiv weiterentwickeln. Dafür schaffen wir erstmals ein ressortübergreifendes Entwicklungs- und Nutzungskonzept, das klare Regeln für die Nutzung von Wasserflächen festlegt, Planungssicherheit schafft und Nutzungskonflikte frühzeitig löst. Unser Ziel ist es, die Potenziale der Berliner Gewässer für Wohnen auf dem Wasser, Tourismus,

Freizeit, Wassersport, Mobilität und wirtschaftliche Entwicklung verantwortungsvoll zu erschließen und zugleich Natur- und Umweltschutz zu gewährleisten.

Wir wollen Genehmigungsverfahren vereinfachen und die Attraktivität der Berliner Gewässer nachhaltig stärken. Dazu gehören verlässliche Rahmenbedingungen für Unternehmen, Vereine und Nutzer, die Beseitigung herrenloser und gesunkener Boote nach dem Verursacherprinzip sowie die dauerhafte Pflege und Nutzbarkeit unserer Wasserflächen. Nachhaltigkeit bedeutet für uns, Schutz und Nutzung miteinander zu verbinden, damit Berlins Gewässer auch künftig wertvolle Lebens-, Erholungs- und Wirtschaftsräume bleiben.

Der Umgang mit hohen Grundwasserständen und drückendem Schichtwasser ist eine zentrale Herausforderung für Berlin. Wir erkennen dies als gesamtstädtische Aufgabe an und werden notwendige wasserregulierende Maßnahmen ergreifen, um Schäden an privatem und öffentlichem Eigentum zu verhindern. Dabei setzen wir auf moderne und leistungsfähige Brunnenanlagen, mit denen Grund- und Schichtwasserstände wirksam reguliert werden können. Betrieb und regelmäßige Wartung ist durch die Berliner Wasserbetriebe sicherzustellen.

Tier-, Umwelt- und Naturschutz

Wir wollen die bestehenden Regelungen zur Hundehaltung in Berlin grundlegend weiterentwickeln. Die bisherige Einteilung nach Hunderassen wird den tatsächlichen Anforderungen nicht gerecht und führt zu pauschalen Bewertungen, die weder dem Tierschutz noch der Sicherheit dienen. Deshalb setzen wir uns für die Abschaffung der Hunderasseliste und die Einführung eines verhaltensbasierten Gefährlichkeitskonzepts ein, das verhaltensauffällige Hunde nicht pauschal nach Rasse, sondern individuell nach ihrem tatsächlichen Verhalten bewertet. Objektive Kriterien, Sachkunde der Halter und eine behördliche Einzelfallprüfung sollen im Mittelpunkt stehen, um Tierschutz zu stärken, Tierheime zu entlasten und eine sachgerechte Regelung zu schaffen.

Der illegale Handel mit Heimtieren verursacht großes Tierleid und muss konsequent unterbunden werden. Wir werden deshalb entschlossen gegen unseriöse Anbieter vorgehen und klare Regeln schaffen. Der Verkauf von Heimtieren auf öffentlichen Plätzen soll ausdrücklich verboten werden. Gleichzeitig setzen wir uns für eine stärkere Kontrolle von Online-Plattformen ein, über die ein Großteil des Handels abgewickelt wird. Auf Bundesebene setzen wir uns weiterhin für eine deutliche Verschärfung der Strafen beim illegalen Heimtierhandel ein.

Ein verantwortungsvoller Umgang mit Ressourcen beginnt bei der Vermeidung von Abfällen. Deshalb setzen wir auf das klare Prinzip: Abfallvermeidung vor Recycling. Unser Ziel ist es, Müll gar nicht erst entstehen zu lassen und so Umweltbelastungen nachhaltig zu reduzieren. Dazu wollen wir Mehrwegsysteme weiter ausbauen, unnötige Verpackungen vermeiden und das Bewusstsein für einen nachhaltigen Umgang mit Ressourcen fördern.

Wir sprechen uns für eine kompakte Bauweise, die Wiederverwertung von Baumaterialien sowie die stärkere Berücksichtigung dezentraler erneuerbarer Energie aus. So soll das Land Berlin

seiner Vorbildfunktion gerecht werden, die Kreislaufwirtschaft im Bauwesen fördern und zugleich Impulse für mehr nachhaltiges Bauen im privaten Sektor setzen.

Wir wollen die Ausbreitung invasiver Arten in Berlin konsequent eindämmen und heimische Ökosysteme nachhaltig schützen. Dabei setzen wir auf Aufklärung und Sensibilisierung der Berlinerinnen und Berliner, um unbeabsichtigte Verbreitungswege zu vermeiden. Ziel ist es, die biologische Vielfalt in Berlin zu sichern und langfristige Schäden für Natur, Infrastruktur und Gesundheit zu verhindern.

Was wir für ein sauberes Berlin NICHT brauchen

**Berlin wird
NICHTS
mit Links**

- ▶ **Schmuddeligkeit als Lebensgefühl**
- ▶ **Vernachlässigung der BSR**
- ▶ **Drogenspritzen auf Spielplätzen und Dealer in den Parks**
- ▶ **Nachsicht gegenüber Müllsündern und Bestrafung der Anständigen**
- ▶ **Sperrmüll auf der Straße und Schrott in der Spree**
- ▶ **Grün-regierte Bezirke**

08.

**Berlin wird
funktionieren.**

**Verwaltungs-
reform
beschlossen.
Behörden-
Pingpong
beendet.**

08.



Berlin wird funktionieren. Verwaltungsreform beschlossen. Behörden-Pingpong beendet.

Monatelanges Warten auf einen Bürgeramtstermin war in Berlin Alltag. Kai Wegner machte das Thema zur Chefsache, und zwar mit Erfolg. Heute gibt's oft schon am nächsten Tag einen Termin. Für zahlreiche Services in den Bürgerämtern heißt es mittlerweile: Einfach vorbeikommen – kein Termin mehr nötig. Möglich wurde all dies durch mittlerweile mehr als 450 digitale Angebote (u.a. Wohnsitzanmeldung, Beantragung Elterngeld, Kfz-Zulassung), zusätzliche Mitarbeiter, einen Springerpool und neue Bürgeramtsstandorte.

Mit der großen Verwaltungsreform setzen wir um, woran Vorgängersenate 25 Jahre gescheitert sind: klare Verantwortung, starke Bezirke, kein Behörden-Pingpong mehr.

Wir bringen Berlin nach und nach wieder zum Funktionieren – für eine Verwaltung, die zuallererst den Bürgern dient. Berlins Finanzämter sind schon jetzt die schnellsten in Deutschland. Dank neuer Strukturen und einheitlicher Standards, gehört Wahlchaos in Berlin der Vergangenheit an.

Überflüssige Regeln und wirkungslose Gesetze haben wir einfach gestrichen. Unser cleverer KI-Assistent BärGPT entlastet die Mitarbeiter der Stadt bei Routinetätigkeiten, damit mehr Zeit für Anliegen der Berliner bleibt. Berlin wirtschaftet endlich solide und investiert gezielt dort, wo die Stadt noch stärker werden muss: Bei Sicherheit, Infrastruktur und Bildung.

VIII. Berlin wird funktionieren.



Mut zu neuem Denken!

Mit der Verwaltungsreform haben wir den Grundstein für eine moderne, leistungsfähige und bürgernahe Verwaltung gelegt. Diesen Weg wollen wir konsequent fortsetzen. Ziel ist und bleibt eine Verwaltung, die effizient arbeitet, klare Zuständigkeiten schafft und sich durch konsequente Aufgabenkritik stetig verbessert. Dabei darf es keine Denkverbote geben.

Im Mittelpunkt steht für uns der konsequente Abbau von Doppelstrukturen und unnötiger Bürokratie. Die im Zuge der Verwaltungsreform offengelegten Mehrfachzuständigkeiten müssen beseitigt werden – sei es bei der Vielzahl an Stellen, die Diskriminierungsvorwürfe bearbeiten, sei es bei der Arbeit von Datenschutzbeauftragten für jede öffentliche Stelle, sei es bei Dreigliedrigkeit des Denkmalschutzes in der zweigliedrigen Verwaltung.

Berliner Sonderwege bei gesetzlichen Regelungen werden wir kritisch überprüfen. Landesrechtliche Vorgaben, die über Bundes- oder EU-Standards hinausgehen und zusätzliche Bürokratie verursachen, werden wir deutlich zurückfahren. Beispiele dafür sind das Landesantidiskriminierungsgesetz, das Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetz oder das Versammlungsfreiheitsgesetz. Grundsätzlich sehen wir es als Ausdruck guten Regierens, wenn der Abbau rechtlicher Regelungen die Schaffung neuer Regelungen überwiegt.

Wir werden Verwaltungsaufwand konsequent weiter reduzieren und Selbstbeschäftigung innerhalb der Verwaltung abbauen. Verwaltungsformate außerhalb regulärer Entscheidungsstrukturen (z.B. Runde Tische, Taskforces oder Steuerungskreise) müssen kritisch überprüft werden. Ziel muss es sein, dass Verwaltungshandeln in regelhaften Strukturen erfolgt.

Auch parlamentarische Berichtspflichten und Abläufe sollen in vollem Respekt vor dem Abgeordnetenhaus von Berlin und seiner Mitglieder daraufhin überprüft werden, inwieweit Verwaltungsaufwand reduziert werden kann, ohne parlamentarische Kontrollrechte infrage zu stellen. Hierbei kann auch ein vergleichender Blick in andere Bundesländer erfolgen. Dazu gehört auch ein kritischer Blick auf parlamentarische Abläufe, die zu einem Verwaltungsaufwand führen – sei es durch Präsenz oder Zulieferungsarbeiten.

Beteiligungs- und Entscheidungsstrukturen werden wir transparenter und effizienter gestalten. Über Jahre ist in Berlin ein unübersichtliches Geflecht aus Entscheidungsstrukturen, Partizipationsformaten und Beteiligungssystematiken entstanden, das zusätzliche Bürokratie schafft und Verantwortlichkeiten verwischt. Diese Strukturen wollen wir ohne Denkverbote auf den Prüfstand stellen und dort vereinfachen, wo sie effektives Verwaltungshandeln behindern. Dazu zählen ausdrücklich das Beauftragtenwesen, die unzähligen Beirätestrukturen und auch die konkreten Auswirkungen des Personalvertretungsgesetzes.

Mit dem Landesorganisationsgesetz, den Verfassungsänderungen, dem Konnexitätsausführungsgesetz und dem Aufgabenkatalog sind die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass die Berliner Verwaltung besser funktioniert. Wir werden mit aller Kraft dafür arbeiten, dass die in den genannten Regelungen eingeleiteten Maßnahmen mit Leben gefüllt werden und damit die gewünschte Wirkung entfalten. Wir wissen, dass die Umsetzung der Verwaltungsreform eine Daueraufgabe ist und nicht mit dem Beschluss der jeweiligen Regeln abgeschlossen ist.

Die Bezirke sind das Rückgrat einer bürgernahen Verwaltung in Berlin. Wir setzen uns für eine auskömmliche, transparente und verlässliche Finanzierung der Bezirke ein, die ihre Handlungsfähigkeit und Eigenverantwortlichkeit dauerhaft stärkt. Das Konnexitätsausführungsgesetz ist hierfür die Grundlage. Wir setzen uns dafür ein, dass eine solche Konnexitätsregelung auch im Verhältnis zur Bundesebene verankert wird.

Wir wollen, dass die Berliner Verwaltung klar, verständlich und bürgernah kommuniziert. Maßstab für die Kommunikation der Verwaltung muss korrektes, verständliches Deutsch sein. Deshalb lehnen wir die Verwendung der künstlichen Gendersprache in Behörden und öffentlichen Einrichtungen ab.

Die zweigliedrige Berliner Verwaltung wird nur dann konsequent für die Berlinerinnen und Berliner da sein, wenn sie sowohl nach innen wie nach außen konsequent den Weg der Digitalisierung weitergeht. Dass inzwischen über 450 Verwaltungsdienstleistungen digital abgewickelt werden können, ist ein großer Erfolg. Es braucht weiterhin große Anstrengungen, auch verwaltungsinterne Abläufe konsequent digital abzubilden. Wir bekennen uns dabei zur Umsetzung der Berliner Open-Source-Strategie.

Berlins Verwaltung wird sich in den kommenden Jahren massiv verändern müssen. Um diesen Wandel zu bewältigen, sind insbesondere Mut und Engagement sowie Innovationsbereitschaft aller Beschäftigten erforderlich. Hierfür setzen wir auf mehr verwaltungsinternen Wettbewerb und neue Anreizstrukturen. Dazu werden wir einen neuartigen Leistungswettbewerb für die Verwaltung starten. Im ersten Schritt soll sich der Senat für alle Politik- und Querschnittsfelder jährlich ein Hauptziel geben und zur Überprüfung der Zielerreichung Kennzahlen festlegen. In Betracht kommen etwa die Anzahl neuer Gewerbeansiedlungen, die Durchschnittsdauer von Baustellensperrungen oder die Bearbeitungsdauer für Baugenehmigungen. Die Kennzahlen sollen so gefasst sein, dass sie auf die jeweils zuständigen Bereiche der Verwaltung anwendbar und leicht erhebbar sind. Gegen Ende jedes Jahres sollen für jedes Ziel und die damit verbundene Kennzahl die besten drei Bereiche öffentlich ausgezeichnet werden. Die Leiter der ausgezeichneten Bereiche und deren Teams sollen außerdem eine persönliche Leistungsprämie erhalten. Die jeweils zuständigen Senatsverwaltungen sind aufgefordert, die Zielerreichung zu dokumentieren und auszuwerten.

Personal

Vor dem Hintergrund des bestehenden Personalmangels werden wir Beschäftigte bedarfsgerechter einsetzen müssen. Wir stellen uns der liebgewonnenen Angewohnheit entgegen, dass bei jeder Gelegenheit nach neuen Stellen gerufen wird. Vielmehr muss es der Ansporn der Verwaltung und ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sein, durch innovative Aufgabenkritik die bestehenden personellen Ressourcen effizienter einzusetzen. Jeder Landesbeschäftigte ist wertvoll, nicht jede Tätigkeit ist sinnvoll. Im Sinne eines Staates, der sich auf die Kernaufgaben konzentriert, diese aber konsequent und leistungsorientiert erfüllt, sind wir bereit auch über den Wegfall von Tätigkeiten zu sprechen.

Wir werden die Voraussetzungen für einen flexiblen, temporären Personaleinsatz über Behörden hinweg schaffen, um diese Bereiche möglichst gut besetzen und auf besondere Belastungssituationen reagieren zu können. In diesem Zusammenhang wollen wir Führungspositionen nur auf Zeit vergeben. Das Beamten- und Laufbahnrecht werden wir entsprechend anpassen. Ebenso gilt es, das Personalvertretungsgesetz den Erfordernissen unserer Zeit anzupassen.

Wir streben an, die Stellen in allen Senatsverwaltungen um mindestens 2 Prozent pro Jahr zu reduzieren. Bei Neuausschreibungen von Stellen muss es eine besondere Begründungspflicht geben, wenn sich das Anforderungsprofil nicht ändert. Das zwingt die Hauptverwaltungen dazu, sich einem permanenten Prozess der Aufgabenrevision zu unterziehen.

Wir werden durch Zusammenlegung von Aufgaben neue personelle Ressourcen erschließen, das gilt bspw. für die behördlichen Beauftragten für Datenschutz, die Innenrevision oder die Beauftragten für IT-Sicherheit oder Arbeitsschutz. Das Beauftragtenwesen werden wir radikal reduzieren und streben im Rahmen einer Regierungsbildung die Reduzierung der Zahl der Staatssekretäre an. Ministerielle Stabsstellen werden wir unter eine besondere Begründungspflicht stellen und auf das unbedingt notwendige Maß reduzieren.

Auch in den nachgeordneten Bereichen und den Bezirken setzen wir gezielt auf Verwaltungsvereinfachungen und Entlastung durch künstliche Intelligenz bei standardisierten Aufgaben, um Freiraum für wichtigere Aufgaben zu schaffen. Nicht immer mehr Personal, sondern Entlastung und qualifizierter Einsatz sind der Schlüssel, um in Zukunft zu bestehen. Um diesen Wandel erfolgreich gestalten zu können, werden wir die Kompetenzen und Befugnisse der für Personal zuständigen Senatsverwaltung stärken.

Die Herausforderungen der Landesverwaltung erfordern eine strategische und vorausschauende Personalpolitik. Der mit dem Personalentwicklungsprogramm 2030 eingeschlagene Weg zur besseren Gewinnung und Bindung von Fachkräften wird von uns konsequent fortgeführt.

Wir setzen insbesondere auch auf attraktive Bedingungen für Quereinsteiger und einen schnellen und flexiblen Berufseinstieg. Moderne Arbeitsformen im Sinne von New Work – etwa flexible Arbeitszeitmodelle, mobiles Arbeiten, projektorientierte Zusammenarbeit und mehr Eigenverantwortung – stärken zugleich die Identifikation und Personalbindung der bereits beim Land Berlin beschäftigten Verwaltungsfachkräfte. Wir werden Aufgaben, Standards und Prozesse regelmäßig

auf Notwendigkeit und Effizienz überprüfen, um Personal gezielt zu entlasten und für Kernaufgaben verfügbar zu machen.

Wir werden ein zentrales, strategisch gesteuertes Talentmanagement für die Berliner Verwaltung einführen. Ziel ist eine ressortübergreifende, vorausschauende Personalsteuerung, die Schlüsselkompetenzen gezielt aufbaut und den Personaleinsatz konsequent an den zentralen Aufgaben des Landes ausrichtet. Kandidaten mit dem nötigen Potential sollen systematisch identifiziert, verbindlich entwickelt und transparent auf Führungs- und Schlüsselpositionen vorbereitet werden. Die Verwaltungsakademie Berlin soll dabei klar definierte Qualifizierungsaufgaben innerhalb der Entwicklungsprogramme übernehmen. So wird Personalentwicklung zu einem wirksamen Instrument moderner Verwaltungssteuerung.

Die Besoldung der Berliner Beamten wollen wir neu strukturieren, um sie an geänderte rechtliche Rahmenbedingungen anzupassen. Das Besoldungsniveau wollen wir auf dem Stand vergleichbarer Tarifbeschäftigter halten und Tarifierhöhungen auf die Beamten übertragen.

Um diese Ziele zu verwirklichen, braucht es eine Personalpolitik aus einem Guss. Die zuständige Verwaltung für Landespersonal und die Einstellungsbehörde werden wir daher unter einem Dach zusammenführen.

Wir werden das Partizipationsgesetz überarbeiten. Das durch Rot-Grün-Rot beschlossene Gesetz widerspricht den Vorgaben des Grundgesetzes, dass bei Einstellungen in den öffentlichen Dienst nur Eignung, Leistung und Befähigung gelten dürfen. Ein Migrationshintergrund darf diese Kriterien nicht aushebeln.

Solide Finanzen

Solide Haushaltspolitik und die Einhaltung der Schuldenbremse sind für uns eine Frage der Generationengerechtigkeit und bleiben Eckpfeiler für unsere zukünftigen Gestaltungsmöglichkeiten. Der Berliner Haushalt steht trotz des erfolgreich eingeleiteten Konsolidierungskurses weiterhin vor gewaltigen Herausforderungen. Deshalb werden wir den eingeschlagenen Weg konsequent fortsetzen und alle Bereiche auf mögliche Einsparpotentiale prüfen.

Sozialausgaben des Landes werden wir zukünftig zielgerichteter steuern, ressortübergreifend koordinieren und die Wirksamkeit der finanzierten Maßnahmen regelmäßig überprüfen. Ziel ist, Doppelfinanzierungen zu vermeiden und sicherzustellen, dass Menschen, die hilfsbedürftig sind, die Unterstützung bekommen, die sie benötigen. Zugleich setzen wir uns für gesetzliche Anpassungen auf Bundesebene ein, um Fehlanreize zu vermeiden und den ungebremsten Anstieg der Sozialausgaben zu stoppen.

Freiwillige Förderprogramme und Projekte der sogenannten „Kostenlos-Stadt“ werden wir auf den Prüfstand stellen, damit die knappen Haushaltsmittel des Landes Berlin dort ankommen, wo sie wirklich gebraucht werden.

Bei allen finanzwirksamen Entscheidungen gilt für uns ein klarer Vorrang einer funktionierenden Stadt sowie der dringend notwendigen Investitionen in Infrastruktur, Bildung, Sicherheit und wirtschaftliches Wachstum.

Berlin braucht eine verlässliche, wettbewerbsfähige und wachstumsorientierte Steuerpolitik. Wir stehen für Maß und Mitte und lehnen Steuererhöhungen ab, die Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen zusätzlich belasten. Die durch das Land Berlin unmittelbar beeinflussbaren Steuern werden wir nicht erhöhen. Gerade die Gewerbesteuer ist ein zentraler Standortfaktor für Handwerk, Mittelstand und Industrie. Deshalb stehen wir klar für stabile Gewerbesteuerhebesätze und Planungssicherheit für die Berliner Wirtschaft.

Statt auf Steuererhöhungen setzen wir auf eine solide Haushaltsführung, effiziente Verwaltungsstrukturen und eine konsequente Ausgabenkontrolle. Unser Ziel ist es, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Berlins zu stärken, private Investitionen zu fördern und damit die Grundlage für dauerhaft stabile Einnahmen des Landes zu sichern. Eine starke Wirtschaft ist eine wichtige Bedingung für einen handlungsfähigen Staat.

Leistungsfähige Finanzämter sind eine zentrale Voraussetzung für eine Sicherung der Finanzierung des Landes Berlin und für Steuergerechtigkeit. Wir setzen uns dafür ein, die Berliner Finanzämter zukunftsfähig, effizient und bürgerorientiert aufzustellen. Dazu werden wir die von uns begonnene Organisationsreform konsequent fortsetzen. Klare Zuständigkeiten, moderne Führungsstrukturen und effiziente Abläufe sind entscheidend, um die Leistungsfähigkeit der Finanzverwaltung nachhaltig zu stärken. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der weiteren Digitalisierung. Moderne IT-Verfahren, durchgängig digitale Prozesse und eine nutzerfreundliche Kommunikation mit Bürgern und Unternehmen entlasten die Beschäftigten und erhöhen zugleich Effizienz und Servicequalität. Digitalisierung verstehen wir dabei als Unterstützung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – nicht als Selbstzweck.

Starke landeseigene Unternehmen

Berlin verfügt über mehr als 60 Unternehmen, die zentrale Aufgaben für das Funktionieren unserer Stadt übernehmen. Dazu gehören die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum und der öffentliche Nahverkehr genauso wie die Wirtschaftsförderung, die Wasserversorgung oder eine saubere Stadt.

Als Betreiber wesentlicher Teile der kritischen Infrastruktur tragen die landeseigenen Unternehmen besondere Verantwortung für die Resilienz und Sicherheit Berlins. Wir werden daher die Investitionen zum Schutz gegen Krisen, Ausfälle und hybride Bedrohungen weiter massiv stärken – von Energie- und Wasserversorgung über Mobilität bis hin zur digitalen Infrastruktur.

Damit unsere Unternehmen auch zukünftig ihre beste Leistung für Berlin bringen können, werden wir das Management der Landesbeteiligungen weiter professionalisieren. Um Doppelstrukturen abzubauen, werden wir die Beteiligungs- und die Betriebsverwaltung wieder zusammenfassen. Die Aufsichtsräte wollen wir stärken und professionalisieren, indem wir auf ausgewiesene Experten setzen und unabhängige Strukturen zur Unterstützung ihrer Arbeit schaffen.

Wir werden weiter daran arbeiten, dass die Landesunternehmen ihre Aufgaben möglichst effizient erfüllen können. Dazu gehören klare unternehmerische Verantwortung, eine transparente Steuerung und eine stärkere Ausrichtung auf Effizienz und Leistungsfähigkeit. Dafür setzen wir auf qualifizierte Führungskräfte, klare und eindeutige Zielvorgaben sowie eine regelmäßige Erfolgskontrolle. Politische Steuerung zu Lasten der Wirtschaftlichkeit lehnen wir ab – stattdessen wollen wir moderne Corporate-Governance-Standards durchsetzen. Den Klimapakt mit den landeseigenen Unternehmen werden wir weiterentwickeln zu einem Pakt für Nachhaltigkeit und Resilienz. Nachhaltigkeit und Resilienz werden damit zu festen Bestandteilen von Unternehmensführung, Zielvereinbarungen und Erfolgskontrolle. So sichern wir dauerhaft wirtschaftliche Stabilität, Investitionsfähigkeit und einen verlässlichen Beitrag der landeseigenen Unternehmen zur Daseinsvorsorge in Berlin.

Die derzeit sechs landeseigenen Wohnungsbauunternehmen werden wir zu maximal drei wirtschaftlich agilen Unternehmen zusammenführen, um Doppelstrukturen abzubauen, Synergien zu heben und Investitionsmittel wirksamer einzusetzen.

Neue Liegenschaftspolitik

Wir werden die Liegenschaftspolitik des Landes Berlin neu aufstellen und sie konsequent an wirtschaftlicher Tragfähigkeit und Eigenwirtschaftlichkeit ausrichten, um auch in Zeiten angespannter Haushaltslagen verantwortungsvoll und nachhaltig mit dem Immobilienvermögen des Landes Berlin wirtschaften zu können.

Die tatsächlichen Kosten für Betrieb, Instandhaltung und Bewirtschaftung der Gebäude werden wir realistisch abbilden und damit eine Subventionierung staatlicher Aufgaben oder anderer Nutzungen aus dem Immobilienvermögen vermeiden.

Investitionsentscheidungen werden wir vor allem unter Aspekten der Wirtschaftlichkeit und der Lebenszykluskosten treffen. Wo eine landeseigene Nutzung dauerhaft nicht sinnvoll ist, streben wir eine Vermietung an Dritte an, um die Einnahmebasis insbesondere zugunsten dringend erforderlicher Sanierungsmaßnahmen zu stärken. Zugleich werden wir die Liegenschaftspolitik stärker als bisher zentral steuern, um unwirtschaftlichen Begehrlichkeiten frühzeitig entgegenwirken zu können.

Grundsätzlich sollen landeseigene Liegenschaften im Eigentum des Landes Berlin verbleiben. Für Grundstücke, die langfristig nicht sinnvoll landeseigen genutzt werden können, wollen wir jedoch im begründeten Einzelfall eine Veräußerung ermöglichen, sofern die Erlöse gezielt zur Stärkung des Immobilienvermögens an anderer Stelle eingesetzt werden. Eine Veräußerung zur allgemeinen Haushaltsfinanzierung bleibt ausgeschlossen.

Was wir für ein funktionierendes Berlin NICHT brauchen

**Berlin wird
NICHTS
mit Links**

- ▶ **Ausufernde Bürokratie**
- ▶ **Neue steuerliche Belastungen für Bürger und Wirtschaft**
- ▶ **Explodierende Staatsausgaben**
- ▶ **Personalaufwuchs in der Verwaltung für weitere Beauftragte und neue Bürokratie**
- ▶ **Komplexere Verfahren und längere Entscheidungswege**
- ▶ **Eine mit sich selbst beschäftigte Verwaltung**
- ▶ **Gender- und Identitätspolitik**

09.

**Berlin wird
gerecht.**

**Mehr
Teilhabe und
soziale
Sicherheit.
Weniger
Barrieren.**

09.



Berlin wird gerecht. Mehr Teilhabe und soziale Sicherheit. Weniger Barrieren.

Damit Hilfe schneller gefunden werden kann, bündelt unsere neue Plattform SOZIALES BERLIN erstmals zahlreiche Unterstützungsangebote an einem zentralen Ort. **So finden Menschen unkompliziert die Hilfe, die sie benötigen.**

Soziale Teilhabe endet jedoch nicht bei der Grundversorgung. Auch Kultur, Freizeit und Sport müssen für alle bezahlbar sein. Mit Fairnügen schafft Berlin deshalb Zugang zu mehr als 400 kostenlosen oder vergünstigten Angeboten für Menschen mit geringem Einkommen – auch den eintrittsfreien Museumssonntag wollen wir noch in dieser Legislatur zurück ins Leben rufen.

Damit wirklich alle am Stadtleben teilhaben können, haben wir außerdem Barrieren in der Mobilität abgebaut. Mehr als 80 barrierefreie Taxis sorgen dafür, dass Menschen mit Einschränkungen selbstbestimmt unterwegs sein können.

Besonders sichtbar wird eine gerechte Stadt auch daran, wie sie mit denjenigen umgeht, die Schutz und Unterstützung dringend brauchen. **Deshalb haben wir den Erhalt von Evas Obdach gesichert** – Berlins größter ganzjähriger Notübernachtung für wohnungslose Frauen – und die Hilfen für wohnungslose Menschen insgesamt ausgeweitet.

IX. Berlin wird gerecht.



Gesund und umsorgt in jeder Lebensphase

Wir stehen für eine Gesundheitspolitik, die sich am Alltag der Menschen orientiert: bürgernah, verlässlich und zukunftsfest. Unser Ziel ist eine Versorgung, die für alle erreichbar ist, die Qualität sichert und den Menschen in den Mittelpunkt stellt – heute und morgen.

Wir denken Gesundheit ganzheitlich: von der Prävention über die Behandlung, Rehabilitation bis zur Pflege. Unser Anspruch ist es, allen Berlinerinnen und Berlinern ein möglichst selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Gleichzeitig stärken wir die Strukturen und Fachkräfte, die eine gute Versorgung erst möglich machen.

Berlin verfügt über eine große Vielfalt an Angeboten in der Gesundheits- und Pflegeversorgung. Diese sind jedoch ungleich verteilt, schwer auffindbar und unzureichend miteinander verzahnt. Wir wollen die Versorgung besser vernetzen, transparenter machen und konsequent an den Bedürfnissen der Menschen ausrichten.

Unser Ziel ist eine starke wohnortnahe Versorgung. Wir werden in enger Kooperation mit der Kassenärztlichen Vereinigung zielgenaue und notwendige regulatorische Veränderungen schaffen, damit sich Hausärzte, Kinderärzte und Hebammen wieder dort niederlassen, wo sie gebraucht werden. Gemeinsam mit den Bezirken und der Kassenärztlichen Vereinigung wollen wir sicherstellen, dass vor allem in Neubauvorhaben der städtischen Wohnungsbaugesellschaften für Arztpraxen geeignete Räume in den Planungen mitgedacht werden.

Die Notfallversorgung werden wir konsequent weiterentwickeln. Damit Patientinnen und Patienten in Notfällen schneller die richtige Anlaufstelle finden und Wartezeiten in Notaufnahmen reduziert werden, werden wir die Portalpraxen an Kliniken ausbauen und Notdienste besser digital miteinander vernetzen. Zugleich stärken wir die Rolle der 116117 als erste Kontaktstelle. Durch eine qualifizierte telefonische Ersteinschätzung wird sichergestellt, dass Hilfesuchende direkt an die passende Versorgungsebene vermittelt werden.

Wir werden die Umsetzung der Krankenhausreform mit einem klaren, verlässlichen und gemeinsam mit allen Berliner Krankenhausträgern erarbeiteten Konzept vorantreiben. Durch gezielte Investitionen in Infrastruktur und Ausstattung werden wir eine moderne, leistungsfähige und bedarfsgerechte Versorgung sicherstellen.

Wir wollen Berlin als Standort der Spitzenmedizin stärken. Der Charité kommt dabei eine herausragende Rolle zu. Wir werden ihre Leistungsfähigkeit durch auskömmliche Investitionsmittel in Infrastruktur, Digitalisierung, Spitzenforschung sowie eine hochwertige universitäre medizinische Ausbildung nachhaltig sichern und weiter ausbauen. Gleichzeitig wollen wir die Rahmenbedin-

gungen für klinische Studien, Innovationstransfer und Kooperationen mit Berliner Forschungseinrichtungen und Unternehmen weiter verbessern.

Wir bekennen uns entschlossen zur Initiative Fast-Track City: Durch die Fortführung, verlässliche Absicherung und gezielte Weiterentwicklung dieses Erfolgsmodells führen wir Berlin auf den Weg, HIV-Neuinfektionen und Aids zu beenden.

In der Pflege gilt für uns der Grundsatz „ambulant vor stationär“. Unser Ziel ist es, pflegebedürftigen Menschen so lange wie möglich ein Leben im vertrauten Umfeld zu ermöglichen. Dazu werden wir Beratungs- und Unterstützungsangebote in den Bezirken stärken und weiterentwickeln. Pflegestützpunkte sollen als zentrale Anlaufstellen ausgebaut werden, die umfassend informieren, begleiten und bei der Organisation von Pflege unterstützen. Gleichzeitig wollen wir bestehende Angebote, etwa kostenfreie Schulungen für ehrenamtlich an der Pflege Interessierte, stärker bekannt und besser zugänglich machen.

Wir werden innovative digitale Lösungen fördern, um die Zusammenarbeit zwischen Kliniken, Arztpraxen und Pflegeeinrichtungen zu verbessern, Abläufe zu vereinfachen und den Zugang zu Leistungen zu erleichtern. Telemedizinische Angebote wie Videosprechstunden, Telekonsultationen und digitale Therapien sollen flächendeckend etabliert werden. Für ältere und mobilitätseingeschränkte Menschen wollen wir wohnortnahe Unterstützungsangebote in Pflegeheimen, Sozialstationen und anderen geeigneten Einrichtungen – sogenannte „Kiez-Gesundheits-Stützpunkte“ – schaffen, die den Zugang zu digitalen Anwendungen ermöglichen. Gleichzeitig werden wir die digitale Vernetzung zwischen Arztpraxen, Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen vorantreiben, um Behandlungen besser zu koordinieren und Doppelstrukturen zu vermeiden.

Für mehr Transparenz im Gesundheitswesen schaffen wir eine zentrale und leicht verständliche Übersicht über Ärzte, Hebammen und Pflegeplätze. So können Patientinnen und Patienten sowie ihre Angehörigen schneller passende Angebote finden.

Die mentale Gesundheit rücken wir stärker in den Fokus, insbesondere bei jungen Menschen. Wir werden niedrigschwellige Angebote ausbauen, die schnelle und unbürokratische Hilfe ermöglichen. Erfolgreiche Projekte wie Soulspace wollen wir auf weitere Standorte ausweiten, um berlinweit erreichbare Anlaufstellen für junge Menschen in Krisensituationen und mit psychischen Problemen zu schaffen. Gleichzeitig werden wir die psychotherapeutische Versorgung konsequent am tatsächlichen Bedarf ausrichten und setzen uns dafür ein, dass die Bedarfsplanung basierend auf tatsächlichen Bedarfen neu erstellt wird. Nur so lassen sich Versorgungsengpässe beseitigen und Wartezeiten deutlich verkürzen.

Wir werden Prävention stärker in den Alltag integrieren und Beratungsangebote insbesondere in den Außenbezirken ausbauen. Dazu wollen wir die Apotheken und andere Partner im Gesundheitssystem als wichtige niedrigschwellige Gesundheitszentren stärken. Hierzu gehören leicht zugängliche Angebote wie Impfungen sowie Blutdruck- und Blutzuckermessungen.

Wir werden die Erreichbarkeit von Gesundheitsangeboten verbessern. Dazu unterstützen wir bestehende Strukturen und Initiativen, etwa im Bereich von Fahrdiensten zu notwendigen Behandlungen, und setzen uns für barriereärmere Zugänge zu Gesundheitseinrichtungen ein.

Wir werden die Unterstützung im Alltag und die Pflege im direkten Lebensumfeld stärken. Die Berliner Hausbesuche haben sich bewährt und sollen dauerhaft gesichert werden.

Wir wollen das ehrenamtliche Engagement in der Sorge- und Pflegearbeit gezielt stärken und durch hauptamtliche Strukturen besser koordinieren, damit Ehrenamtliche in ihrer Nachbarschaft Menschen bei alltäglichen Aufgaben wie Einkäufen oder gemeinsamen Aktivitäten besser unterstützen können. Gleichzeitig werden wir bestehende finanzielle Unterstützungsinstrumente, wie den Entlastungsbetrag ab Pflegegrad 1, stärker nutzbar machen und gezielt in solche nachbarschaftlichen Hilfestrukturen einbinden. Bürokratische Hürden, die dieses Engagement bislang erschweren, werden wir nach dem Vorbild anderer Bundesländer abbauen.

Wir werden ein Pflegenotfall-Telefon einführen, das rund um die Uhr erreichbar ist und bei akuten Pflegeproblemen schnelle Hilfe bietet. Bestehende Strukturen sind dabei zu nutzen und die Pflegekassen in die Finanzierung einzubeziehen. Ziel ist es, akute Belastungssituationen im häuslichen Umfeld frühzeitig zu lösen und unnötige Notfalleinsätze zu vermeiden.

Den Hitzeschutz werden wir als feste Aufgabe des Öffentlichen Gesundheitsdienstes verankern. Insbesondere ältere und gesundheitlich besonders gefährdete Menschen sollen bei extremen Wetterlagen frühzeitig informiert und unterstützt werden. Ärztinnen, Ärzte und Pflegefachkräfte sind entsprechend zu schulen, um wirksam beraten und unterstützen zu können.

Unser Ziel ist es, Ärztinnen und Ärzte sowie Pflegefachkräfte spürbar von Verwaltungsaufgaben zu entlasten und mehr Zeit für Patientinnen und Patienten zu ermöglichen. Das von uns initiierte Aktionsbündnis „Bürokratieabbau für Berliner Krankenhäuser“ werden wir gemeinsam mit Vertretern der Krankenkassen, dem Medizinischen Dienst und der Berliner Krankenhausgesellschaft erfolgreich zu Ende führen.

Auch im Bereich der Pflege wollen wir für weniger Bürokratie sorgen. Landesgesetzliche Regelungen werden wir auf ihre Notwendigkeit überprüfen und digitale Schnittstellen zwischen den Leistungserbringern der Pflege und der Verwaltung schaffen, um Dokumentations- und Meldeprozesse deutlich zu vereinfachen.

Gute Versorgung braucht gute Ausbildung in allen Bereichen der Gesundheitsversorgung. Wir setzen uns insbesondere dafür ein, dass angehende Pflegefachkräfte ausreichend Praxisplätze finden – gerade in Bereichen, in denen derzeit Plätze fehlen. Damit gewährleisten wir eine qualitativ hochwertige und vollständige Ausbildung. Ergänzend wollen wir Weiterbildungs- und Begleitangebote ausbauen, die den Verbleib im Pflegeberuf erleichtern. Wir streben die Einrichtung eines Pflege-Masterstudiengangs an, um die Grundlage für den Einsatz hochqualifizierter „Community Health Nurses“ (studierte Pflegefachpersonen mit Einsatz in Versorgung und Prävention) zu schaffen.

Wir werden die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse beschleunigen und vereinfachen, damit qualifizierte Fachkräfte schneller in den Arbeitsmarkt integriert werden können. Hierzu werden wir gezielte Ankommensprogramme entwickeln. Gleichzeitig wollen wir Menschen fördern, die nach Jahren in anderen Berufsfeldern wieder in die Pflege einsteigen wollen – mit individueller Qualifizierung, Mentoring und adäquater Beratung.

Wir setzen uns für die Einrichtung einer Pflegekammer in Berlin ein. Sie soll zur Weiterentwicklung des Berufsbildes Pflege sowie zur Weiterentwicklung und Sicherung pflegerischer Standards beitragen und die Interessen der Pflege vertreten. Eine staatliche Anschubfinanzierung in den ersten Jahren ist dabei sicherzustellen.

Wir werden die Pflegeinfrastruktur gezielt ausbauen und an den tatsächlichen Bedarf anpassen. Dazu gehört insbesondere die Schaffung zusätzlicher Pflegeplätze sowie der Ausbau der Kurzzeitpflege, um Übergangs- und Entlastungssituationen besser abzufedern. Gleichzeitig fördern wir innovative Wohn- und Pflegeformen, etwa Pflege-Wohngemeinschaften, die ein selbstbestimmtes Leben auch bei Pflegebedarf ermöglichen und neue Wege in der Versorgung eröffnen.

Die digitale Transformation des Gesundheitswesens werden wir weiter vorantreiben. Ziel ist eine vernetzte Infrastruktur, die eine sichere und schnelle Verfügbarkeit relevanter Gesundheitsdaten ermöglicht und so die Qualität und Effizienz der Versorgung der Berlinerinnen und Berliner verbessert. Gleichzeitig verbessern wir die datenschutzkonforme Sekundärnutzung von Daten aus der Versorgung, um die Gesundheitsversorgung mittelfristig bedarfsgerecht weiterzuentwickeln und vorhandene Ressourcen effektiv zu nutzen.

Wir werden die Berliner Krankenhäuser krisenfest machen und ihre Resilienz nachhaltig stärken, damit sie auch bei Katastrophen, Cyberangriffen, Stromausfällen oder im Verteidigungsfall funktionsfähig bleiben. Dazu gehören der Aufbau von Personalreserven, die Verbesserung der IT-Sicherheit, der Schutz sensibler Klinikbereiche sowie der Ausbau von Vorräten an Arzneimitteln und Medizintechnik. Grundlage hierfür bilden klare Krisenpläne, regelmäßige Übungen, verlässliche Finanzierungsregelungen für notwendige Reservekapazitäten sowie eine enge Zusammenarbeit mit Bund, Ländern und Bundeswehr. Wir wollen zudem prüfen, inwieweit besonders geschützte, unterirdische Versorgungsstrukturen einen ergänzenden Beitrag zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung in Krisensituationen leisten können.

Wir werden Berlin als Innovationsstandort im Gesundheitswesen stärken. Um Innovationen schneller in die Praxis zu bringen, werden wir die engere Vernetzung der exzellenten Forschungseinrichtungen und der Gesundheitswirtschaft fördern. Dazu wollen wir gemeinsame Innovationsplattformen und Austauschforen schaffen.

Ein soziales Netz für unsere Stadt

Wir stehen für ein Berlin, in dem Zusammenhalt gelebt wird und Menschen Verantwortung füreinander übernehmen. Ziel ist es, allen Berlinerinnen und Berlinern echte Teilhabe zu ermöglichen – unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Einkommen oder ihren Lebensumständen. Wir setzen dabei auf das Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe. Dafür braucht es eine starke soziale Infrastruktur,

die die notwendige Unterstützung bietet. Unser Anspruch ist es, nicht nur Symptome zu lindern, sondern Menschen in schwierigen Lebenssituationen nachhaltig zu stärken und ihnen neue Perspektiven zu eröffnen.

Wir werden die soziale Infrastruktur in unserer Stadt ganzheitlicher planen und besser miteinander verzahnen. Dabei berücksichtigen wir von Anfang an alle relevanten Bedarfe – von der Obdachlosen- und Suchthilfe über psychiatrische Versorgungsangebote und Eingliederungshilfen bis hin zu Angeboten für ältere Menschen. Wir setzen uns für eine bedarfsgerechte Versorgung mit Unterstützungsangeboten ein – beispielsweise durch Seniorenfreizeitstätten. Gleichzeitig werden wir den Fortbestand sozialer Angebote langfristig absichern.

Unsere Stadt benötigt zudem eine verlässliche Infrastruktur für rechtliche Betreuung, die über Betreuungsvereine zuverlässig organisiert werden kann. Wir werden die rechtliche Betreuung und die Betreuungsvereine stärken und absichern, damit es für Menschen mit einem Rechtsanspruch auf diese Unterstützung ausreichend wohnortnahe Anlaufstellen gibt und soziale Härten vermieden werden.

Wir werden die Digitalisierung der Ämter für Soziales konsequent vorantreiben, um Abläufe zu vereinfachen, Verfahren zu beschleunigen und den Zugang zu Leistungen deutlich zu verbessern. Auch das Zuwendungsrecht werden wir weiter modernisieren, um sowohl Träger als auch Verwaltung von Bürokratie zu entlasten und sicherzustellen, dass öffentliche Gelder effizient für ihren eigentlichen Zweck eingesetzt werden.

Auch im Leistungsrecht braucht es klare Regeln. Gesetzlich vorgesehene Leistungskürzungen bei Personen, die sich behördlichen Maßnahmen bewusst entziehen, müssen konsequent umgesetzt werden. Dafür werden wir die Zusammenarbeit zwischen dem Landesamt für Einwanderung und den Bezirken durch einen verbindlichen Datenaustausch verbessern.

Wir fordern eine Reform des Sozialrechts auf Bundesebene und werden gemeinsam mit anderen Bundesländern eigene Impulse für eine Vereinfachung einbringen. Die Empfehlungen der Kommission zur Sozialstaatsreform sind für uns dabei handlungsleitend.

Unser Ziel ist, dass Menschen mit Behinderungen selbstbestimmt und gleichberechtigt am Arbeitsleben teilhaben können. Deshalb wollen wir die Vermittlung auf den ersten Arbeitsmarkt ebenso wie Inklusionsbetriebe und Werkstätten stärken. Inklusion verstehen wir als soziale Verantwortung und wirtschaftliche Chance zugleich, gerade mit Blick auf den Fachkräftemangel. Deshalb wollen wir bürokratische Hürden abbauen und insbesondere kleine und mittlere Unternehmen besser unterstützen, Menschen mit Behinderungen einzustellen. Gerade Kleinstunternehmen bieten in Berlin ein großes Potenzial für mehr Teilhabe am Arbeitsleben. Wir wollen deshalb eine zentrale Beratungsstelle des Landes Berlin für Arbeitgeber einrichten, die Unternehmen gezielt bei Fragen der Beschäftigung, Fördermöglichkeiten und Inklusion unterstützt. Zudem setzen wir uns für eine Stärkung der Schwerbehindertenvertretungen und bessere Rahmenbedingungen für ihre Arbeit ein.

Wir haben in Berlin ein Projekt auf den Weg gebracht, das Frauen beim Ausstieg aus der Prostitution unterstützt. Denn viele betroffene Frauen erleben hierdurch Gewalt, Ausbeutung und schwere seelische Belastungen. Diese erfolgreiche Arbeit wollen wir fortsetzen und weiter ausbauen. Bestehende Ausstiegsprogramme sowie soziale und gesundheitliche Unterstützungsangebote für Prostituierte werden wir gezielt stärken. Männliche Prostitution verlieren wir dabei nicht aus dem Blick.

Chancen bieten - Armut bekämpfen

Unser Ziel ist es, Armut wirksam zu bekämpfen, Chancen zu eröffnen und allen Menschen ein Leben in Würde und Teilhabe zu ermöglichen. Dabei gilt für uns: Arbeit ist der beste Schutz vor Armut. Deshalb setzen wir darauf, mehr Menschen in Arbeit zu bringen und ihnen echte Aufstiegsperspektiven zu eröffnen. Gleichzeitig stellen wir sicher, dass diejenigen, die Unterstützung benötigen, sich auf unseren Sozialstaat verlassen können.

Wir setzen auf Aufklärung und gesellschaftliche Sensibilisierung, um Vorurteile abzubauen und Solidarität zu stärken. Zivilgesellschaftliche Initiativen wie „Armut eine Stimme geben“ wollen wir gezielt unterstützen. Ziel ist ein respektvoller, kompetenter Umgang mit von Armut betroffenen und obdachlosen Menschen in Zivilgesellschaft, Politik, Verwaltung und Wirtschaft.

Altersarmut, von der Frauen besonders betroffen sind, wollen wir wirksam bekämpfen. Deshalb richten wir unsere Politik auf gute und sichere Arbeitsplätze sowie eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf aus.

Wir wollen haftungsrechtliche und steuerliche Hürden für Lebensmittelspenden abbauen, um die Weitergabe genießbarer Lebensmittel gezielt zu stärken. Unternehmen sollen stärker darin unterstützt werden, überschüssige Lebensmittel verantwortungsvoll für soziale Zwecke bereitzustellen und so gleichzeitig Lebensmittelverschwendung wirksam zu reduzieren. Dazu setzen wir uns für eine Bundesratsinitiative ein, die steuerliche Erleichterungen, klare Haftungsregelungen sowie die Einführung der Rechtsfigur des „karitativen Lebensmittelunternehmers“ auf EU-Ebene vorantreibt.

Wir wollen Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Familien stärken und ihre Eigeninitiative fördern. Einkommen aus Schülerjobs, Ferienarbeit oder Ausbildung sollen künftig nicht mehr auf Sozialleistungen der Eltern angerechnet werden. So fördern wir Eigeninitiative und ermöglichen jungen Menschen, früh Verantwortung für sich selbst zu übernehmen.

Kinderarmut werden wir entschlossen bekämpfen. Jedes Kind verdient gleiche Chancen auf Bildung, Förderung und ein selbstbestimmtes Leben – unabhängig vom Elternhaus. Für uns sind ein starkes soziales Hilfenetz und gute Bildungsangebote der zentrale Schlüssel im Kampf gegen Kinderarmut. Ziel ist es, bestehende Leistungen einfacher zugänglich zu machen und stärker in den Alltag von Kindern zu integrieren. Denn häufig scheitert die Inanspruchnahme von Leistungen – etwa aus dem Bildungs- und Teilhabepaket – nicht am Angebot, sondern an bürokratischen Hürden, fehlender Information oder komplizierten Verfahren. Wir stellen sicher, dass die Beratung zum Bildungs- und Teilhabepaket dauerhaft als fester Bestandteil der sozialen Infra-

struktur des Landes Berlin weitergeführt wird. Deshalb werden wir einen „Berliner Chancenpass“ einführen, der die Leistungen bündelt, entbürokratisiert und digital zugänglich macht. Als einfach und intuitiv bedienbare App soll er Kindern und ihren Familien einen Überblick über Angebote im Kiez geben und einen direkten Zugang zu Bildungs- und Freizeitangeboten ermöglichen – etwa für Sportvereine, Musikschulen oder Nachhilfe. Der „Chancenpass“ soll dabei auch unmittelbar genutzt werden können, beispielsweise als Eintrittskarte für den Schwimmbadbesuch.

Wohnungslosigkeit verhindern und Obdachlosenhilfe stärken

Wohnungslosigkeit ist eine der drängendsten sozialen Herausforderungen unserer Stadt. Für uns ist klar: Jeder Mensch verdient Würde, Schutz und eine Perspektive. Unser Ziel ist es, Wohnungslosigkeit wirksam zu bekämpfen, Hilfen frühzeitig anzusetzen und bestehende Hilfestrukturen bedarfsgerecht weiterzuentwickeln. Dabei kann Housing First ein Ansatz sein.

Die aufsuchende Sozialarbeit werden wir neu strukturieren und dazu die Bezirke gezielt stärken, damit Hilfen die Menschen dort erreichen, wo sie sich tatsächlich aufhalten. Gleichzeitig werden wir die Unterkünfte der Obdachlosenhilfe stärker am Bedarf der obdachlosen Menschen ausrichten und dabei insbesondere psychiatrische und Suchterkrankungen sowie Behinderungen berücksichtigen. Auch für Frauen, die in der Obdachlosigkeit besonderen Gefahren ausgesetzt sind, werden wir gezielt mehr geeignete Angebote schaffen.

Wir wollen mehr niedrigschwellige, sichere und betreute Unterbringungsformen für Menschen schaffen, die reguläre Angebote nicht nutzen können. Wir setzen uns für die Einrichtung eines „Hauses der Hilfe“ als zentrale Anlaufstelle für Obdachlose in Berlin ein. Das erfolgreiche Neuköllner Projekt der Safe Places werden wir in ein Landesprogramm überführen und damit eine Angebotslücke in der Obdachlosenhilfe schließen.

Wir werden die medizinische Versorgung für von Obdachlosigkeit betroffene und nicht krankenversicherte Menschen verbessern und uns dazu an dem Konzept der Landesgesundheitskonferenz orientieren. Ambulante Gesundheitszentren, psychiatrische Versorgungsangebote und Angebote wie die Obdachlosen-Krankenwohnung sind in allen Bezirken zu verankern und mit bestehenden Angeboten zur dauerhaften Stabilisierung zu verknüpfen.

Wohnungslosigkeit wollen wir verhindern, bevor sie überhaupt entsteht. Deshalb wollen wir Schuldner- und Sozialberatungen ausbauen, Prävention ermöglichen, behördliche Entscheidungszeiten bei Mietschuldenübernahmen verkürzen und für schnelle, mehrsprachige und niedrigschwellige Hilfsangebote sorgen.

Für Menschen aus anderen EU-Staaten, die in Berlin ohne Perspektive gestrandet sind, setzen wir verstärkt auf Rückkehrprogramme und Unterstützung im Herkunftsland. Wir setzen auf die Bundesregierung als Partner, um die Unterstützung der Herkunftsländer für eine gezielte soziale Betreuung und Unterstützung am Herkunftsort sicherzustellen. Gleichzeitig setzen wir uns für eine konsequentere Überprüfung der europäischen Freizügigkeitsregelungen ein. Die Empfehlung der Kommission zur Sozialstaatsreform zur Einschränkung des Zugangs von EU-Ausländern zu Sozialleistungen unterstützen wir ausdrücklich und fordern eine schnelle Umsetzung auf nationaler und europäischer Ebene.

Das System der ordnungsrechtlichen Unterbringung von Obdachlosigkeit betroffener Menschen werden wir durch die Bekämpfung von organisiertem Betrug spürbar entlasten, damit Hilfe tatsächlich bei denen ankommt, die sie wirklich brauchen. Die Bemühungen der Bundesregierung, die Rechtmäßigkeit von Leistungsbezug künftig stärker zu kontrollieren, unterstützen wir durch geeignete Strukturen auf Landesebene und setzen uns für einen bundesweiten Schwerpunkt der Bekämpfung von Leistungsmissbrauch in Berlin ein.

Was wir für ein gerechtes Berlin NICHT brauchen

**Berlin wird
NICHTS
mit Links**

- ▶ **Klientelpolitik zulasten der Mehrheit**
- ▶ **Unrealistische sozialpolitische Versprechungen, die vom Normalbürger bezahlt werden müssen**
- ▶ **Pauschale Kostenlos-Stadt für alle**
- ▶ **Falsche Anreize für Leistungsbezieher**
- ▶ **Eine neue Schuldenpolitik, die Steuergeld mit der Gießkanne verteilt**
- ▶ **Künstliches Aufblasen des Verwaltungsapparats durch noch mehr Beauftragtenstrukturen**

10.

Berlin wird

einig.

**Für mehr
Zusammenhalt
und Einigkeit.**

10.



Berlin wird einig. Für mehr Zusammenhalt und Einigkeit.

Einst eine geteilte Stadt, ist Berlin mittlerweile zusammengewachsen: Berlin ist Ost und West. Berlin ist Hertha und Union. Berlin ist Boomer und GenZ. Berlin ist Techno und Kleingarten. Berlin existiert außerhalb und innerhalb des S-Bahn-Ringes.

Menschen aus ganz Deutschland, Europa und allen Ecken der Welt leben und lieben hier, arbeiten und bringen sich ein. Wir lieben Berlin und Berlin liebt die Liebe: Egal ob klassische Familien, Patchwork- und Trennungsfamilien, Pflegefamilien, Alleinerziehende mit ihren Kindern oder gleichgeschlechtliche Beziehungen, sie alle finden in Berlin Heimat!

Mit kostenloser Hortbetreuung bis in Klasse 3 und kostenlosen Schwimmkursen haben wir Familien ganz konkret entlastet. Durch einen Startbonus und praxisnahe Regelungen machen wir den Alltag von Berlins Pflegefamilien leichter. Für mehr Zusammenhalt in den Kiezen stehen die Berliner Stadtteilmütter jedes Jahr rund 50.000 Familien beratend zur Seite. Und auch die „Berliner Hausbesuche“ sind ein echter Erfolg: Senioren in ganz Berlin bekommen Unterstützung und Beratung zu Gesundheit, Pflege und Freizeitangeboten – ganz niedrigschwellig im eigenen Zuhause.

Ehrenamt und Sport, Kunst und Kultur machen Berlin lebenswert: Wir investieren 40 Millionen Euro in neue Schwimmbäder und unterstützen mit der Sportmilliarde des Bundes die Sanierung von Sportanlagen in allen Bezirken. Mit über 3 Millionen Gästen pro Jahr boomen Berlins Bühnen, nirgendwo sonst wird mehr ins Kino oder Museum gegangen.

X. Berlin wird einig.



Starke Familien

Viele Familien wünschen sich mehr Zeit füreinander. Für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf setzen wir uns für flexiblere Arbeitszeiten und moderne Arbeitszeitmodelle für verschiedene Lebensphasen ein. Dazu gehört auch die Einführung einer Wochenarbeitszeit auf Bundesebene.

Neben der Familie sind Kindertagesstätten und die Kindertagespflege zentrale Orte frühkindlicher Bildung. Eltern müssen sich darauf verlassen können, dass ihre Kinder hier gut betreut und gefördert werden. Deshalb setzen wir uns für ausreichend verfügbare, qualitativ hochwertige und verlässliche Betreuungsplätze für alle Altersstufen ein. Wir werden eine Qualitätsoffensive für Kitas mit einem klaren Schwerpunkt auf Sprachbildung und der Qualifizierung des pädagogischen Personals starten. Gleichzeitig sorgen wir für eine solide Finanzierung sowie den Ausbau von flexibleren und längeren Betreuungsangeboten, z.B. beim bedarfsgerechten Ausbau von Betriebskindergärten und neuen Tagesmüttern und -vätern. Auch multiprofessionelle Strukturen und die Kita-Sozialarbeit werden wir weiter stärken. Zusätzlich werden wir die Digitalisierung zur Unterstützung der Arbeit in der frühkindlichen Bildung weiter vorantreiben, um Verwaltungsprozesse zu vereinfachen, Eltern besser einzubinden und die Kommunikation zwischen Familien, Einrichtungen und der Verwaltung zu verbessern.

Gerade Beschäftigte bei Feuerwehr, Polizei, im Gesundheitswesen oder in anderen Berufen mit wechselnden Arbeitszeiten sind auf verlässliche Betreuung auch in den Abend-, Nacht- und frühen Morgenstunden angewiesen. Speziell für diese Berufsgruppen setzen wir uns für den Ausbau von sogenannten 24-Stunden-Kitas ein, die auch eine Betreuung zu Rand- und Nachtzeiten möglich machen. Ein mobiles, individuelles Betreuungsangebot sollte ebenfalls ermöglicht und ausgebaut werden.

Einen besonderen Schwerpunkt legen wir auf die Unterstützung von Alleinerziehenden. Wir wollen das Netzwerk für Alleinerziehende weiter ausbauen und ihre Lebenssituation konkret verbessern. Wir setzen uns für besseren Schutz vor Wohnraumverlust sowie verlässliche Unterstützung in akuten Lebenslagen ein. Flexible und kostenfreie Betreuungsangebote, insbesondere in Randzeiten, sollen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern. Gleichzeitig wollen wir die beruflichen Chancen Alleinerziehender durch familiengerechte Weiterbildungsangebote, mehr Homeoffice-Möglichkeiten im öffentlichen Dienst und die Sensibilisierung von Arbeitgebern stärken. Auf Bundesebene setzen wir uns für eine bessere finanzielle Absicherung durch höhere steuerliche Entlastungen, eine gerechtere Anrechnung des Kindergeldes und verbesserte Wohngeldregelungen ein.

Pflegefamilien leisten einen unverzichtbaren Beitrag für den Schutz und das sichere Aufwachsen von Kindern in schwierigen Lebenssituationen. Deshalb haben wir Pflegefamilien bereits gezielt

gestärkt – etwa mit dem „Startbonus Pflegekind“, zusätzlichen Unterstützungsangeboten und dem Abbau bürokratischer Hürden. Diesen Weg wollen wir konsequent fortsetzen und Pflegeeltern in ihrem anspruchsvollen Alltag noch besser unterstützen. Dazu werden wir auch niedrigschwellige psychosoziale Hilfsangebote weiter ausbauen und uns auf Bundesebene weiter für ein Elterngeld für Pflegefamilien einsetzen.

Unser Ziel ist es, alle familienbezogenen Leistungen zentral und digital über das Berliner Familienportal zugänglich zu machen – inklusive automatisierter Beantragung von Kindergeld, Elterngeld und Kitagutscheinen.

Wir wollen die Familienzentren auch an Kitas und Grundschulen weiterentwickeln und mehr Kitas und Grundschulen mit Familienzentren verbinden. Außerdem setzen wir uns dafür ein, die Familienservicebüros in ihrem Leistungsumfang zu erweitern. Alle Leistungen, die Familien in unserer Stadt zustehen, sollen hier gebündelt beantragt werden können, damit Beratung und Unterstützung aus einer Hand erfolgen.

Behörden wollen wir familienfreundlicher gestalten – mit priorisierten Zugängen („Überholspuren“) für Familien, angepassten Öffnungszeiten und kinderfreundlichen Angeboten wie Spiel-ecken vor Ort.

Jugendfreizeiteinrichtungen sind weit mehr als Freizeitangebote. Sie sind Orte der Begegnung, der Orientierung und der Prävention. Gerade in einer wachsenden Stadt brauchen Kinder und Jugendliche verlässliche Anlaufstellen im Kiez, die Gemeinschaft ermöglichen und Unterstützung bieten. Deshalb wollen wir Jugendfreizeiteinrichtungen weiter ausbauen und sie konsequent modernisieren. Dazu gehört auch eine zeitgemäße digitale Ausstattung, damit Jugendarbeit junge Menschen besser erreicht und Angebote stärker an ihrer Lebensrealität ausgerichtet werden können.

Neben Jugendfreizeiteinrichtungen wollen wir diverse Orte in Berlin für Kinder und Jugendliche zugänglicher machen. Wir wollen Calisthenikanlagen in Parks ausbauen und ungenutzte öffentliche Räume so umgestalten, dass sich Kinder und Jugendliche dort ungestört aufhalten können.

Ein Miteinander der Generationen

Die Seniorenarbeit in den Bezirken wollen wir weiter ausbauen und dabei Kooperationen mit kirchlichen und freien Trägern prüfen, um das Gesamtangebot zu erweitern. Wir setzen uns für eine bedarfsgerechte Anzahl an Senioreneinrichtungen ein, insbesondere in Form von wohnort-nahen Begegnungsorten und Seniorenfreizeitstätten in den Bezirken.

Aktivplätze für Senioren werden wir erhalten und die Bezirke dabei unterstützen, sie besser in-stand zu halten, auszubauen und allen Generationen zugänglich zu machen. Diese Orte sollen als Begegnungsorte dienen, an denen Jung und Alt über Spaß, Spiel und körperliche Bewegung zueinander geführt werden sollen.

Die Digitalisierung bietet große Chancen, darf aber niemanden ausschließen. Um älteren Menschen den Zugang zu digitalen Dienstleistungen zu erleichtern, wollen wir in kommunalen Einrichtungen betreute Anlaufstellen schaffen, an denen digitale Angebote wie Verwaltungsportale, Online-Banking oder Postdienste mit Unterstützung von geschulten und zur Vertraulichkeit verpflichteten Helfern sicher genutzt werden können. Ergänzend dazu sollen niedrigschwellige, praxisnahe Schulungsangebote zur Nutzung von Online-Dienstleistungen ausgebaut werden, um digitale Kompetenzen im Alltag älterer Menschen dauerhaft zu stärken.

Wir werden Einsamkeit als gesellschaftliches Problem angehen und lokale Kiez- und Nachbarschaftstreffen fördern. Alle Stadtteilzentren sollen wöchentliche Einsamkeitssprechstunden anbieten und auf die vielfältigen Vernetzungsangebote hinweisen.

Wir wollen „Plauderbänke“ fördern, die in Parks und auf großen Plätzen zum Austausch und zum offenen Gespräch einladen.

Verantwortung in Vielfalt

Wir setzen uns für eine umfassende Stärkung der inneren Sicherheit und des subjektiven Sicherheitsgefühls ein. Zur Aufhellung des Dunkelfeldes queerfeindlicher Straftaten forcieren wir unter anderem eine flächendeckende Videoüberwachung an kriminalitätsbelasteten Orten sowie im ÖPNV mit einer Speicherdauer von mindestens 96 Stunden.

Bestehende Schutz-Anlaufstellen führen wir bedarfsgerecht fort.

Neben technischer Aufrüstung muss die sichtbare Präsenz der Berliner Polizei deutlich erhöht werden. Wir ergänzen dies durch moderne Infrastruktur wie eine bessere Beleuchtung von Angsträumen und die Installation moderner Notrufsäulen in Ausgehvieteln.

Gleichzeitig fördern wir das menschliche Miteinander durch stadtweite Kampagnen zur Zivilcourage, damit Berliner im öffentlichen Raum achtsam eingreifen können. Unser Ziel ist eine handlungsfähige Strafverfolgung und eine zügige Justiz, die auf jede Form von Einschüchterung konsequent und spürbar reagiert.

Zudem sichern wir die finanzielle Unterstützung für identitätsstiftende Großveranstaltungen und fördern generationenübergreifende Wohn- sowie Begegnungsorte.

Wir setzen uns weiter dafür ein, die verfassungsrechtliche Vervollständigung des Artikel 3 im Grundgesetz um das Merkmal „sexuelle Identität“ voranzutreiben und abzuschließen.

Sporthauptstadt Berlin

Mehr als 800.000 Berlinerinnen und Berliner engagieren sich in über 2.300 Sportvereinen. Hinzu kommen viele Menschen, die individuell Sport treiben – auf Laufstrecken, in Parks, auf dem Wasser oder in Fitnessanlagen. Wir verstehen Sport als eine verbindende Kraft unserer Stadt.

Er überwindet soziale, kulturelle, religiöse und weltanschauliche Unterschiede. Er fördert Werte wie Fairness, Respekt, Teamgeist, Leistungsbereitschaft und Verantwortung. Damit ist er weit mehr als Freizeitgestaltung – er ist ein wichtiger Bestandteil des Miteinanders in unserer Stadt und ein essenzielles Element des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Sport leistet zugleich einen zentralen Beitrag für Gesundheit, Bildung und persönliche Entwicklung. Kinder und Jugendliche lernen durch Bewegung den Umgang mit dem eigenen Körper, das Verhalten in der Gruppe, das Erleben von Erfolg und den Umgang mit Niederlagen. Sport ist außerdem ein bedeutender Wirtschafts- und Standortfaktor für Berlin. Das betrifft die großen nationalen und internationalen Sportveranstaltungen genauso wie die Vereinsarbeit in den Bezirken oder die Fitness- und Gesundheitswirtschaft sowie den Tourismus in der Stadt.

Berlin ist die Hauptstadt des Leistungssports: Mit dem Olympiastützpunkt sowie Bundes- und Landesstützpunkten verfügt unsere Stadt über hervorragende Trainings- und Entwicklungsbedingungen für Spitzensportlerinnen und Spitzensportler. Insgesamt bieten 19 Bundesstützpunkte und 30 Landesstützpunkte mehr als 2.500 Kaderathletinnen und Kaderathleten optimale Voraussetzungen für eine erfolgreiche Wettkampfvorbereitung. Sportevents von internationaler Bedeutung sind die Visitenkarte Berlins als eine der Sporthauptstädte Europas.

In allen Bereichen leisten der Landessportbund und der Behinderten- und Rehabilitations-Sportverband wichtige Arbeit. Wir wollen die enge Zusammenarbeit mit diesen Partnern als Dachorganisationen des Berliner Sports und zentralen Partnern für Vereine, Ehrenamt und sportliche Infrastruktur stärken.

Die Mischung aus Breiten-, Spitzen- und Individualsport macht Berlin zu einer einzigartigen Sportmetropole in Europa. Diese Stärke wollen wir weiter ausbauen – mit moderner Infrastruktur, starken Vereinen, guten Bedingungen für Nachwuchs- und Leistungssportler sowie internationalen Veranstaltungen mit Strahlkraft.

Viele Berliner Sportanlagen sind sanierungsbedürftig. Der über Jahre entstandene Investitionsstau ist zu einer der größten Herausforderungen für den Berliner Sport geworden. Allein bei den von den Bezirken verwalteten öffentlichen Sportstätten besteht in den kommenden vier Jahren ein Sanierungsbedarf von über 400 Millionen Euro. Wir werden das Sportstätten-sanierungsprogramm deshalb konsequent ausbauen und langfristig finanziell absichern. Unser Ziel ist eine umfassende, zweck- und bedarfsgerechte Sanierung der Berliner Sportstätten. Pragmatismus, Bürokratiearmut und Barrierefreiheit müssen dabei Hand in Hand gehen, um den Berlinerinnen und Berlinern die durchgängige Nutzung ihrer Sportanlagen zu ermöglichen. Zugleich werden wir mehr Planungssicherheit für Bezirke und Vereine schaffen – durch eine verlässliche Sanierungsstrategie, eine bessere Datengrundlage und beschleunigte Genehmigungsprozesse. Dabei ist sicherzustellen, dass alle Sportarten gleichermaßen berücksichtigt werden.

Wir setzen uns dafür ein, Sportstätten im Zuge von Sanierungen umwelt- und klimaverträglich zu modernisieren. Dabei wollen wir nicht nur bauliche Mängel beseitigen, sondern zugleich energetische Standards verbessern und multifunktionale Nutzungen ermöglichen. Gleichzeitig wollen wir rechtssichere Rahmenbedingungen schaffen, damit gemeinnützige Sportvereine durch den Betrieb erneuerbarer Energiequellen – insbesondere zur Eigenversorgung und in begrenztem

Umfang auch zur Einspeisung – zusätzliche Einnahmen erzielen können, ohne ihre Gemeinnützigkeit zu gefährden. Wir wollen, dass Sportanlagen künftig moderner, nachhaltiger und besser ausgelastet sind.

Die Berliner Bäderlandschaft ist ein wichtiger Bestandteil der städtischen Infrastruktur. Funktionierende Schwimmbäder sind unverzichtbar für Schwimmbildung, Gesundheitsvorsorge, Breitensport und Vereinsarbeit. Unser Ziel ist, dass die Berlinerinnen und Berliner wieder auf verlässliche Öffnungszeiten, moderne Ausstattung und ausreichend Kapazitäten in den Bädern zählen können. Dafür werden wir die Unternehmensführung und -struktur der Berliner Bäder-Betriebe einer kritischen Revision unterziehen. Unser Anspruch ist, dass bestehende Probleme schnell und wirksam beseitigt werden. Gleichzeitig werden wir die Berliner Bäderlandschaft umfassend modernisieren und langfristig sichern. Bestehende Anlagen wollen wir umweltgerecht und dadurch energiesparsam sanieren, neue Wasserflächen dort schaffen, wo der Bedarf besonders hoch ist, und Betriebsabläufe effizienter gestalten. Typenschwimmbahnhallen sind dabei eine effiziente Möglichkeit, in ganz Berlin zusätzliche Wasserflächen zu schaffen. Schul- und Vereinssport bilden einen zentralen Schwerpunkt unserer Bäderpolitik.

Wir werden uns auf Bundes- und Europaebene mit Nachdruck dafür einsetzen, dass Berlin stärker von Förderprogrammen für Sportstätten, Großveranstaltungen und Nachwuchsförderung profitiert. Wir wollen, dass die Hauptstadt ihrer nationalen Bedeutung entsprechend berücksichtigt wird. Kooperationen mit Bundesinstitutionen, Sportverbänden und Förderbanken werden wir gezielt ausbauen. Wir sehen es als unsere Aufgabe, zusätzliche Investitionen nach Berlin zu holen und damit die finanzielle Grundlage für den Sport nachhaltig zu stärken. Wir wollen die Leistungssportförderung in Berlin an den Bundesstandard angleichen, um vergleichbare Rahmenbedingungen und Wettbewerbsfähigkeit im nationalen Vergleich sicherzustellen.

Wir werden die ganzjährige Nutzbarkeit von Sportflächen konsequent verbessern. Dabei setzen wir auf moderne Beleuchtungssysteme, witterungsbeständige Beläge und bessere organisatorische Lösungen, damit Trainingszeiten optimal genutzt werden können. Wir wollen, dass insbesondere Kinder und Jugendliche auch in den Wintermonaten ausreichend Trainingsmöglichkeiten haben. Mobile Sporthallen sind eine effiziente Möglichkeit, um ungedeckte Sportanlagen auch in der kalten Jahreszeit zu nutzen. Wir stehen zur Berliner Praxis, dass öffentliche Sportanlagen im Rahmen der geltenden Regelungen und verfügbarer Kapazitäten für die freie sportliche Betätigung offenstehen und wollen das auch zukünftig sichern.

Wir wollen den ersten schwimmenden Fußballplatz Berlins. Dafür bietet sich die Rummelsburger Bucht an. Wir werden eine Machbarkeitsstudie in Auftrag geben und prüfen, wie sich das vor Ort konkret realisieren lässt. Damit endlich der Bedarf und die Nachfrage von Kindern und Jugendlichen gedeckt werden kann, die dort Fußball spielen wollen und aktuell keinen Platz dafür finden.

Für die von uns angestoßene Realisierung der Sanierung des Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportparks planen wir für die Außenanlage des Cantian-Stadions inklusive und barrierefreie Sportstätten, die von möglichst vielen Mitgliedern umliegender Sportvereine genutzt werden können.

Den Masterplan Sportforum Hohenschönhausen werden wir so anpassen, dass das Fußballstadion im Sportforum Hohenschönhausen für die 3. Liga ertüchtigt werden kann. Im Bestand, ohne Neubau – in enger Abstimmung mit den aktuellen Nutzern des Stadions.

Wir wollen, dass Kinder und Jugendliche früh Freude an Bewegung entwickeln. Deshalb werden wir Sport-AGs an Kitas und Schulen gezielt ausbauen und die Zusammenarbeit mit Sportvereinen stärken. Zudem wollen wir mehr Kooperationen zwischen Schulen und Vereinen ermöglichen und bürokratische Hürden abbauen. Wir setzen uns dafür ein, dass Sportangebote auch am Nachmittag flächendeckend verfügbar sind und soziale Unterschiede kein Zugangshindernis darstellen.

Mit dem weiteren Ausbau von „Sport 365“ wollen wir ganzjährige, wohnortnahe Sportangebote für Kinder und Jugendliche in allen Bezirken schaffen. Gerade für viele junge Menschen bieten Sportvereine und offene Sportangebote Struktur, Orientierung und positive Gemeinschaftserfahrungen im Alltag.

Wir setzen uns zudem für den Erhalt und die Weiterentwicklung bewährter Kooperationsprogramme zwischen Profisport, Kitas und Schulen – wie „Profivereine machen Kita“ und „Profivereine machen Schule“ – ein, um frühzeitig Begeisterung für Bewegung zu fördern und den Zugang zum Sport für Kinder nachhaltig zu stärken.

Um sportliche Begabungen früh erkennen und gezielt fördern zu können, werden wir die frühzeitige Talentsichtung und -förderung systematisch ausbauen. Dazu wollen wir die Zusammenarbeit zwischen Schulen, Vereinen und Leistungszentren intensivieren. Die Vereinbarkeit von Spitzensportförderung und gesicherter schulischer Ausbildung hat für uns Priorität. Nachwuchssportlerinnen und Nachwuchssportler sollen flexible schulische Rahmenbedingungen erhalten, damit sie Leistungssport und Bildung erfolgreich miteinander verbinden können. Darüber hinaus unterstützen wir dezentrale Nachwuchsförderung, um Kindern und Jugendlichen durch kurze Anfahrtswege den Zugang zum Spitzensport zu erleichtern.

Die Eliteschulen des Sports sind ein unverzichtbarer Bestandteil der Berliner Sport- und Bildungslandschaft. Sie ermöglichen die erfolgreiche Verbindung von schulischer Bildung und Leistungssport. Wir wollen sie weiter stärken – mit modernen Sportstätten und guten Trainingsbedingungen.

Unser Ziel ist, dass jedes Kind in Berlin das Schwimmen erlernt. Die Schwimmbildung sehen wir als zentralen Bestandteil der Sicherheitsvorsorge und der Chancengerechtigkeit im Sport. Wir setzen uns für mehr Möglichkeiten des Schwimmunterrichts ab dem 3. Lebensjahr ein. Das Schulschwimmen werden wir nachhaltig stärken, damit jedes Kind in Berlin spätestens in der Schule sicher schwimmen kann. Dazu sind ausreichend Wasserflächen bereitzustellen und organisatorische Abläufe zu verbessern. Wir setzen außerdem auf zusätzliche Schwimmlehrkräfte, moderne Lehrkonzepte und eine bessere Koordination zwischen Schulen und Bäderbetrieben. Den Ausbau der bezirklichen Schwimmzentren gilt es dabei zu fördern.

Das Rückgrat des Berliner Sports sind seine Vereine und das ehrenamtliche Engagement vie-

ler Menschen. Trainerinnen und Trainer, Übungsleiter, Vorstände und Helfer leisten jeden Tag Großartiges für unsere Stadt. Wir werden dieses Engagement stärker anerkennen, bürokratische Hürden abbauen und Förderverfahren vereinfachen. Darüber hinaus setzen wir uns für bessere Qualifizierungsangebote und eine sichtbare Wertschätzung ein. Gleichzeitig wollen wir professionelle Strukturen ausbauen, die Ehrenamtliche unterstützen. Hauptamtliche Ansprechpartner, klare Zuständigkeiten, bedarfsgerechte Beratung und einfache Förderprogramme sollen Vereine entlasten und das Ehrenamt stärken.

Wir wollen Sportangebote in allen Bezirken stärken und niedrigschwellige Zugänge ermöglichen. Wir unterstützen Initiativen, die Menschen unterschiedlicher Herkunft, Generationen und Lebenslagen zusammenbringen.

Wir werden Barrierefreiheit konsequent bei allen Sanierungen sowie Neubauten von Sportstätten berücksichtigen und Sportangebote so gestalten, dass sie allen Berlinerinnen und Berlinern offenstehen. Wir setzen dabei auf moderne Standards, inklusive Planung und enge Zusammenarbeit mit allen Interessenträgern.

Unser Ziel ist es, Berlin zur führenden Sportmetropole Europas weiterzuentwickeln. Dazu gehören moderne Trainingsstätten, verlässliche Förderstrukturen und optimale Bedingungen für Athletinnen und Athleten aller Disziplinen. Wir sehen im Leistungssport einen wichtigen Bestandteil der internationalen Sichtbarkeit und Attraktivität unserer Stadt. Wir unterstützen die Modernisierung der Leistungssportzentren Olympiapark und des Sportforums Hohenschönhausen mit dem dort integrierten Olympiastützpunkt.

Wir erkennen Profisportvereine als wichtigen Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens in Berlin an. Wir sehen sie als Identifikationspunkte für viele Menschen und als bedeutende Botschafter unserer Stadt. Vereine wie Hertha BSC, 1. FC Union Berlin, ALBA Berlin, die Füchse Berlin, die Eisbären Berlin oder die BR Volleys sind Identifikationspunkte für viele Menschen und bedeuten Botschafter unserer Stadt – ebenso wie viele weitere Vereine in unterschiedlichen Sportarten. Wir wollen verlässliche Rahmenbedingungen schaffen, die wirtschaftliche Stabilität, Nachwuchsförderung und gesellschaftliches Engagement ermöglichen. Wir unterstützen Kooperationen zwischen Profivereinen, Schulen und sozialen Einrichtungen. Wir sind stolz auf die vielfältige Fanszene in Berlin und wollen sie bspw. im Rahmen von Fanprojekten unterstützen.

Wir werden den Profisport als Aushängeschild Berlins stärken und moderne Rahmenbedingungen für internationale Wettbewerbsfähigkeit schaffen. Wir begleiten den Stadionneubau von Hertha BSC, den Neubau einer Arena für ALBA Berlin sowie die Erweiterung des Stadions von 1. FC Union Berlin konstruktiv und verlässlich. Wir achten dabei auf Wirtschaftlichkeit, Nachhaltigkeit und die Interessen der Berlinerinnen und Berliner.

Wir unterstützen ausdrücklich eine deutsche Olympiabewerbung mit starker Beteiligung Berlins. Olympische und Paralympische Spiele sind eine große Chance, unsere Stadt als moderne, welt-offene und leistungsfähige Metropole zu präsentieren. Wir sehen in den Olympischen Spielen einen starken Impuls für nachhaltige Investitionen in Sportinfrastruktur, Mobilität und Stadtentwicklung – für Berlin und weit darüber hinaus. Davon profitiert nicht nur der Spitzensport,

sondern vor allem auch der Breitensport durch zusätzliche Trainingsstätten, neue Bewegungsangebote und Förderprogramme. Wir wollen die Bewerbung mit einem Fokus auf Nachhaltigkeit gestalten und im engen Dialog mit der Stadtgesellschaft entwickeln. Vorhandene Sportstätten und Infrastrukturen sind intelligent zu nutzen und nur dort zu ergänzen, wo es langfristig sinnvoll ist.

Wir werden internationale Sportgroßveranstaltungen aktiv fördern und Berlin als Austragungsort weiter etablieren. Wir sehen in Spitzenevents einen wichtigen Wirtschaftsfaktor und einen starken Impuls für Tourismus und Standortmarketing. Wir wollen langfristige Veranstaltungsstrategien entwickeln, die nachhaltige Effekte für den Berliner Sport und die lokale Wirtschaft sichern.

Die Digitalisierung eröffnet große Chancen für den Berliner Sport. Moderne Technologien verbessern Trainingsbedingungen, erleichtern Verwaltungsabläufe und ermöglichen eine effizientere Nutzung knapper Sportflächen. Digitale Infrastruktur wie LED-Videosportböden schafft zusätzliche multifunktionale Nutzungsmöglichkeiten, unterstützt innovative Trainingskonzepte und eröffnet neue Möglichkeiten der Leistungsanalyse.

Wir wollen die Chancen der Künstlichen Intelligenz gezielt für den Berliner Sport nutzen. Sie kann Abläufe vereinfachen, Kosten senken und Vereine bei ihren täglichen Aufgaben spürbar entlasten. Deshalb werden wir Sportvereine bei der Digitalisierung und beim Einsatz Künstlicher Intelligenz unterstützen. Intelligente Buchungssysteme, transparente Belegungspläne und eine optimierte Steuerung sollen dazu beitragen, vorhandene Kapazitäten besser zu nutzen und Sportangebote leichter zugänglich zu machen.

Digitale Zugangs- und Buchungssysteme für Berliner Sportanlagen wollen wir fördern, um einen vereinfachten Zutritt zu jeder Zeit zu den Sportanlagen und damit eine erweiterte, flexible Nutzung von Sportflächen zu ermöglichen.

Auch den E-Sport sehen wir als wichtigen Bestandteil einer modernen Sportstadt, den wir stärken wollen. Die Eingliederung des Breiten-E-Sports in die Sportverwaltung ist dabei ebenso ein wichtiger Baustein, wie die Entwicklung von landeseigenen Förderprogrammen auf Grundlage der nun vorhandenen Gemeinnützigkeit. Eine vom Land Berlin unterstützte E-Sport-Akademie soll bei der Vereinsgründung im Breitensport und dem Aufbau einer Amateurliga helfen sowie die dafür notwendigen Trainerlizenzen, Aus- und Weiterbildungen anbieten. Wir stehen zum E-Sports Team Berlin und wollen dieses langfristig sichern und international wettbewerbsfähig machen. Um das Profil als E-Sport-Hauptstadt zu schärfen, soll sich Berlin aktiv um große E-Sport-Events bewerben und der gleichberechtigte Zugang zu öffentlichen Veranstaltungsstätten ermöglicht werden.

Wir setzen uns für den Erhalt bestehender Steganlagen ein, da diese eine unverzichtbare Grundlage für Wassersportvereine und Freizeitnutzer sind. Wir wollen Planungssicherheit schaffen und bürokratische Hindernisse abbauen, damit Vereine ihre Anlagen langfristig betreiben können.

Die Sicherheit auf den Berliner Gewässern werden wir weiter verbessern, ohne Freizeitnutzer und betroffene Anbieter und Unternehmen einschränken zu wollen. Wir sorgen für Ordnung und

Sauberkeit auf Berliner Gewässern. Boote und Wracks, die eine Gefahr für den Bootsverkehr und die Gewässer darstellen, beseitigen wir zeitnah.

Ehre dem Ehrenamt

Das ehrenamtliche Engagement unzähliger Berlinerinnen und Berliner ist ein tragender Pfeiler unseres Gemeinwesens. Es macht unsere Stadt lebenswert, stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt und ist Ausdruck gelebter Verantwortung füreinander.

Unser Ziel ist es, ehrenamtliches Engagement für alle Bevölkerungsgruppen attraktiver zu gestalten und die Rahmenbedingungen spürbar zu verbessern. Dazu gehört eine bessere Unterstützung bei Mobilitätskosten. Wir werden prüfen, wie künftig Ehrenamtliche einen erleichterten Zugang zum öffentlichen Nahverkehr erhalten können. Ergänzend setzen wir auf verstärkte Kooperationen mit privaten Partnern, um Inhaberinnen und Inhabern von Ehrenamtskarten zusätzliche Vorteile und Vergünstigungen zu ermöglichen.

Ehrenamt braucht Hauptamt. Nachdem die bezirklichen Freiwilligenagenturen von uns personell und finanziell gestärkt wurden, gilt es diese Strukturen zu bewahren. Die Landesfreiwilligenagentur wurde als wichtiger Akteur gesichert. Eine Zusammenführung mit dem Landesnetzwerk für bürgerschaftliches Engagement soll geprüft werden, um so einen zentralen Ansprechpartner für das Ehrenamt zu etablieren. Das von uns neu eingerichtete Lernzentrum bietet kostenlose Fortbildungen an. Dieses Angebot soll ausgebaut werden.

Ehrenamt braucht einen Ort, um stattzufinden. Mit unseren Räumen für Engagement werden nun hunderte Räume für das Ehrenamt bereitgestellt. Das erfolgreiche Pilotprojekt der elektronischen Schließsysteme wollen wir weiter ausrollen und so die Frage der Öffnung und Schließung von Räumen endlich klären. Die Nutzung von bezirklichen und landeseigenen Flächen soll kostenfrei möglich sein. Eine gesetzliche Anpassung soll dazu erfolgen.

Wir wollen insbesondere auch das Engagement im Alter stärken. Viele Seniorinnen und Senioren verfügen über wertvolle Erfahrungen, Zeit und die Bereitschaft, sich aktiv einzubringen. Daher werden wir bestehende Altersgrenzen für öffentliche Ehrenämter überprüfen und dort anheben, wo es sinnvoll ist – beispielsweise für Schöffen oder Schiedsleute.

Kirchen und Religionen

Religionsfreiheit gehört zu den wichtigen und prägenden Grundrechten des Grundgesetzes. Staat und Religion sind aus guten Gründen getrennt. Religiöser Glaube, Kirchen und Religionsgemeinschaften haben aber ihren festen Platz in unserer Gesellschaft. Deshalb bekennen wir uns zum bewährten Konzept des Religionsverfassungsrechts und zum Kooperationsmodell zwischen Kirche und Staat. Religionsfreiheit kann es nur auf dem Boden des Grundgesetzes geben, das dieser Freiheit Ausdruck verleiht.

Wir haben Vertrauen in das Potential von Religion, Werte zu vermitteln und einen wichtigen Beitrag für das Gemeinwesen zu leisten. Die Freiheit der Kirchen und Religionsgemeinschaften, in die Gesellschaft hineinzuwirken, muss daher unantastbar bleiben.

Wir setzen uns für die grundgesetzlich garantierte Religionsfreiheit aller Menschen ein. Diese Religionsfreiheit verstehen wir in einem positiven Sinne: Religionen sollen in der Öffentlichkeit eine starke Stimme sein. Dazu gehören der regelmäßige Austausch und der Dialog mit den verschiedenen Religionsgemeinschaften dieses Landes.

Den interreligiösen Dialog verstehen wir als wichtigen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt in Berlin. Entsprechende Kulturprojekte wollen wir gezielt fördern, gegenseitiges Verständnis stärken und antisemitischen Tendenzen entschlossen entgegentreten.

Das lebendige und vielfältige jüdische Leben in unserer Stadt ist ein Geschenk angesichts der Gräueltaten, die von deutschem Boden aus mit dem Zivilisationsbruch der Shoah ausgingen. Seit dem Terror-Angriff der Hamas am 7. Oktober 2023 bricht sich in unserem Land ein lange nicht mehr vorstellbarer Judenhasse Bahn. Der Kampf gegen Antisemitismus hat höchste Priorität, um die Sicherheit von Jüdinnen und Juden zu gewährleisten und den Zusammenhalt in unserer Stadt sicherzustellen.

Der Islamismus ist eine extremistische politische Ideologie und missbraucht die grundgesetzlich garantierte Religionsfreiheit. Wir bekämpfen den Islamismus mit der ganzen Härte unseres Rechtsstaates. Dieser Kampf gilt denen, die Hass und Gewalt schüren und eine islamistische Ordnung anstreben, in der es keine Gleichberechtigung von Mann und Frau, keine Meinungs- und Religionsfreiheit und auch keine Trennung von Religion und Staat gibt. Er gilt denen, die unsere demokratische Grundordnung bekämpfen, das Existenzrecht Israels ablehnen, den inneren Frieden gefährden oder gegen Recht und Gesetz verstoßen. Den Aktions- und Gedenktag gegen Islamfeindlichkeit schaffen wir wieder ab.

Integration braucht Werte und Regeln

Berlin ist eine weltoffene Metropole und Heimat für Menschen aus aller Welt. Diese Vielfalt bereichert unsere Stadt. Zugleich gilt: Zusammenhalt entsteht nicht von selbst. Er braucht klare Regeln, gegenseitigen Respekt und eine Integrationspolitik, die Chancen eröffnet und Verantwortung einfordert.

Wir wollen, dass diejenigen, die dauerhaft oder für einige Jahre in Berlin und Deutschland leben, sich integrieren und Teil unserer Gesellschaft werden. Dazu gehört, Offenheit für unsere Kultur zu haben, unsere Rechtsordnung und Werte zu achten und die deutsche Sprache zu lernen. Für uns besteht Integration aus Fördern und Fordern. Integration ist ein Angebot, aber auch eine Verpflichtung zu eigener Anstrengung.

Sprache ist der Schlüssel zu gesellschaftlicher Teilhabe und beruflichem Erfolg. Wir wollen die Berliner Sprachkursangebote in den Volkshochschulen gezielt weiterentwickeln und in Zusammenarbeit mit der Berliner Wirtschaft und Ausbildungsträgern auf berufsbezogenen Spracher-

werb und Ausbildungs- und Arbeitsmarktintegration zuschneiden. Die Teilnahme an Sprach- und Integrationsangeboten fordern wir aktiv ein. Wer in Berlin leben und arbeiten möchte, muss die Bereitschaft zeigen, Deutsch zu lernen und sich aktiv zu integrieren. Arbeit schafft Struktur, Begegnung und Perspektiven. In enger Zusammenarbeit mit freien Trägern wollen wir Arbeitsgelegenheiten nach §5 Asylbewerberleistungsgesetz ausbauen, um die Integration von Leistungsempfängern zu stärken. Dabei sollen gemeinnützige Arbeiten in den Bezirken und bei sozialen Trägern angeboten werden. So stärken wir Eigenverantwortung, fördern Spracherwerb im Alltag und erleichtern gesellschaftliche Teilhabe.

Integration ist kein Projekt, sondern eine Daueraufgabe in den Bezirken, für die es professionelle und verbindliche Angebote braucht – und zwar passend für alle Neuberliner, egal ob sie als Asylbewerber, Studierende oder Fachkräfte zu uns kommen. Wir wollen daher in allen Bezirken zentrale staatliche Integrationszentren schaffen, in denen Sprachkurse, Beratungsangebote und Unterstützungsleistungen gebündelt und koordiniert werden. So verkürzen wir Wege, beschleunigen Verfahren und entlasten ehrenamtliche Helferinnen und Helfer.

Die Kommunikation zwischen Verwaltung und Bürgern wollen wir weiter verbessern. Webseiten des Landes Berlin, Anträge und Bescheide müssen für alle Berlinerinnen und Berliner verständlich, digital zugänglich und serviceorientiert sein. Moderne Übersetzungsangebote und der Einsatz neuer Technologien wie Künstlicher Intelligenz sollen helfen, Sprachbarrieren abzubauen und Verwaltungsverfahren schneller zu machen.

Die Unterbringung von Geflüchteten in Sporthallen und anderen öffentlichen Einrichtungen lehnen wir ab. Diese Orte müssen den Berlinerinnen und Berlinern für Sport, Bildung und das gesellschaftliche Leben erhalten bleiben. In der Zeit eines ungeklärten Aufenthaltsstatus setzen wir auf eine geordnete und zentrale Unterbringung in leistungsfähigen Großunterkünften, die auch Angebote wie Beschulung und Betreuung umfassen.

Wir stellen uns entschieden gegen jede Form von Diskriminierung. Die Arbeit des Petitionsausschusses werden wir stärken und Doppelstrukturen mit der Landesantidiskriminierungsstelle sowie dem Bürger- und Polizeibeauftragten abbauen. Den fortlaufenden Aufbau weiterer öffentlich finanzierter Sonderstrukturen für einzelne Gruppen lehnen wir entschieden ab.

Wir werden internationale Fachkräfte ebenso wie die Berliner Unternehmen und Ausbildungsbetriebe im Prozess der Anwerbung, Migration und gesellschaftlichen Integration und Teilhabe unterstützen. Die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse werden wir beschleunigen und Verfahren vereinfachen. Gleichzeitig gehen wir konsequent gegen unseriöse Vermittler und illegale Anbieter vor, die Menschen aus dem Ausland ausnutzen und in prekäre Lebenslagen bringen.

Wir wollen nach dem Vorbild Kanadas in Berlin ein Mentoring-Programm einführen, bei dem ehrenamtliche Berlinerinnen und Berliner Zugewanderte im Alltag begleiten, erste Kontakte erleichtern und beim Ankommen unterstützen. Langfristig setzen wir uns für ein bundesweit einheitliches Modell ein.

Wir setzen uns für eine Überarbeitung der Lehrpläne der Berliner Orientierungskurse, der Kursmaterialien der Landeszentrale für politische Bildung, der kommunalpolitischen Bildungswerke und anderer staatlich finanzierter Kursangebote und Informationsmaterialien ein. Im Fokus sollen künftig Themen wie Eigenverantwortung, Gleichberechtigung der Geschlechter, Religionsfreiheit, Antisemitismusprävention, finanzielle Unabhängigkeit und Rechtsstaatlichkeit stehen.

Wer deutscher Staatsbürger werden möchte, muss sich klar zu unserem Land und seinen Werten bekennen. Wir erwarten die Bereitschaft zur Integration in die deutschen Lebensverhältnisse, die Anerkennung der Gleichberechtigung von Frau und Mann sowie die Ablehnung jeder Form von Antisemitismus, Rassismus und Extremismus. Ebenso gehört dazu ein eindeutiges Bekenntnis zur historischen Verantwortung Deutschlands und zum Schutz jüdischen Lebens. Werden falsche Angaben gemacht, muss die Einbürgerung widerrufen werden können. Wir legen höchsten Wert auf die Überprüfung von Unterlagen und Angaben, um Betrügern, die mit gefälschten Zertifikaten Geld verdienen, oder Aufenthaltstitel und Pässe erschleichen, das Handwerk zu legen.

Kultur und Medien

Kultur ist das Lebenselixier Berlins. Die außergewöhnliche Vielfalt an Bühnen, Museen, Orchestern, Gedenkortern, Clubs, Festivals und der freien Szene macht die deutsche Hauptstadt zu einer Kulturmetropole von Weltrang. Auch in finanziell herausfordernden Zeiten gilt es, die Qualität, Vielfalt und Anziehungskraft der Kultur, die unsere Stadt in besonderem Maße prägen, zu erhalten. Kultur ist zugleich ein bedeutender Standortfaktor und stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sie schafft Begegnung, eröffnet Chancen und trägt wesentlich zur Strahlkraft Berlins bei. Deshalb bekennen wir uns klar zur Bedeutung von Kunst, Kultur und Kreativität für die Zukunft unserer Stadt. Unser Ziel ist es, kulturelle Räume zu sichern, Teilhabe zu ermöglichen und Berlin als führenden Kulturstandort Europas weiterzuentwickeln.

Wir wissen, dass wir das breite kulturelle Angebot und die Strahlkraft der Stadt den vielen Künstlerinnen und Künstlern zu verdanken haben. Deren wertvolle Arbeit unterstützen wir mit fairen Rahmenbedingungen und der Förderung von bezahlbaren Arbeitsräumen. Wir werden das Arbeitsraumprogramm weiter fördern und setzen einen Fokus auf den Erhalt von bestehenden Räumen. Über die Bezirke fördern wir Ausstellungen Berliner Künstler. Wir stellen Mittel für Stipendien zur Verfügung. Kulturelle Bildung ist für uns genauso selbstverständlich wie die Kunstfreiheit, die für uns nicht verhandelbar ist.

Kultur muss für alle zugänglich sein. Wir unterstützen niedrigschwellige Angebote, die jeden Berliner erreichen. Neben den landesgeförderten Institutionen gehören dazu auch die Privattheater, die Freie Szene und Angebote im öffentlichen Raum. Alle diese Angebote sind ein unverzichtbarer Bestandteil der Berliner Kulturlandschaft, die für Kreativität, Innovation und gesellschaftliche Vielfalt steht. Insbesondere Kinder- und Jugendtheater sowie die kleinen Bühnen gehören zur kulturellen Vielfalt unserer Stadt. Sie fördern Kreativität, Bildung und gesellschaftliche Teilhabe der nächsten Generation und eröffnen jungen Menschen Zugänge zu Kunst und Kultur.

Wir unterstützen die Teilhabe an Kultur für alle und schätzen Programme wie „KulturLeben Berlin“, die bestimmten Personengruppen den Kauf von erheblich vergünstigten Tickets ermöglichen. Dieses Angebot möchten wir insbesondere auf Kinder und Jugendliche erweitern.

In einer immer diverseren Gesellschaft braucht es gemeinsame Werte. Wir unterstützen deshalb Projekte und Initiativen, die demokratische Werte vermitteln und den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern. Dazu gehört für uns selbstverständlich auch, dass sich die geförderten Projekte eindeutig zum Grundgesetz bekennen und Extremismus, Antisemitismus sowie jeder Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entschieden entgegentreten. Noch stärker werden wir zukünftig die Wirkung der einzelnen Projekte erfassen, um gezielt die Projekte zu fördern, die besonders viel zum Zusammenhalt beitragen.

Die historisch bedingte Dichte an landesgeförderten Bühnen, Orchestern, Opernhäusern, Museen und Gedenkstätten prägt unsere Stadt und zieht künstlerische Exzellenz an. Für uns ist klar: Hochkultur ist kein Luxus. Sie ist Ausdruck einer offenen, freien und selbstbewussten Gesellschaft und ein wichtiger Standortfaktor für Berlin und den Tourismus. Deshalb bekennen wir uns klar zur Förderung kultureller Spitzenleistungen sowie zur langfristigen Sicherung der kulturellen Infrastruktur unserer Stadt. Dazu gehören auch notwendige Investitionen in den Erhalt bedeutender Kulturstandorte. Die Sanierung der Komischen Oper haben wir auf den Weg gebracht, die Staatsoper ist bereits in der Investitionsplanung vorgesehen und auch die Sanierung der Philharmonie treiben wir im Rahmen der Verhandlungen zur Hauptstadtfinanzierung voran. Um eine langfristige Zukunftssicherung zu erreichen, wollen wir die Zusammenarbeit der geförderten Kulturinstitutionen stärken, ohne dass diese dabei ihre Qualität als eigenständige Ensemble verlieren. Unser Vorbild dafür ist die Stiftung Oper.

Der von uns aufgesetzte Transformationsfonds soll die Berliner Kulturlandschaft zukunftsfest machen und mögliche Synergieeffekte heben. So wollen wir beispielsweise durch eine Bündelung von Depotflächen sowie zentralen Rahmenverträgen bei Ticketverkäufen Kosten einsparen. Mit einer gemeinsamen Veranstaltungsplattform möchten wir das große Berliner Kulturangebot sichtbarer und leichter buchbar gestalten.

Künstliche Intelligenz verändert auch Kunst und Kultur grundlegend und eröffnet neue Chancen für kreative Arbeit, Vermittlung und Innovation. Berlin sollte als Kulturhauptstadt hier Wegweiser sein. Wir wollen deshalb die erstmals stattgefunden KI-Konferenz für den Berliner Kulturbereich verstetigen.

Kulturschaffende, Wissenschaft, Politik und Wirtschaft sollen weiter zusammengebracht werden. Wir möchten künstliche Intelligenz als kreatives Werkzeug nutzbar machen. Eine verantwortungsvolle und rechtskonforme Nutzung, sowohl für neue künstlerische Formate als auch als unterstützendes Instrument etwa zur Vereinfachung von Verwaltungsprozessen, Antragstellungen und organisatorischen Abläufen werden wir fördern. Zugleich wollen wir geeignete Grundlagen sowie faire Regeln für den Einsatz von KI im Kulturbereich entwickeln.

Kultur und Kreativwirtschaft gehören für uns zusammen. Deshalb wollen wir beide Bereiche noch stärker miteinander verzahnen und die Förderpraxis gezielter auf Einrichtungen ausrichten, die

kulturell arbeiten und zugleich wirtschaftlich handeln. Förderrichtlinien sollen praxisnäher gestaltet werden, damit wirtschaftlich agierende Kultureinrichtungen nicht zwischen klassischer Kulturförderung und Wirtschaftsförderung durchs Raster fallen.

Unsere bezirklichen Musikschulen möchten wir weiter stärken. Den von uns begonnenen Einstieg in den Ausstieg der überwiegenden Honorarbeschäftigungen werden wir weiter fortsetzen. Wir streben in der nächsten Legislaturperiode eine Festanstellungsquote von 90 % an. Gleichzeitig bedarf es auf Bundesebene einer Regelung, die eine rechtskonforme Beschäftigung auch auf Honorarbasis möglich macht.

Bibliotheken sind auch im Zeitalter von Künstlicher Intelligenz als Orte des Wissens, der Bildung, Begegnung und Teilhabe unverzichtbar. Das gilt insbesondere auch für die bürgernahen Stadtteilbibliotheken. In Kooperation mit den Bezirken werden wir die Stadtteilbibliotheken daher stärken und noch mehr zu Begegnungs- und Lernorten weiterentwickeln. Darüber hinaus wollen wir die Sonntagsöffnung für Bibliotheken auf Landes- und Bundesebene ermöglichen.

Die Zentral- und Landesbibliothek (ZLB) braucht ein neues Zuhause an einem einzelnen Standort, der für möglichst viele Berlinerinnen und Berliner gut erreichbar ist. Gut geeignet ist aus unserer Sicht dafür ein neuer Standort im Gebäude des Warenhauses am Alexanderplatz. Mit der ZLB am Alex würde ein Kulturort von überregionaler Strahlkraft entstehen, der Bildung, Kultur und urbanes Leben harmonisch miteinander verbindet.

Europäische Fördermittel aus Programmen wie Creative Europe, Erasmus+ und dem EFRE werden wir noch systematischer für Berliner Kulturprojekte nutzen. Zugleich sprechen wir uns für den Aufbau von transnationalen Kulturplattformen und digitalen Kulturformaten aus. Berlins Positionierung als europäischer Standort für Festivals, kulturelle Innovationen und neue kreative Formate wollen wir stärken. Wir unterstützen die Europäischen Kulturwochen in den Berliner Bezirken mit einem besonderen Fokus auf Kulturprojekte, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken, Demokratie fördern und sich gegen jede Form des Extremismus, insbesondere Antisemitismus, richten.

Mit der Gründung des „House of Jazz“ im ehemaligen Alliierten-Kino L 'Aiglon schaffen wir einen internationalen Ankerpunkt für den Jazz. Auf Bundesebene werden wir uns für weitere Mittel zur langfristigen Entwicklung einsetzen.

Den ehemaligen Flughafen Tempelhof wollen wir zu einem Kulturort weiterentwickeln, der das Potential des historischen Gebäudes voll ausschöpft. Dafür werden wir gemeinsam mit relevanten Akteuren ein zukunftsorientiertes Nutzungskonzept erarbeiten und eine tragfähige Strategie zur Einbindung privaten Kapitals entwickeln.

Mit der Deutschen Bahn wollen wir S-Bahn-Bögen als Kunst-, Kultur- und Geschäftsorte erschließen. Mit Pop-up-Ausstellungen und temporären Formaten sollen insbesondere junge Künstlerinnen und Künstler mehr Sichtbarkeit und neue Entwicklungsmöglichkeiten erhalten. Wir werden weiter eruieren welche Orte der kulturellen Nutzung zugänglich gemacht werden können und diese unterstützen.

Die Berliner Clubkultur ist ein prägender Teil des kulturellen Lebens unserer Stadt. Sie steht für Offenheit, Kreativität und urbanes Lebensgefühl und schafft Räume für kulturelle Innovation, künstlerische Experimente und gesellschaftlichen Austausch. Zugleich ist sie ein bedeutender Wirtschaftsfaktor und wichtiger Bestandteil der Berliner Nachtökonomie. Wir setzen uns weiter für eine kulturfreundliche Stadtentwicklungspolitik ein, die landeseigene Grundstücke stärker auch für Standorte der Kreativwirtschaft öffnet. Flächen für kreative Orte und Clubnutzungen sollen frühzeitig gesichert und planungsrechtlich verlässlich abgesichert werden. Standortpartnerschaften zwischen Industrie sowie Musik- und Kreativszene unterstützen wir ausdrücklich. Die Clubkommission Berlin bleibt für uns ein wichtiges Netzwerk der Selbstorganisation und Interessenvertretung. Die internationale Vernetzung der Berliner Clubszene wollen wir weiter fördern.

Unser Ziel ist eine lebendige Erinnerungskultur, die sich nicht in Floskeln erschöpft, sondern von Dialog und Auseinandersetzung lebt. Wir verstehen es als unsere Aufgabe, die Gedenkstättenarbeit zu fördern, Zeitzeugengespräche zu initiieren und projektbezogene Bildungsangebote zu schaffen. Gerade jungen Menschen ist zu vermitteln, dass Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit keine Selbstverständlichkeiten sind.

Die Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte wollen wir dauerhaft stärken und die Singularität der Shoa, die Aufarbeitung des Nationalsozialismus sowie der SED-Diktatur weiterhin klar im öffentlichen Bewusstsein verankern.

Bestehende Einrichtungen und Initiativen der Erinnerungskultur wollen wir verlässlich und nachhaltig im Landeshaushalt absichern. So gewährleisten wir kontinuierliche Bildungs- und Gedenkarbeit und stärken das historische Bewusstsein in unserer Stadt.

Das Gedenken an das DDR-Unrecht wollen wir lebendig halten und zentrale Erinnerungsorte in Berlin sichern und weiterentwickeln. Dazu zählt insbesondere die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen als zentraler Erinnerungsort zur Aufarbeitung des SED-Unrechts und der kommunistischen Diktatur in Deutschland.

Das Gelände der ehemaligen Stasi-Zentrale in der Normannenstraße wollen wir als historisches Ensemble erhalten und den Campus für Demokratie konsequent weiterentwickeln. Gemeinsam mit dem Bund und privaten Eigentümern werden wir zügig offene Entwicklungsfragen klären, denkmalgeschützte Gebäude sichern und neue Nutzungen ermöglichen. Unser Ziel ist ein lebendiger Ort, an dem Aufarbeitung, Wissenschaft, politische Bildung und kulturelle Nutzung dauerhaft Raum finden.

Das ehemalige Polizeigefängnis in der Keibelstraße wollen wir als Gedenk- und Bildungsstätte zur SED-Diktatur weiterentwickeln. Dabei setzen wir auf eine enge Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen.

Der Checkpoint Charlie symbolisiert die Teilung Deutschlands und Europas während des Kalten Krieges. Wir setzen uns für eine würdige städtebauliche Gestaltung des Ortes und der Freiflä-

chen ein, so dass Geschichte erlebbar wird und der Ort eine hohe Aufenthaltsqualität aufweist und seiner historischen Bedeutung endlich gerecht wird.

Den Gedenkort „Zur Erinnerung an das Schicksal der Opfer von Flucht, Vertreibung und Deportationen“ am Theodor-Heuss-Platz wollen wir zu einem öffentlich zugänglichen Bildungs- und Erinnerungsort ausbauen. Pädagogische, digitale und künstlerische Elemente sollen den Ort ergänzen. Zudem setzen wir uns für die Anerkennung als Landesdenkmal und die Aufnahme in die Landesdenkmalliste ein.

Die Geschichte unserer Stadt, insbesondere auch in der Zeit des Kurfürstentums Brandenburg, des Königreichs und des Freistaat Preußens der Weimarer Republik, ist ein wesentlicher Bestandteil der Berliner Identität und darf nicht aus dem Stadtbild verschwinden. Die vernachlässigten Reste der Zoll- und Akzisemauer (Berlins neuzeitliche Stadtmauer) sowie das Nationaldenkmal für die Befreiungskriege auf dem Kreuzberg zeigen beispielsweise, wie stark zentrale Erinnerungsorte an Bedeutung verloren haben. Die denkmalgerechte Pflege dieser und anderer Gedenkort und die sichtbare Einbindung in die Hauptstadtgeschichte sind unerlässlich. Ebenso gehört dazu, historisch gewachsene Straßennamen mit Bezug zu dieser Zeit zu bewahren, anstatt sie umzubenennen. Wer diese Orte und Namen erhält, stärkt das historische Selbstverständnis Berlins.

Wir bekennen uns zu einem starken und vielfältigen öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Aus den Verfehlungen und dem Vertrauensverlust im rbb-Skandal haben wir klare Konsequenzen gezogen. Mit einem neuen Staatsvertrag haben wir Kontrolle, Transparenz und Compliance beim rbb deutlich gestärkt. Die Rechte von Rundfunkrat und Verwaltungsrat wurden ausgebaut, Anforderungen an Qualifikation und Verantwortung klarer definiert sowie Führungsstrukturen verkleinert und Gehälter begrenzt. Diesen Reformkurs wollen wir konsequent fortsetzen. Der rbb-Staatsvertrag soll regelmäßig auf Wirksamkeit, Sparsamkeit und Effizienz überprüft und bei Bedarf weiterentwickelt werden. Zu den Herausforderungen bei der Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gehört auch die Neuordnung des Rundfunkbeitragsverfahrens nach dem ausstehenden Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Rundfunkfinanzierung. Um Beitragsstabilität langfristig zu sichern, müssen dabei unter anderem auch Standortfragen stärker diskutiert werden. Anspruch muss sein, dass sich der öffentlich-rechtliche Rundfunk wieder auf seine Kernaufgaben konzentriert.

Mit der Novelle des Staatsvertrags über die Medienanstalt Berlin-Brandenburg (mabb) haben wir die Medienpolitik in der Metropolregion modernisiert und an die digitalen Herausforderungen unserer Zeit angepasst. Der private Rundfunk wurde durch die Abschaffung von Beteiligungsobergrenzen bei Hörfunksendern gestärkt. Zugleich bleibt UKW erhalten, während DAB+ weiter ausgebaut wird. Damit stärken wir Berlin als Radiohauptstadt Europas mit mehr als 80 frei empfangbaren Programmen.

Berlin ist Deutschlands Film- und Kinostandort Nummer eins. Um diese Position weiter zu stärken, haben wir die Rahmenbedingungen für Film und Kino gezielt verbessert. Dazu gehören die Unterstützung des Medienboard Berlin-Brandenburg mit rund 25 Millionen Euro jährlich, die Förderung von Kinos und Berlinale sowie die Einrichtung einer Lotsenstelle für schnellere und

unkompliziertere Drehgenehmigungen. Gleichzeitig bekennen wir uns klar zur Berliner Kinolandschaft – von den Kiezkinos bis zu den großen Multiplexen – und stärken Berlin als Europas größten Arthouse-Kinomarkt. Deshalb setzen wir uns für die Wiederauflage der bundesweiten Kinoförderung ein, um die technische Modernisierung der Lichtspielhäuser zu unterstützen. Die Europäische Filmakademie und die Deutsche Film- und Fernsehakademie Berlin (DFFB) haben wir gezielt gestärkt. Für die DFFB schaffen wir mit dem neuen Standort in Moabit moderne Bedingungen für Ausbildung und Filmproduktion.

Die Berliner Games-Branche hat sich in den vergangenen Jahren positiv entwickelt und ist zu einem echten Wirtschaftsfaktor geworden. Mit Projekten wie dem „House of Games“ bauen wir Berlins Position als einen der führenden Games-Standorte in Deutschland weiter aus.

Europa und Internationales

Berlin versteht sich als internationale Metropole im Herzen eines starken und geeinten Europas. Wir wollen die bestehenden internationalen Städtepartnerschaften und regionalen Kooperationen ausbauen und stärken. Polen ist für Berlin bereits heute ein zentraler Partner. Die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit zeigt sich schon jetzt in zahlreichen Formaten – etwa im Rahmen der Oder-Partnerschaft oder der Städtepartnerschaft mit Warschau. Polen ist eine der dynamischsten Länder in Europa. Für Berlin liegt darin eine große Chance: als Brücke zwischen West- und Osteuropa, als Innovationsraum und als gemeinsamer Sicherheits- und Wirtschaftsraum. Der CDU-geführte Senat hat mit Kiew und Tel Aviv zwei neue, strategisch wichtige und symbolträchtige Städtepartnerschaften geschlossen. Diese wollen wir weiter ausbauen und vertiefen.

Wir sind entschlossen, die Unterstützung der Ukraine konsequent fortzusetzen. Denn die Ukraine verteidigt nicht nur sich selbst, sondern auch unsere Freiheit und Sicherheit. Umgekehrt hilft die Zusammenarbeit mit der Ukraine Deutschland im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungswirtschaft. Auch Berlin kann von Kiew lernen und profitieren, etwa wenn es um die Stärkung unserer Sicherheit und Resilienz geht.

Die Partnerschaft mit Tel Aviv ist angesichts der besonderen historischen Verantwortung Berlins als Stadt, in der die Shoah geplant und organisiert wurde, Glück und Verpflichtung zugleich. Tel Aviv und Berlin haben viele Gemeinsamkeiten. Diese Potentiale wollen wir nutzen, indem wir Menschen und Unternehmen aus beiden Städten zusammenbringen und gezielt Kooperationsprojekte etwa in den Bereichen Hightech und Innovation, Kunst und Kultur sowie Bildung und Wissenschaft fördern.

Wir wollen unsere Auslandsbüros stärken und ausbauen. Auslandsbüros wie das in New York oder das in diesem Jahr neu gegründete Berliner Büro in der indischen Stadt Bengaluru sind ein wichtiger Treiber für die Erschließung neuer ausländischer Märkte und die Vertiefung internationaler Handelsbeziehungen. Wir wollen daher Auslandsbüros auch in anderen Metropolen gründen. Der Schwerpunkt muss dabei in den globalen Wachstumsregionen liegen. Dazu zählen die US-Westküste, Istanbul, Dubai, Singapur oder Tokio. Um die Metropolregion Berlin-Brandenburg

noch besser zu vermarkten, wollen wir die Auslandsbüros künftig gemeinsam mit Brandenburg gründen und betreiben.

Wir wollen aktiv an der Gestaltung Europas mitwirken. Die CDU ist die Europa-Partei. Berlin hat wie kaum eine andere Stadt politisch und wirtschaftlich von der europäischen Einigung profitiert. Dank der EU-Osterweiterung liegt Berlin heute nicht nur politisch, sondern auch geographisch im Herzen Europas. Ein Großteil des Berliner Außenhandels entfällt auf EU-Staaten. Deshalb ist es im Berliner Interesse, den europäischen Binnenmarkt weiter zu stärken. Da, wo geboten, wollen wir die europäische Integration weiter vorantreiben. Gerade in den Bereichen Verteidigungswirtschaft und Innere Sicherheit bietet europäische Zusammenarbeit einen echten Mehrwert. Zugleich unterstützen wir den Abbau bürokratischer Vorschriften wie beim Datenschutz oder Umweltrecht, um die hiesigen Unternehmen vor unnötiger Bürokratie zu entlasten. Die Europäische Union muss auch finanziell in der Lage sein, ihre Aufgaben zu erfüllen. Deshalb unterstützen wir konstruktiv die Beratungen für den nächsten Mittelfristigen Finanzrahmen. Klar ist aber auch, dass die Regionen und Länder auch in der nächsten Förderperiode an der Gestaltung der Förderpolitik beteiligt bleiben müssen. Deshalb besteht Berlin darauf, dass die Kohäsionsmittel auch künftig regional vor Ort verwaltet werden. Berlin hat in der Vergangenheit erheblich von EU-Förderprogrammen profitiert. Damit wir auch in Zukunft Programme für Berlin nutzen können, wollen wir das in der Berliner Senatskanzlei neu aufgebaute zentrale Fördermittelmanagement weiter ausbauen.

Was wir für ein einiges Berlin NICHT brauchen

**Berlin wird
NICHTS
mit Links**

- ▶ **Spaltende Identitätspolitik**
- ▶ **Gängelung von Familien**
- ▶ **Ideologische Rechthaberei und Verbotsfantasien**
- ▶ **Umwandlung von Kitaräumen zu Gemeinschaftsunterkünften**
- ▶ **Reform des Abstammungsrechts**
- ▶ **Kürzungen bei Sportvereinen**

Berlin wird.

CDU Berlin
Steifensandstraße 8
14057 Berlin

www.cdu.berlin